VÖLKERRECHTLICHE ERÖRTERUNG DES RECHTS DER EUROPÄISCHEN MÄCHTE IN DIE VERFASSUNG...

Karl Christoph Albert Heinrich von Kamptz

Digitized by Google

BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Digitized by Google

<36611616970013

<36611616970013

Bayer. Staatsbibliothek

Digitized by Google

J. P. Eur. 104h

Erörterung

[illegible]: Carl Albr. v. Kamptz

Digitized by Google

Völkerrechtliche Erörterung

des

Rechts der Europäischen Mächte

in die

Verfassung eines einzelnen Staats sich zu mischen.

Man müßte den andren Mächten das Recht der Fürsorge für ihre Constitution, was man für die seinige verlangt, streitig machen wollen.

Depesche des Fürsten Kaunitz an den K. K. Geschäftsträger zu Paris vom 17ten Febr. 1792.

Berlin 1821,
in der Nicolaischen Buchhandlung.

Digitized by Google

BAYERISCHE
STAATS-
BIBLIOTHEK
MUENCHEN

Digitized by Google

Inhalts-Uebersicht.

I. Jeder unabhängige Staat ist berechtigt, seine Verfassung zu bestimmen. (§. 1.)

II. Allein dies Recht ist nicht unbegränzt.

A. Die Unabhängigkeit der europäischen Nationen ist überhaupt nicht unbedingt. (§. 2.)

B. Die öffentliche Verfassung eines Staats ist nicht unbedingt eine res domestica des letztren. (§. 3.)

III. Die übrigen Mächte sind vielmehr befugt, von der öffentlichen Verfassung eines andren Staats Kenntniß zu nehmen. (§. 4.)

A. Gründe dieser Befugniß.

AA. Allgemeine Gründe.

1. Natur der Staats-Verfassung. (§. 5. und 6.)

2. Erhaltung des europäischen Staaten-Systems. (§. 7.)

BB. Besondre Gründe.

1. Geographische Verhältnisse. (§. 8.)

2. Persönliche Verhältnisse. (§. 9.)

3. Das eigene Interesse des andern Staats (§. 10.)

4. Vertrags-Verhältnisse.

a) Staaten-Bund oder Bundes-Staat (§. 11.)

b) Garantie der Verfassung. (§. 12.)

c) Andre Verträge. (§. 13.)

5. Requisition. (§. 14.)

B. Umfang dieser Befugniß, in Ansehung
AA. der Gegenstände.
1. Verfassung des Staats.
a) Einführung der Verfassung des Staats. (§. 15.)
b) Erhaltung derselben. (§. 16.)
2. Thronfolge. (§. 17.)
3. Wahl des Regenten. (§. 18)
4. Religions-Verhältnisse. (§. 19.)
5. Innere Unruhen und Empörungen. (§. 20.)
6. Einige andre Gegenstände. (§. 21.)
BB. der, darin enthaltenen, Rechte. (§. 22.)
C. Entsagung und Aufhebung dieser Befugniß. (§. 23.)
IV. Meinung der Schriftsteller des Völkerrechts über diesen Gegenstand. (§§. 24. und 25.)
V. Europäische Völker-Observanz.
A. Uebereinstimmung dieser Grundsätze mit derselben. (§ 26.)
B. Einzelne Fälle, in welchen nach diesen Grundsätzen verfahren ist.
1. Die Mailändischen und Florentinischen Angelegenheiten 1529. (§. 27.)
2. Die Angelegenheiten des deutschen Reichs 1551. (§ 28.)
3. Die innern Unruhen in Schottland 1572. (§. 29.)
4. Die Streitigkeiten zwischen dem Landesherrn und den Landständen von Ostfriesland von 1595. ff. (§. 30.)
5. Die innern Streitigkeiten im deutschen Reiche von 1612 — 1648. (§. 31.)
6. Nachmalige fortgesetzte Theilnahme Frankreichs und Schwedens an den innern Angelegenheiten Deutschlands. (§. 32.)
7. Abfall der Vereinigten Niederlande. (§. 33.)
8. Regierungsveränderung in Portugal 1640. (§. 34.)
9. Revolution in England 1649. (§. 35.)
10. Staats-Verfassung in den Vereinigten Niederlanden 1654. (§. 36.)

Digitized by Google

11. Die innern Angelegenheiten Frankreichs 1674. (§.37.)
12. Wahl des Churfürsten von Cölln 1689. (§. 38.)
13. Verfassung Polens. (§. 39.)
14. Staatsveränderung in Großbrittannien 1688. (§.40.)
15. Spanische Succession 1700. (§. 41.)
16. Succession in beide Sicilien, Toscana und Parma. (§. 42.)
17. Successions-Recht des Hauses Hannover auf den Großbrittannischen Thron 1715. (§. 43.)
18. Religions-Angelegenheiten in Polen 1718. (§. 44.)
19. Oesterreichische Pragmatische Sanction. (§. 45.)
20. Succession in beide Sicilien 1758. (§. 46.)
21. Succession in Parma 1758. (§. 47.)
22. Römische Königswahl 1758. (§. 48.)
23. Polnische Königswahl 1758. (§. 49.)
24. Innere Unruhen in Corsika 1764. (§. 50.)
25. Polnische Constitution 1733 ff. (§. 51.)
26. Angelegenheiten der Republik Genf 1738. (§. 52.)
27. Braunschweigische Churwürde. (§. 53.)
28. Schwedische Staatsverfassung 1749. (§. 54.)
29. Königswahl in Polen 1764. (§. 55.)
30. Innere Streitigkeiten in Polen 1765. (§. 56.)
31. Innere Unruhen in Genf 1767. (§. 57.)
32. Polnische Constitution von 1773. (§. 58.)
33. Nordamerika 1775 ff. (§. 59.)
34. Wiederherstellung der innern Ruhe in der Republik Genf 1782. (§. 60.)
35. Baierischer Ländertausch 1785. (§. 61.)
36. Unruhen in den vereinigten Niederlanden 1787. ff. (§. 62.)
37. Schwedische Verfassung 1788. (§. 63.)
38. Unruhen in den Oesterreichischen Niederlanden. (§.64.)
39. Die französische Revolution. (§. 65.)
40. Polnische Verfassung 1791. (§. 66.)

Digitized by Google

41. Auflösung Polens 1795. (§. 67.)
42. Veränderung der Regierungsform in Venedig 1797. (§. 68.)
43. Regierungs-Veränderung in Genua 1797. (§. 69.)
44. Verfassung der Cisalpinischen Republik 1797. (§. 70.)
45. Verfassung von Veltlin 1797. (§. 71.)
46. Auflösung der deutschen Reichsverfassung 1806. (§. 72.)
47. Auflösung des Französischen Kaiserthums und neue Gestaltung des europäischen Völker-Systems 1814. (§. 73.)
48. Spanische Revolution 1820. (§. 74.)
49. Neapolitanische Rebellion 1820. (§. 75.)
50. Piemontesische Rebellion 1821. (§. 76.)

Digitized by Google

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Einleitung.

Wenn das Recht der europäischen Mächte, von der öffentlichen Verfassung einzelner Staaten Kenntniß zu nehmen, und, insofern sie die Ruhe und Sicherheit der europäischen Völkergesellschaft oder wohlerworbene Ansprüche andrer Mächte verletzt, in dieselbe sich zu mischen, seit Jahresfrist von mehreren Seiten zum Gegenstande des Zweifels und der Anfeindung gemacht worden; so ist diese Erscheinung eben so unerwartet, als sie zu interessanten Bemerkungen Anlaß giebt.

Fragt man zuvörderst, welches ist denn das Dogma des Völkerrechts, was in Zweifel gezogen und als eine erst jetzt erfundene, ganz ungegründete, Maxime des Despotismus dargestellt wird? so findet man, daß es ein Grundsatz ist, der, seitdem es ein europäisches Völkerrecht gab, zu den bekanntesten Grundsätzen desselben gehörte, ein Grundsatz, der aus der Aufhebung des Naturzustandes unter Nationen und aus der Begründung eines gesellschaftlichen Zustandes unter denselben wesentlich und von selbst folgt, ein Grundsatz, von dessen einstimmiger Anerkennung und Anwendung die Annalen mehrerer Jahrhunderte eine fortgesetzte Reihe von

Digitized by Google

Fällen enthalten, ein Grundsatz ferner der bisher noch in in keinem Kabinet und auf keinem Völkerrechtlichen Katheder bestritten, sondern vielmehr von allen Höfen und in allen Lehrbüchern anerkannt ist, und wider welchen weder in der Observanz, noch in der Theorie irgend ein Zweifel oder irgend eine Stimme sich erhob, ein Grundsatz endlich, welchen die jetzt auftretenden Gegner desselben selbst als gar wohlbegründet anerkennen und anwenden, sobald es darauf ankommt, bestehende, rechtmäßige Verfassungen andrer Staaten zu untergraben und nach ihrem System umzuformen.

Dieser Grundsatz ist aber, wenn er auch rechtlich begründet wäre, vielleicht für die Ruhe und Sicherheit Europens, für die bürgerliche Ordnung und für das Glück der gesitteten Nationen gemeinschädlich? Keinesweges, vielmehr in allen diesen Beziehungen einer der wohlthätigsten unsers Völkerrechts, weil er nicht allein die Verbindung unter den Völkern unsers Welttheils befestigt, sondern auch für die Erhaltung der Ruhe, der Sicherheit, des Friedens und der gesetzmäßigen Regierungen und Verfassungen, so wie überhaupt der bürgerlichen und sittlichen Ordnung die sicherste Bürgschaft enthält (1), und als solchen in unzähligen Fällen sich

(1) *Gerard de Rayneval*, (Sectionschef im Königl. Französischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten) *Institutions du droit de la nature et des gens* (à Paris 1803.) S. 346. dans une pareille conjoncture, est-il aucun principe, soit du droit des gens, soit de la morale la plus stricte qui défende à un voisin d'intervénir, d'arrêter le carnage et de ramener les esprits, soit com-

fortwährend bewährt hat, ein Grundsatz, der in der großen Völkergesellschaft eben so nothwendig und wohlthätig ist, als die Polizei in jedem einzelnen Staate, der eigentlich dazu bestimmt ist, in jener großen Völkergesellschaft eine gute und wohlthätige Polizei zu erhalten, und der mithin, je allgemeingültiger er ist, um desto mehr dasjenige gewährt, was seine jetzigen Gegner selbst, durch ihre Ideale von einer allgemeinen europäischen Republik und einem europäischen Amphyctionen-Gericht erreichen wollen, ein Grundsatz endlich, welchen seine gegenwärtigen Anfeinder doch selbst für Nächsten- und Weltbürger-Pflicht und für höchstwohlthätig und beglückend halten, sobald es darauf ankommt, die Unterthanen andrer Staaten wider ihre Regierungen und Verfassungen aufzuwiegeln und leztre zu republikanisiren (2).

me médiateur, ou comme arbitre dans la voie de la conciliation et de la subordination? ne peut-on pas dire qu'une conduite pareille est un acte de bienfaisance, d'humanité; une oeuvre conséquente au sentiment de fraternité qui doit lier tous les hommes et qui, s'il étoit moins méconnu, sauveroit de grands maux au genre humain? ne le dissimulons point! La politique, quand la force l'appuie, est en général plus disposée à troubler, à envahir, qu'à pacifier. Si donc elle préfère ce dernier parti, il faut avouer qu'elle fait un effort dont la générosité mérite d'autant plus d'être préconisé.

(2) Belége hierzu enthalten die, unten §§. 68. 69. 70. und 71. gedachten, Fälle, aus welchen hervorgeht, daß nach jenem Völkerrechte democratische Republiken berechtigt sind, democratische Verfassungen, wo sie noch nicht vorhanden

Digitized by Google

Wenn man demnächst auf den Zeitpunkt sieht, in welchem jener uralte Grundsatz unsers Völkerrechts von einer gewissen Schule angegriffen wird; so findet man mit Erstaunen, daß dies grade in dem Zeitpunkt geschiehet, in welchem der, unter zu großer Nachsicht mancher Regierungen, von den ewigen und unversöhnlichen Feinden der bürgerlichen Ordnung aus gefährlichen Lehrsätzen und andren revolutionären Elementen organisirte, politische Vulkan in seinen weltzerstörenden Explosionen bereits so weit gediehen war, daß nur dieser Völkerrechtliche Grundsatz, aber auch nur er allein, noch fähig war, die Welt zu retten, in dem Zeitpunkte, in welchem es noch im frischen dankbaren Andenken Aller ruhete, daß erst vor einigen wenigen Jahren eben dieser Grundsatz Europa von den Schrecknissen der Verfassungszerstörung gerettet hatte, und in dem das Bedauern noch lebhaft war, daß nicht schon die frühern Anstrengungen, ihnen vorzubeugen, von gleich glücklichem Erfolge gekrönt gewesen; in dem Zeitpunkte, in welchem die Begründung und Einführung dieses Grundsatzes, wenn er nicht schon gültig gewesen wäre, so höchst wünschenswerth war, in dem Zeitpunkte endlich, in welchem diejenigen, welche in Rücksicht auf die Europäischen Mächte diesen Grundsatz bestreiten und anfeinden, grade ganz vorzüglich damit rastlos beschäftigt waren, ihn in Beziehung auf Umsturz der bestehenden Verfassungen auszuwenden. Wer grade in einem solchen Zeitpunkte

sind, einzuführen, monarchische Staaten aber keinesweges berechtigt sind, die monarchische Verfassung, dawo sie vorhanden ist, aufrecht zu erhalten.

versucht, jenen Grundsatz zu erschüttern, gleicht demjenigen, der die Rechtmäßigkeit der Löschanstalten, in dem Augenblick, in welchem nur sie allein die Feuersbrunst zu unterdrücken vermögen, bestreitet, oder der mit dem Arzt, in dem Augenblick, in welchem er dem Kranken das letzte und einzige Heilmittel reicht, über die Rechtmäßigkeit und Nützlichkeit seines Berufs rechtet.

Haben aber etwa die europäischen Mächte diesen Grundsatz bloß als Vorwand angeführt, um unter demselben, wie einst Napoleon, sich selbst zu vergrößern? Auch dies war nicht der Fall, darüber lagen die bestimmtesten Beweise vor, jene Mächte hatten sogar auf Entschädigung wegen der Kosten der Zurüstungen Verzicht geleistet.

Oder hat durch die Anwendung dieses Grundsatzes die Ordnung und Ruhe in Europa oder in einzelnen Staaten gestört, und der Kreislauf der Revolution befördert werden sollen, oder hätte dies Uebel dadurch herbeigeführt werden können — und bekämpft, man daher diesen Grundsatz nur in der Absicht, diesen Gräueln vorzubeugen? Dies ist ebenfalls nicht der Fall, vielmehr grade das Gegentheil. Durch die Anwendung dieses Grundsatzes sollte der Zustand der Ruhe und Ordnung, der Sicherheit und des Friedens in Europa befestigt und der Kreislauf der Revolution gehemmt, dagegen aber durch die Aufhebung dieses Grundsatzes die Zerstörung jenes Zustandes und dieser Kreislauf befördert werden.

Hat man aber etwa diesen Grundsatz bestritten, um eine bestehende, gesetzmäßige Verfassung gegen revolutio-

Digitized by Google

nare Frevel oder gegen Hirngespinnste doctrineller, unanwendbarer Constitutionen zu sichern? Keinesweges, vielmehr bestritt man ihn um die Anstrengungen zur Aufrechthaltung der bestehenden Verfassung zu entkräften, um diese bestehende Verfassung umzustürzen, und um an ihrer Stelle eine chimärische und mit dem bürgerlichen und sittlichen Zustande Europens unvereinbarliche Verfassung einzuführen, und einer frevelhaften Empörung Vorschub zu leisten.

Wer sind denn aber diejenigen, welche den europäischen Mächten die Dazwischenkunft in eine solche Veränderung der Staats-Verfassung bestreiten? Es sind eben diejenigen, deren Bestreben darauf gerichtet ist, die bestehenden rechtmäßigen Verfassungen umzustürzen, zum Theil eben diejenigen, welche ehedem Mitglieder von Propaganden und andern revolutionären Clubbs waren und noch sind, welche die Anmaßung der ehemaligen Jacobinischen Machthaber in Frankreich, die Staatsverfassung in allen andern Ländern umzustürzen und zu republikanisiren, so wie Napoleons Anmaßung, allen Staaten die französische Verfassung aufzudringen, billig und gerecht fanden, und daran mit Theil nahmen, eben diejenigen, welche es für keine Einmischung in fremde Staats-Verfassungen halten, wenn sie noch gegenwärtig rastlos bemüht sind, durch Umtriebe jeder Art, durch boshafte und frevelhafte Verläumdung der rechtmäßigen Regenten und Verfassungen, durch Emissairs und Geldunterstützungen, durch Schriften und durch revolutionäre Dogmen die Völker fremder Staaten gegen ihre Regierungen und Verfassungen aufzuwiegeln, den Saamen

den Verfassungs-Zerstörungswurm in allen Ländern zu verbreiten und die dort bestehenden Verfassungen feindselig zu untergraben und niederzureissen, und dagegen Revolution und Anarchie mit den, darauf beruhenden sogenannten Constitutionen einzuführen, von deren Händen die letzten Fäden der in kaum Jahresfrist in mehreren Staaten ausgebrochenen Revolutionen und Empörungen ausgingen und darin wieder zusammenlaufen. Die Einmischung in die Verfassung fremder Staaten ist, nach ihrer Theorie, gerecht und erlaubt, wenn es den Umsturz dieser Verfassung gilt, sie ist aber ungerecht und unerlaubt, wenn es darauf ankommt, sie gegen revolutionäre Umtriebe und Angriffe zu schützen; diese Einmischung gebühret nicht den europäischen Mächten und dem, durch sie vertretenen, Bunde der europäischen Nationen, sondern nur einzelnen Unterthanen, aber auch nicht allen, nicht den ruhigen, dem Staate ergebenen und treuen Unterthanen, sondern sie ist nur das Privilegium und Reservatrecht untreuer und pflichtvergessener Unterthanen, und Revolutionssüchtiger Factionäre; sie und nur sie haben das ausschließliche Recht, in fremde Verfassungen sich zu mischen, sie zu untergraben, und in allen Ländern ihre Werkstätte zu errichten; dies Recht ist aber nicht bloß ihr ausschließliches, sondern ein so heiliges und unantastbares Recht, daß es weder dem Regenten, in dessen Lande sie jene Werkstätte errichten, ziemt, diese zu zerstören, noch den übrigen Mächten gebührt, zur Beschirmung der bedroheten Verfassung, Ruhe und Ordnung befreundeter und benachbarter Staaten herbeizueilen und die aus jenen Werk-

stätten hervorgehenden Gräuel von ihren eigenen Gränzen abzuhalten. Haben Revolutionärs, Factionärs und Doctrinärs aller Staaten — dies ist ihre Theorie — einen fremden Staat einmal zum Schauplatz ihrer Verfassungszerstörenden revolutionären Umtriebe ausersehen; so muß nicht blos der Regent dieses unglücklichen Landes, sondern so müssen auch die Regenten aller andrer Staaten nicht blos den ersten Regeln einer gesunden Staatsklugheit, sondern auch ihren Tractatenmäßigen und übrigen Pflichten gegen diesen Staat und gegen andre Staaten, so wie gegen sich selbst, gegen ihren Staat und gegen ihre Unterthanen sofort entsagen, und ruhige und müßige Zuschauer aller dieser Empörungen, Erschütterungen und Zerstörungen bleiben, und mit Ergebung den Zeitpunkt abwarten, wo die Factionen sich stark genug fühlen, ihre Frevel auch auf die übrigen Staaten auszudehnen. Die Untergrabung und der Umsturz des bestehenden Staats ist also die gemeinschaftliche Sache der Revolutionäre aller Länder, und in Beziehung auf Erregung von Revolutionen giebt es in Europa weder eine Unabhängigkeit der Staaten, noch geographische Gränzen, allein für die Unterdrückung erregter Revolutionen giebt es allerdings sowohl eine Unabhängigkeit der Staaten, als streng gezogene geographische Gränzen, deren Ueberschreitung keiner einzigen andren Macht, wohl aber allen Factionären, erlaubt ist; die Natur des revolutionären Feuers besteht darin, daß dasselbe, sobald von dessen Anzündung die Rede ist, dergestalt eine gemeinschaftliche Sache der Revolutionäre aller Staaten ist, daß sie alle berechtigt sind,

es anzuzünden, daß es dagegen aber, so bald es sich um dessen Löschung handelt, lediglich die eigene Sache des in Brand gesetzten Staats und nicht mehr die gemeinschaftliche Sache der übrigen Völker, sondern in Rücksicht auf sie eine fremde Sache ist; die Factionärs aller Länder sind vollkommen berechtigt, zum Angriff und Umsturz fremder Verfassungen sich gegenseitig Hand und Hülfe zu reichen, allein den europäischen Mächten ist dagegen zur Erhaltung und Vertheidigung eben dieser fremden Verfassungen dieser gegenseitige Beistand nicht erlaubt. Das, gegen alle bestehende Verfassungen gerichtete, Angrifs-Bündniß der Factionärs aller Staaten — dies folgt unmittelbar aus dieser Theorie — ist erlaubt und rechtmäßig, das, dagegen gerichtete, Vertheidigungs-Bündniß der Regenten ist aber unerlaubt und unrechtmäßig, und so stellen diejenigen dadurch, daß sie sich für berechtigt halten, fremde Verfassungen zu untergraben, den europäischen Mächten aber die Befugniß, leztre zu beschützen, absprechen, sich selbst als eine Gesellschaft dar, die mit der Befugniß zur allgemeinen politischen Brandstiftung dergestalt octroyrt ist, daß gegen ihre Brandstiftungen weder Löschungs- noch Sicherheits-Anstalten zulässig und die Nachbaren eines, von ihnen angezündeten, Gebäudes nicht befugt sind, zur Löschung der, auch sie selbst bedrohenden, Flammen beizutragen.

Ein sonderbares, bisher noch unerhörtes, Privilegium, dessen Urkunde wohl am wenigsten in der Liberalität der Grundsätze, deren diese Gesellschaft sich rühmt, in der Gerechtigkeit und in der Gleichheit der Rechte, die

ſie als die Grundlage ihrer Grundſätze und Beſtrebungen verkündigt, oder in ihrem ſo oft geäußerten Haſſe gegen alle Privilegien zu finden ſein dürfte!

Die Berechtigung zur Dazwiſchenkunft in die Verfaſſung eines andren Staats, welche jene Schule ſo gerne aus unſrem Völkerrechte vertilgen mögte, ſchien daher in dieſer und in mehreren andren Beziehungen dem Verfaſſer um ſo mehr zu einer eigenen Erörterung geeignet, als ſie bis jetzt nicht eigends, ſondern nur in gröſsten Völkerrechtlichen Schriften bearbeitet worden (3). Der Verfaſſer iſt jedoch entfernt, zu glauben, daß er durch die gegenwärtige, urſprünglich für eine Zeitſchrift beſtimmte, Erörterung dieſen Gegenſtand erſchöpft habe; dies lag auch nicht in ſeinem Zweck, welchen vielmehr bloß darauf ſich beſchränkte, aus der Theorie und europäiſchen Völkerrechtlichen Obſervanz darzulegen, daß die Dazwiſchenkunft andrer Mächte in die, für das ganze Völkerſyſtem nachtheiligen oder bedenklichen, Veränderungen der Verfaſſung einzelner Staaten ein uralter, allgemein anerkannter, unbeſtrittener und ſeit Jahrhunderten befolgter, Grundſatz des europäiſchen Völkerrechts ſei, ein Grundſatz, deſſen Anwendung Europa die Erhaltung ſeiner bürgerlichen und ſittlichen Ruhe und Ordnung verdankt, und welcher daher zu allen Zeiten als höchſt wohlthätig anerkannt worden iſt.

(3) Daß der in §. 25. gedachte Aufſatz nicht für eine Erörterung dieſes Gegenſtandes gehalten werden könne, bedarf wohl kaum einer Bemerkung.

§. 1.

I. Jeder unabhängige Staat ist berechtigt, seine Verfassung zu bestimmen.

Es leidet keinen Zweifel, daß jeder unabhängige Staat, vermöge seiner Unabhängigkeit von anderen Staaten, in der Regel berechtigt ist, nach eigenem Gefallen, seine Verfassung festzusetzen, abzuändern und aufzuheben, ohne daß andern Staaten erlaubt ist, sich darin zu mischen (1). Denn, da die Verfassung eines Staats auf andere Staaten gewöhnlich keine Beziehung hat, und daher für sie ohne Interesse ist; so fehlt es für letztere an jeder Veranlassung und an jedem Titel zur Einmischung (2).

(1) *Vattel* Droit. des gens Liv. II. ch. 4. §. 54. fol. Moser Versuch des europäischen Völkerrechts Band I. B. 2. Kap. 2. §. 2. Bd. VIII. B. 3. §. 2. F. C. v. Moser Abh. von dem Recht eines Souverains und fremden Volks, den Andern wegen seiner Handlungen zu Rede zu stellen §. 8. ff. (in seinen kleinen Schriften zur Erläuterung des Staats- und Völkerrechts Band VI. Abh. VI.) Günther Europäisches Völkerrecht Th. I. S. 280. 284. 286. Th. II. S. 371. *de Martens* précis du

Droit des gens §. 74. ff. Barriere-Tractat vom 29. Oct. 1709 Art. 2: la succession à la couronne d'Angleterre ayant été réglée par un acte du Parlement — et aucune Puissance n'ayant droit de s'opposer aux loix faites sur ce sujet par la couronne et le Parlement (*Du Mont* Corps diplomatique T. VIII. P. I. S. 243.) Allianz-Tractat zwischen Großbritt: und den vereinigten Niederlanden v. 29/30 Januar 1713. Art. 2. cum lege quadam in Parliamento Angliae lata — sancitum fuerit, quod — corona deveniret ad — Sophiam Electricem — cumque nulla potestas extranea — jus habeat revocandi in dubium constitutionem a Parliamente factam aut sese eidem opponendi (Daſ. S. 322.) Franzöſiſche Kriegserklärung gegen Oeſterreich 1735: l'Empereur a entrepris de prononcer sans autorité sur ce qui s'étoit passé dans l'interieur de la république de Pologne, il a decidé en legislateur souverain des loix qui doivent subsister en Pologne et des fondemens de la liberté (Moſers Reichsfama. Thl. XV. S. 508). Erklärung des Schwediſchen Reichsraths an Rußland von 1747: „er halte es für ſchimpflich, daß ſich ein freies „Königreich in dergleichen Domeſtic-Affairen von einer „andern Potenz ſollte Geſetze vorſchreiben laſſen." (J. C. v. Moſer vom dem Recht ꝛc. §. 33.) *Declaration des puiſſances alliées du 25. Mars 1814:* le Gouvernement françois enfin — devoit rester l'arbitre des rapports intérieures et du sort des puiſſances de l'Europe. — Il est temps enfin que les Princes puissent sans influence étrangère veiller au bien-être de leur peuples, que les nations respectent leur indépendance réciproque, que les institutions sociales soient à l'abri de bou leversemens journaliers (*de Martens* nouveau récueil des Traités T. 1. S. 692.) vergl. auch *de Martens* Recueil des Traités. T. I. S. 309. T. III. S. 351. u. T. V. S. 96.

Digitized by Google

(a) Allein eine weise Regierung wird dennoch die Ansicht von selbst berücksichtigen, welche in der, wegen des Projekts der Abschaffung des Adels dem Storthing 1821 übersandten, königl. Proposition enthalten ist, „Norwegen „ist ein freies unabhängiges Königreich, allein es existirt, „so wie die mächtigsten Staaten, um so zu sagen, mit „andern Staaten. Sein Gang muß in Harmonie mit „dem Gange stehen, den sie befolgen oder muß wenigstens gegen ihn nicht anstossen. Die Urtheile, welche „Nationen über unsere Gesetze, über unser Staatsrecht „und unsre Weisheit fällen werden, können dem Norwegischen Volke nicht gleichgültig seyn."

§. 2.

II. Allein dies Recht ist nicht unbegränzt.

A. Die Unabhängigkeit der europäischen Nationen ist überhaupt nicht unbedingt.

Allein dies Constitutionsrecht eines Volks ist in Europa schon deshalb nicht unbedingt, weil die Unabhängigkeit der europäischen Völker nicht unbegränzt ist. Denn letztere bilden seit Jahrhunderten ein Völker-Rechts-System; eine Gesellschaft von Nationen (1), vermöge deren der Naturzustand, wenn es einen solchen gab, unter ihnen aufgehört hat, und vermöge deren sie in ihren inneren Verhältnissen zwar von einander unabhängig, aber dennoch verpflichtet sind, in der Ausübung dieser Unabhängigkeit nicht blos auf die gleiche Unabhängigkeit und Selbstständigkeit der übrigen Nationen, sondern auch, und zwar ganz vorzüglich, auf die Erhaltung des großen Vereins aller Nationen dieses Welttheils und der

Grundlagen und Grundsätze desselben Rücksicht zu nehmen. Es folgt hieraus von selbst, daß kein Mitglied dieses Völkersystems von seiner Unabhängigkeit einen Gebrauch machen dürfe, der dies System selbst in seinen Grundlagen und Zwecken, so wie in seiner Festigkeit und Erhaltung erschüttern und den übrigen Mitgliedern dieses, zwar formlosen, aber dennoch bestehenden, Nationen-Vereins die, vermöge dieses Systems ihnen zustehenden, gleich stark begründeten, Rechte und Ansprüche schmälern oder entziehen könnte. Alle Mitglieder dieser Gesellschaft sind aus dem natürlichen in den conventionellen Zustand übergegangen, und können daher in dem letztern die Unbegränztheit der Rechte oder vielmehr die Gesetzlosigkeit der Gewalt des erstern eben so wenig mehr in Anspruch nehmen, als das, aus dem natürlichen Zustande in den Staat übergegangene, Individuum gegen Staatszwecke auf natürliche Freiheit sich berufen kann. Diese Beschränkung der Unabhängigkeit ist auch für keine Nation ein Opfer, denn sie ist gegenseitig und jede Nation erhält daher für den Theil, welchen sie von ihrer unbedingten Unabhängigkeit dem Ganzen opfert, gegenseitig von allen übrigen Nationen das gleiche Opfer der Beschränkung ihrer Unabhängigkeit (2).

Die Unabhängigkeit einer jeden Macht ist mithin dem höheren Zweck des ganzen Völkersystems untergeordnet, und sie daher verbunden, dasjenige zu thun, was die Erhaltung des leztren erfordert, so wie dasjenige zu unterlassen, was demselben nachtheilig ist (3).

(2) Wiener Friedensschluß zwischen Oesterreich und Frankreich vom 28. August 1736: Art. VI. — les

droits qui *dans la societé des nations* sont reconnus u. ſ. w. (*Wenck* Codex juris gentium T. 1. S. 51.) Oeſterreichiſche Declaration wegen der Neapolitaniſchen Angelegenheiten vom 13. Februar 1821: „Das Geſammt-Intereſſe des Europäiſchen „Staatenbundes." Depeſche der Höfe von Oeſterreich, Rußland und Preußen vom 8. Dec. 1820 an ihre Geſandten wegen der Neapolit. Angelegenheiten: „Der Bund der Europäiſchen Staaten:" Der Biſchof von Landaff äußerte daher am 27. Nov. 1787 im brittiſchen Oberhauſe: „Alle „Nationen von Europa ſind als eine Kette zu betrachten, „wovon jedes Glied zur Erhaltung des Ganzen weſentlich nothwendig iſt, und England und Preußen haben „daher, dem Völkerrecht völlig gemäß, in die innern „Holländiſchen Angelegenheiten ſich gemiſcht. (Politiſches Journal 1787. Heft XII. S. 1195.) *Vattel* „prélim. §. 21. Günther a. a. O. Th. 1. S. 4. u. „149.

(2) *Hertzberg*, dissert. sur la veritable richesse des états, la balance du commerce et celle du pouvoir (à Berlin 1786); cette balance politique n'est autre chose, que l'union contractée soit formellement, soit tacitement entre certains états d'une moindre puissance pour mettre en sûreté leur existence, leur liberté et leurs possessions en empêchant par leurs forces réunies les progres ulterieurs et les dessins trop vastes, réels ou possibles de telle autre puissance qui est déja devenue prépondérante ou qui veut le devenir encore davantage. Der Prinz *Talleyrand* äußerte daher auf dem Wiener Congreß: les principes de l'équilibre politique ou, ce qui est la même chose, les principes conservateurs des droits de chacun et du répos de tous, vergl. *Rayneval* institutions du droit de la nature et des gens

(à Paris 1803) S. 129 ff. *Gondon* droit public et des gens. (à Paris 1807) T. 1. S. 127 ff. *Declaration des puissances signataires* du 25. Nov. 1818: — de ne jamais s'écarter — de l'observation la plus stricte des principes du droit des gens, principes qui dans leur application à un état de paix permanent peuvent seuls garantir efficacement l'indépendance de chaque Gouvernement et la stabilité de l'association générale (*de Martens* Nouv. récueil T. IV. S. 560.)

(3) Moser, Verſuch d. V. R. Thl. VI. S. 398 ff. *Neyron* principes du droit des gens. Liv. 1. Ch. 1. §. 5. Günther a. a. O. Th. 1. S. 157. und S. 282. „Die genaue „Verbindung, in welcher die europäiſchen Nationen heut „zu Tage ſtehen, indem ſie gewiſſermaßen und beſonders „in den Fällen, wo es auf ein gemeinſchaftliches Intereſſe ankommt, als Glieder einer großen Geſellſchaft „zu betrachten ſind, erfordert, nach den Grundſätzen „des freiwilligen Völkerrechts, daß eine Nation bei ihren Handlungen auch Rückſicht auf die geſellſchaftlichen „Pflichten nehme, und ihre Freiheit hierin nicht zum „offenbaren Nachtheil für die Ruhe und Erhaltung dieſer großen Geſellſchaft mißbrauche, oder den übrigen „Gliedern dadurch gegründete Urſache zu Mißtrauen „und Unruhe gebe.“ F. C. v. Moſer a. a. O. §. 4. „Die Macht eines jeden Mitgliedes dieſer großen Kette „iſt ſouverain, der Gebrauch derſelben aber iſt nur in „ſo weit willkührlich, als ſolcher keine nothwendig oder „offenbar nachtheiligen Folgen vor die Ruhe und Erhaltung der großen allgemeinen Societät mit ſich führt. §. „32. Die Handlungen eines Souverains, ſo als Domestic betrachtet werden können, ſind nur ſo weit willkührlich, als ſolche keine nothwendig und offenbar nachtheiligen Folgen vor die Ruhe des Ganzen mit ſich führen.“ *de Martens precis du droit des gens* §. 116: tant

qu'il ne porte point par là atteinte à l'indépendance des autres, aucune nation étrangére ne peut être en droit de lui préscrire ce qu'à cet égard il doit faire ou ne par faire. *Klüber*, droit des gens §. 46: en vertu de l'indépendance chaque état a droit à toutes les actions conformes à un principe, avec la validité du quel peut subsister l'indépendance de tous les autres états. So erklärten Oeſterreich, Rußland, Spanien, Großbritannien, Frankreich, Preußen, Portugall und Schweden in der declaration sur les affaires de la confédération helvetique du 20. Mars 1815: les puissances s'attendent à ce que les cantons sacrifiant au bien général toute consideration sécondaire ne tarderont plus à adhérer au pacte féderal librement arrêté par la grande majorité de leurs co-états, l'interet commun exigeant impérieusement que toutes les parties de la Suisse se réunissent le plus tôt possible sous la même constitution féderative (*Schoell*, acte du congrés de Vienne S. 333.), ſo erklärte der ruſſiſche Hof 1752 dem Schwediſchen: „er ſei nicht geneigt, ſich in die ſchwediſchen Angelegenheiten weiter zu miſchen, als er durch die Tractaten und das Intereſſe der guten Nachbarſchaft dazu verbunden ſei (F. C. v. Moſer a. a. O. §. 20.). und ſo führte Frankreich in der, wegen Unterſtützung der Nordamerikaniſchen Provinzen, herausgegebenen Deduction an: l'independance des nations les unes à l'égard des autres est la base primitive et fondamentale du droit des gens; elle est absolue ex illimitée et elle n'admet de modifications et de restrictions que celles qui sont fondées sur des engagemens ou que préscrit la conscience ou enfin qu'exige l'interêt de l'Etat. Dans le prémier cas une nation s'est donné un contradicteur legitime, mais dans les deux autres ses determinations et sa conduite ne peuvent dépendre que de son propre

jugement et quiconque entreprendroit de la guerre à cet égard, porteroit atteinte à son independence et lui feroit injure, so wie Frankreich in den 1718 dem Spanischen Hofe vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten gemachten Vorschlägen bemerkte: comme il ne seroit pas juste, que la paix de l'Europe dependrait de l'opiniatreté on des vues particulières d'une ou de deux seules puissances — les parties contractantes sont convenues de joindre leurs forces pour obliger le Prince refusant à l'acceptation de la paix, conformement à ce qui a été souvent pratiqué pour le répos public dans des occasions importantes. (F. C. v. Moser kleine Schriften Th. VI. S. 319.). Die Europäischen Mächte haben daher die Rücksicht auf die Erhaltung dieser Zwecke stets für ihre vorzügliche Pflicht gehalten. Z. B. *Manifeste des Etats généraux des provinces unies contre le gouvernement d'Angleterre* du 2 Août 1654: reconnaissans que toutes puissances souveraines et légitimes comme estant ordonnées de Dieu pour procurer le bien de leur subjets, sont obligées non seulement de les gouverner avec moderation, tenir bon ordre et police, prévenir ensuite sagement et détourner avec prudence tout ce qui *au dehors* est capable de troubler leur repos, les grever ou leur apporter quelque dommage (*Du Mont* C. D. T. VII, C. a. S. 31.), Tripel-Allianz vom 23. Januar 1668: de ne pouvoir satisfaire au devoir que Dieu leur a imposé — s'ils ne s'appliquassent avec tout le soin et le zèle imaginable à composer les differents resaucités entre les deux couronnes et particulierement à éteindre le feu allumé dans leur voisinage (daselbst P. I. S. 68.) Portugiesisches Kriegsmanifest gegen Frankreich von 1704: S. M. Portugaise fait consister sa prémière obligation à veiller infatigablement à la conservation et surêté de ses royaumes et

vassaux et à prévénir le péril, dont ils sont menacés par l'Union de la monarchie espagnole à la France soit par une réelle incorporation ou par une étroite Union des interêts de l'une et l'autre monarchie (Daſ T. VIII. P. 1. S. 148.) *Traité d'Alliance entre la France, la Grande Bretagne et la Prusse* du 3. Sept. 1725: comme l'affaire — de Thorn — ont alarmé plusieus Princes et états, qui craignent qu'au préjudice du Traité d'Oliva il n'arrive à cette occasion des troubles non seulement dans la Pologne, mais aussi dans les païs voisins, Leurs Majeſtez s'instruiront — des moyens d'y rémedier d'une maniére qui assure entierement la tranquilité publique contre les dangers aux quels elle seroit exposée, si un traité aussi solemnel que celui d'Oliva souffrit quelque atteinte (Daſ. P. 2. S. 128.) u. a. m. ſo wie früher der Pforte es zum Vorwurf gemacht worden, daß ſie ſich von dieſen Grundſätzen ausſchließe; B. Allianz zwiſchen Oeſterreich und Polen vom 31. März 1683: cum quotidiana experientia compertum habeamus, Potentiam Ottomanicam vel ideo christianitati gravem, *quod in commune minime consultum nec ullis ad propulsandum commune periculum armorum societatibus et foederibus* provisum (Daſ. P. 2. S. 62.) und mehrere Reichstags-Geſandten 1653 den Beſchluß des deutſchen Reichstags, den König Karl II. von England nicht zu unterſtützen, imbecillitas Imperii nannten (Moſer, Teutſches auswärtiges Staatsrecht S. 94.)

§. 3.

B. Die öffentliche Verfaſſung eines Staats iſt nicht unbedingt eine res domeſtica des letztren.

Wenn ein jeder Staat die Befugniß hat, ſeine

innern Angelegenheiten und insonderheit seine öffentliche Verfassung selbstständig zu ordnen, und darin die Dazwischenkunft eines andern Staats oder der übrigen europäischen Mächte nur in sofern zulässig ist, als durch jene Anordnungen ihr eigenes Interesse betroffen und ergriffen wird (§. 2. und §. 3.); so entsteht zunächst die Frage: ob die Verfassung eines Staats mit einem solchen Interesse für andre Staaten verbunden sei?

Wer über die Natur und Wirkungen der Staatsverfassungen auch nur oberflächlich nachgedacht und die Geschichte zu Rathe gezogen hat, kann diese Frage nur bejahend beantworten. Denn, wenn gleich die Staatsverfassung eines Landes nur für letztres gegeben ist; so äußert sie doch auch außerhalb desselben und insonderheit in Rücksicht auf die Verbindungen, in welchen der Staat zu den übrigen Staaten steht, in so vielfachen und wichtigen Beziehungen ihre Wirkungen so bedeutend, daß sie keinesweges als eine bloß häusliche und bloß innere Angelegenheiten des Staats, für welchen sie gilt, angesehen werden kann, sondern auch für die übrigen Nationen ein sehr erheblicher Gegenstand ist (1). Es versteht sich von selbst, daß hierbei nicht von unwichtigen Nebenbestimmungen, sondern nur entweder von der Verfassung überhaupt oder von ihren Hauptgrundsätzen die Rede ist. Denn in letzterer Beziehung kann theils die wesentliche Grundlage der öffentlichen Verfassung eines Staats mit den, vom ganzen Völkersystem angenommenen, Grundlagen der öffentlichen Staatsverhältnisse in gradem Widerspruch stehen, theils aber die Verfassung in einzelnen Bestimmungen, die im Völkerrechts-System

Digitized by Google

angenommenen, Grundsätze des conventionellen Völkerrechts umstoßen, oder mit ihnen unvereinbarlich sein, und in beiden Beziehungen für die ganze Verbindung von Nationen oder für einige der letztern Gefahren drohen oder Besorgnisse erregen. Wenn eine Constitution zum Beispiel auf anarchischen Grundlagen gebauet, wenn sie allgemein anerkannte Grundsätze des Völkerrechts aufhebt, wenn sie den Regenten außer Stande setzt, zur Erhaltung des ganzen Völkersystems mitzuwirken und beizutragen, wenn aus der gegebenen Verfassung nothwendig innere Streitigkeiten und bürgerliche Unruhen erzeugt und erhalten werden und daher die innere Ruhe nicht allein dieses Staats, sondern auch anderer Staaten bedroht, und einer fortdauernden Gefahr bloßgestellt wird, wenn eine Constitution auch noch andre, die innere und die, mit derselben so unzertrennlich verbundene, äußere Ruhe aller Länder bedrohende, Elemente enthält, oder wenn das Beispiel der Art ihrer Einführung diese Besorgnisse erregen muß: wer mögte dann wohl behaupten, eine solche Staatsverfassung sei blos Angelegenheit ihres Staats, ohne Einfluß und Interesse für die übrigen Staaten? wer wird nicht eine solche Verfassung für einen Gegenstand des Interesses und der Aufmerksamkeit aller übrigen Staaten, und der, aus denselben bestehenden, Verbindung der Nationen halten (2)?

(1) Oesterreichische, Russische und Preußische Erklärung wegen der Polnischen inneren Angelegenheiten von 1733 — il conste que si l'on souffre que quelques loix d'Etat soient abrogées par deux ordres de la rép., rien n'empêchera que les loix

les plus salutaires ne soient renversées dans un interregne, ce qui est du dernier absurde, puisqu'alors toute la societé seroit troublée, *non seulement quant à l'intérieur, mais même par rapport aux étrangers, ensorte qu'on ne pourroit plus faire fond ni sur le droit des gens, ni sur la foi publique* (*Du Mont* C. d. Suppl. II. P. I. S. 441.) (Ruſſiſches) *Exposé des droits des Dissidens en Pologne, joints à ceux des Puissances interessées à leur maintien* 1767: Ces engagemens sont souvent si étroits, qu'une attention non interrompue à tout ce qui concerne une puissance voisine soit à l'égard de sa surêté au dehors, ou de sa constitution intérieure est necessairement compris dans un plan d'Etat et occupe la prémiére place après les soins qu'on doit à sa propre conservation — qui prend à coeur le maintien des constitutions de Pologne, puisque les atteintes qu'on y pourroit porter, concernent à plusieurs égards le bonheur et le répos de la Russie (Moſer V. d. V. R. Thl. VI. S. 224) *Traité d'Alliance entre la Russie et la Pologne* du 15/16 October 1793 Art. XV: — cependant, comme la constitution et la forme de son Gouvernement doivent influer essentiellement sur la tranquilité de la republique *au dehors et au dedans et par contre — coup sur celle de l'Empire de Russie* — S. M. I. et la Rép. s'engagent — à n'entreprendre — aucun de ces changemens (der Conſtitution) — qu'en se concertant avec S. M. (*de Martens* Recueil des Traités T. V. S. 227.) In der Ruſſiſchen Erklärung wegen der polniſchen Angelegenheiten von 1767 wird unter andern geſagt: Dèslors le maintien de l'état et de sa tranquilité n'est plus resté l'objet de l'attention seule de ses citoyens, mais est devenu une obligation pour ses voisins, qui, en contractant avec elle, n'ont pas moins contracté avec tous ses membres (Daſelbſt

T. 1. S. 346.). Daher enthalten mehrere Traktate über diesen Gegenstand beruhigende Zusicherungen, z. B. der Russisch-Französische und der Preußisch-Französische Tilsiter Frieden die Bestimmung: le Duché de Varsovie — (sera) regis par des constitutions, qui en assurant les libertés — des peuples de ce Duché, *se concilient avec la tranquilité des états voisins.*

(2) *Vattel*, droit des gens. Prélim. §. 2. F. C. v. Moser a. a. O. §. 10. „Die zwei Hauptsätze und Sorgen der „europäischen Souverains gehen auf ihre eigene Erhaltung, Sicherheit und möglichste Verbesserung, sodann „auf die möglichste Verhinderung einer — allen oder vielen andern gefährlichen Uebermacht. Diese zwo Sätze „können, ja sie müssen, beisammen stehen. Auf ihnen „beruhet das große System von der Ruhe von Europa „— sie seynd der Grund aller Verträge, Garantien, der „Sicherheits-Tractaten und der Off- und Defensiv-Allianzen. §. 11. In allen Fällen, welche diesen beiden anerkannten Erbgrund-Staatsgesetzen aller Souverainen „zu nahe treten, denselbigen gar den Umsturz drohen, „betrachten sie sich als Glieder der Einen großen Societät nach gleichen Rechten und gleichen Pflichten. §. 12. „Ein jeder Souverain kann in seinen Staaten thun, was „er will, ohne schuldig zu sein, andern Souverains Rede „und Antwort zu geben, wenn und so lange diese bei „der Sache auf keine gültige Weise interessirt sind. §. 13. „Weilen nun überhaupt zu sagen, jedem Staat zwar „daran gelegen ist, in Ruhe zu bleiben, hingegen auch „jeder nur so lange ruhig sein kann, als sein Nachbar „will, eine in ihrem Ursprunge zwischen zween oder „etlichen wenigen Höfen personelle Handlung aber in „ihrem Fortgange und Folgen vor die ganze übrige Societät der Völker interessant und allgemein werden „kann: so bezeichnet ein durchgängig anerkanntes Her-

„kommen gewisse Handlungen von solcher Natur zu „seyn, welche sich die andern nicht gleichgültig seyn las„sen könnten, und dieserwegen als Mitglieder Einer „großen Haupthaushaltung, befugt seyn zu fragen: „was machst Du?“ Günther a. a. O. Thl. I. S. 295. „So lange die Handlungen eines Volks hauptsächlich „nur das innere Wohl des Staats betreffen, haben die „übrigen Nationen, außer den obbemerkten Fällen (eige„nes Interesse, Requisition, Bündnisse und Freund„schaft) weder Recht noch Ursache sich darum zu bekümmern. Wenn aber dessen Veranstaltungen unmittelbar „auf die große Staatsgesellschaft, deren Mitglied es ist, „sich beziehen, und von der Art sind, daß sie Besorgnisse „für die allgemeine Ruhe und Sicherheit erwecken; so „müssen andre Staaten nothwendig aufmerksam werden, „zumahl wenn die etwas dergleichen unternehmende Na„tion schon durch ähnliche Fälle zu Mißtrauen Anlaß „gegeben hat. Sie sind daher, besonders die zunächst„interessirten, nach dem freiwilligen sowohl, als nach „dem herkömmlichen Völkerrecht gar wohl befugt, eine „Erklärung über die Absicht solcher Handlungen und die „Hebung des Besorgnisses zu fordern. S. 296. Bei „Bestimmung dieser, für die allgemeine Ruhe der großen „Völkergesellschaft besorglichen Handlungen kommt es „zuweilen blos auf gewisse angenommene Systeme und „besondere, bald auf längere bald auf kürzere Zeit ge„schlossenen Verbindungen unter den Hauptmächten „Europens an. S. 302. Uebrigens ist es eben nicht nö„thig, daß die nachtheilige Handlung wirklich erfolgt „sei, zuweilen sind auch ein gegründetes Besorgniß, ein „höchstwahrscheinlicher Verdacht oder eine zweideutige „Lage der Sache überhaupt hinlänglich.“

§. 4.

III. Die übrigen Mächte sind vielmehr befugt, von der öffentlichen Verfassung eines andern Staats Kenntniß zu nehmen.

Die übrigen Mächte sind vielmehr befugt, von der öffentlichen Verfassung eines andern Staats, insoweit sie in ihren Würkungen nicht blos auf den letztren sich beschränkt, sondern sie auch auf andre Länder äußert, mithin für letztre ein Interesse hat, Kenntniß zu nehmen.

§. 5.

A. Gründe dieser Befugniß.

AA. Allgemeine Gründe.

1. Natur der Staatsverfassung.

Diese Befugniß der andern Mächte beruht theils auf allgemeinen, theils auf besonderen Gründen; erstere geben allen Staaten diese Befugniß, letztere aber nur einzelnen Mächten.

Die allgemeinen Gründe sind theils in der Natur der gegebenen Staatsverfassung, theils in der Fürsorge anderer Staaten für ihre und für die allgemeine Sicherheit und Ruhe enthalten. Denn ein Staat, welcher sich eine, andern Staaten Besorgnisse erregende, Verfassung giebt, und von solchen Verfassungen ist hier nur die Rede (§. 3.), überschreitet die Gränze seiner innern Angelegenheiten, und berührt die Verhältnisse und Rechte andrer Staaten, welche daher allerdings befugt sind, hievon Kenntniß zu nehmen.

Digitized by Google

Schon nach dem natürlichen und allgemeinen Völkerrecht würde diese Befugniß, insofern nach demselben von Recht überall die Frage ist, ihnen ohne Zweifel zustehen. Es würde hier das Verhältniß der Individuen im Natur-Zustande eintreten. Nach natürlichem Rechte ist jeder Hausvater befugt, sein Hauswesen nach eigener Bestimmung zu ordnen, und darf darin von andern Hausvätern nicht beschränkt werden. Allein diese Unabhängigkeit findet nur in so weit statt, als erstrer durch seine häuslichen Anordnungen die Sicherheit oder die Rechte der übrigen Hausväter nicht verletzt, sondern lediglich in einer, auf sein Hauswesen beschränkten, Sphäre sich verhält. Diese Sphäre überschreitet er aber, wenn er in seinem Hause Einrichtungen trift, aus welchen für die Sicherheit und Ruhe der andern Hausväter Besorgnisse und Nachtheile entstehen, wenn er z. B. in seinem Hause mit Feuer ruchlos umgeht, wenn er darin Pulvermühlen und Pulvermagazine oder Lazarethe für ansteckende Kranke anlegt, oder reißende Thiere hält, oder für Räuber und Mörder eine Freistätte einrichtet, oder wenn er den, von ihm abhangenden, Hausgenossen Gesetzlosigkeit, Verachtung der Rechte und der Achtung andrer Hausherren und der Hausherrlichkeit gestattet, oder wohl gar predigt und dadurch die Ruhe und die persönliche und dingliche Sicherheit aller Hausväter aufs Spiel und in Gefahr setzt. Dann ist nicht mehr von der Ordnung und Leitung seines Hauswesens, nicht mehr von seinen häuslichen Angelegenheiten die Rede, sondern dann handelt es sich vielmehr um eine, allen übrigen Hausvätern und die ganze Hausherrlichkeit

keit, so wie alle, unter der letztern lebenden, Individuen bedrohenden Gefahr, mithin von einer gemeinsamen Angelegenheit aller, jenen Gefahren ausgesetzten, Hausväter und Häuser, und, wenn dann die übrigen Hausherrn davon Kenntniß nehmen; so kann er ihnen nicht vorwerfen, sie mischen sich in seine, in eine häusliche, in eine fremde, Angelegenheit, sondern sie nehmen dann nur von einer, sie alle interessirenden, mithin gemeinschaftlichen, Angelegenheit Kenntniß, sie wenden dann nur eine gemeinschaftliche Gefahr von sich und den Ihrigen ab, und sind mithin wohl befugt, dem, auf seine Unabhängigkeit von ihnen trotzenden, Hausvater ihre Unabhängigkeit von seinen Gesundheits- und Feuersgefährlichen Einrichtungen, von seinen Löwen und Tiegern und von der, aus seinem Hause hervorgehenden oder besorglichen, Auflösung der Sicherheit, Zucht und Ordnung entgegen zu setzen. Dies alles tritt nach allgemeinem Völkerrecht in dem gegenseitigen Verhältnisse unabhängiger Völker ebenfalls ein (1), indem sie, nach demselben, moralische Personen höherer Ordnung, und als solche befugt sind, der Unabhängigkeit des einen Volks ihre gleich starke Unabhängigkeit und ihr Erhaltungsrecht entgegen zu setzen.

In einem noch erhöheten Grade ist dies alles aber in der europäischen Staaten-Gesellschaft der Fall, indem darin zu den Rechten, welche jede der übrigen einzelnen Nationen hat, die Rechte und Ansprüche der Gesellschaft selbst hinzutreten, und jedes einzelne Mitglied derselben in seinen häuslichen Rechten dem Gesammtzweck und den Gesammtrechten des Ganzen dergestalt untergeordnet

ist, daß, wie in einem Staate Landrecht das Hausrecht bricht, so in jedem Staate in Rücksicht auf die Staaten-Gesellschaft, Völkerrecht das Staatsrecht jedes Landes bricht, mithin in jedem Lande die Staatsgewalt dem Völkerrecht dergestalt untergeordnet ist, daß es nur in soweit sich äußern darf, als das Völkerrecht es gestattet. (§. 2 und 3.) (2).

(1) Moser, V. d. V. R. Thl. VI. S. 316: „Unter einzelnen, unter sich unabhängigen Menschen trägt es sich „täglich zu, daß aus dem Grunde seines eigenen Interesses einer dem andern, zuweilen Nachbaren, seiner „Handlungen wegen Einrede thut, oder ihn gar vor „dem Richter deshalb belanget. Nun eben so machen es „die, moralische Personen vorstellende Staaten ebenfalls. „Thl. VIII. S. 49: Wenn ein Staat in Ansehung der „ansteckenden Krankheiten zu sorglos und nachlässig, „oder aber gar zu streng ist, mithin ein benachbarter „Staat auf eine oder die andere Weise darunter Schaden leidet, kann er allerdings von seinem Nachbaren „verlangen, daß er nicht weniger oder nicht mehr thun, „als sich gebührt." So ließen z. B. Oesterreich, Rußland und Preußen 1770 wegen ansteckender Krankheiten Truppen in Polen einrücken, und darin einen Cordon ziehen. Moser, Beiträge zum V. R. in Friedenszeiten. Thl. V. S. 328.

(2) „Die Verhältnisse der verschiedenen Nationen, äußerte „der Minister der auswärtigen Angelegenheiten Montmorin 1791 in der Nationalversammlung, setzen eine gegenseitige Achtung für die verschiedenen Regierungsformen voraus. Will eine ihre Constitution ändern; so muß sie „sich auf ihr Gebiet einschränken, und nicht andre bewegen wollen, die neuen Grundsätze ihrer Constitution

„anzunehmen. So sahe man England und Holland „große Revolutionen machen, und ihrer neuen Constitu„tion Achtung verschaffen, weil sie selbst die Constitu„tionen andrer Staaten respectirten (Politisches „Journal 1791. Heft XII. S. 1282.).

§. 6.

Diese Grundsätze treten ganz besonders dann ein, wenn die Verfassung eines Staats entweder in der Art ihrer Einführung oder in ihrer Grundlage, in ihren Grundsätzen oder in ihrer Tendenz für die Erhaltung sowohl der Verfassung der andern Staaten und ihrer innern Ruhe und Sicherheit, als für die Aufrechthaltung des ganzen Völker-Systems besonders gefährlich ist, und es sich daher recht eigentlich um die Selbsterhaltung, sowohl der übrigen Staaten, als ihrer Völkerrechtlichen Verbindung handelt. Wenn in frühern Jahrhunderten das Streben nach der Universalherrschaft hieher vorzüglich gerechnet ward; so haben spätere Zeiten mit noch größerem Recht die revolutionären Verfassungen in diese Kathegorie gesetzt. Es bedarf hier weder der Characteristik derselben, noch des Beweises ihrer durchgängigen Unvereinbarlichkeit mit der Unabhängigkeit, der Verfassung, der Sicherheit und der Ruhe, und überhaupt mit dem ganzen sittlichen und politischen Zustande Europens und jedes europäischen Staats. Die Erfahrung unsrer Zeiten hat darüber so kathegorische Beweise geführt (1), daß nur ein seltener Grad von Verblendung den europäischen Mächten zumuthen kann, diesen revolutionären Verfassungen Muße und Gelegenheit zu lassen, ihr Gift noch ferner über die Welt zu verbrei-

ten, oder, nach ihrer eigenen Sprache, ihren Kreislauf zu vollenden.

Da die Sicherheit des ganzen europäischen Völker-Systems auf der Sicherheit und Festigkeit der Verfassungen der einzelnen Staaten und auf der Erhaltung der bürgerlichen Ordnung in den letztern beruht; so haben die europäischen Mächte zu allen Zeiten an der Erhaltung der rechtmäßigen Verfassung in den einzelnen Staaten ein besonderes Interesse genommen (2). Daher die Fürsorge für die Unverletzlichkeit der Regenten (3), die Vereinigungen gegen revolutionäre Bewegungen und Empörungen (4), das Versprechen, die, in fremde Staaten geflüchteten, Revolutionärs ihrem rechtmäßigen Regenten auszuliefern, oder wenigstens ihnen keinen Aufenthalt zu gestatten (5). Revolutionäre Verfassungen berechtigen daher die übrigen Staaten auf jeden Fall, denselben sich zu widersetzen (6).

(1) So äusserte z. B. 1792 der Berichterstatter im französischen Nationalconvent unter lautem Jubel: „Die Könige sind es nicht allein, mit welchen wir Krieg zu „führen haben; wären es diese nur allein, dann brauchten wir nur zehn bis zwölf Köpfe herunterschlagen zu „lassen; wir haben aber auch ihre Mitschuldigen zu bekämpfen. — Die Aristokratie herrscht überall, wir „müssen also alle vorhandene obrigkeitliche Gewalt aufheben. Nichts darf von der alten Regierungs-Verfassung am Leben bleiben, so bald sich die Revolutionsgewalt zeigt. Das Volkssystem muß eingeführt werden u. s. w. (Politisches Journal 1792 Heft VII. S. 682) Bemerkenswerth, besonders in Beziehung auf die neuern Vorfälle, ist die, am 12. Jun. 1790 im Propaganden

Clubb zu Paris gehaltene Rede, worin es unter andern heißt: „Wenn unsere Demokratische Constitution sich erhält, so ist der Umsturz aller Thronen in Europa unvermeidlich, und eine Revolution nach der andern wird das Scepter der Könige zu den Füßen des Volks legen. Die Könige — denken daran, unsere Constitution umzustürzen — und unsre große und unversöhnliche Feinde machen dies Projekt leicht. Wir haben dagegen nur ein Mittel. Wir müssen nicht auf Vertheidigung, sondern auf Angriffe denken. Wenn wir nicht arbeiten, Empörungen in andern Reichen zu bewirken, so ist unsere Constitution verfehlt; wir müssen eilen, und bei unsern Nachbaren anfangen, ähnliche Revolutionen, wie die unsrigen, zu bewirken. — Bisher ist noch nirgends etwas wesentliches geschehen, die Thronen umzustürzen. Es sind nur hie und da Bewegungen gewesen, aber keine wahre Insurrektionen. Unsre erste Wirksamkeit muß auf Spanien, Savoyen, Italien und die aristokratischen Schweizer-Cantons gerichtet sein. Aber wir müssen keine der bisher angewandten Mittel brauchen; diese sind vielmehr verderblich. Man muß dagegen die List brauchen, allenthalben den Saamen von der Idee von Landständen auszustreuen; man muß suchen, daß man allenthalben Zusammenberufungen von Ständen und Repräsentanten der Nation erlange. — Und so muß denn die Revolution beschleunigt werden. — Die Eitelkeit erhitzt immer den Bürger, so bald man will — man muß sich an die Armee und Garden wenden. — Laßt uns wirken und unsre Freunde versenden, und die Instructionen derjenigen verändern, die schon an Ort und Stelle sind. (Politisches Journal 1790 Heft VIII. S. 838.).

Digitized by Google

(2) Vergl. unten §. 29. 50. 51. 52. 55. 56. 57. 58. 59. 61. 63. 64. 65. 66. ff Depesche des Hof- u. Staatskanzlers Fürsten von Kaunitz an den K. K. Geschäftsträger zu Paris vom 17ten Februar 1792: „So „lange das Innere von Frankreich täglich zunehmende „Anzeigen von Unbestand und Gährung darstellen wird, „werden die mit Frankreich in freundschaftlichen Verhältnissen stehende Mächte die gerechteste Ursache haben, für den König und die Königliche Familie die „Rückkehr eben der äußersten Umstände, die sie schon „wiederholt erfahren haben, und wegen Frankreich zu „besorgen, daß es in das größte Uebel, das einen großen Staat treffen kann, in Volks-Anarchie, gestürzt „zu sehen. Aber unter allen Uebeln ist auch dies das „ansteckendste für andre Völker, und indeß mehr, als ein „fremder Staat schon die traurigsten Beispiele von den „Fortschritten desselben gegeben hat, müßte man auch „den andern Mächten eben das Recht, ihre Constitution „zu erhalten, welches Frankreich für die seinige verlangt, „streitig machen wollen, um nicht zuzugeben, daß nie „eine Veranlassung zu Beunruhigungen und einer allgemeinen Verbindung existirt hat, die rechtmäßiger, dringender und für die Ruhe von Europa erforderlicher gewesen wäre.“ (Pol. Journal 1792 Heft III. S. „256). Schon in der Erklärung vom 21sten Dec. 1791 „hatte der Fürst Kaunitz dem Französischen Gesandten geäußert: „Der Kaiser nimmt an dem Wohle Frankreichs „und an der allgemeinen Ruhe einen zu großen Antheil, „um nicht lebhaft zu wünschen, diese Extremität und „die unvermeidlichen Folgen abzuwenden, die es sowohl „von Seiten des teutschen Reichs, als von den andern „Souverains nach sich ziehen würde, die zur Erhaltung „der öffentlichen Ruhe und für die Sicherheit und Ehre „der Kronen gemeinschaftlich verbunden sind, u. s. w. (Poli-

tiſches Journal 1791 Heft 1. S. 36.). Oeſtreichiſche Declaration vom 13ten Febr. 1821 wegen der Neapolitaniſchen Rebellion: „Im „reinen Gefühle deſſen, was Se. Majeſtät der Erhaltung und Sicherheit Ihrer Staaten, dem Schutze Ihrer treuen und glücklichen Völker, Ihren freundſchaftlichen Verhältniſſen mit den Fürſten Italiens und „Ihrer Stellung im europäiſchen Staaten-Syſtem ſchuldig ſind — — Se. Majeſtät — — über eine Sache, die „nicht blos für Italien, nicht blos für die öſtrerreichiſche Monarchie, ſondern für das Geſammt-Intereſſe „des Europäiſchen Staatenbundes von unbeſtreitbarer „Wichtigkeit iſt.“ Circular-Depeſche der Höfe von Oeſtreich, Rußland und Preußen an ihre Geſandten an den deutſchen und nordiſchen Höfen wegen der Neapolitaniſchen Angelegenheiten vom 8 Dec. 1820: „Die Mächte üben ein „unbeſtreitbares Recht aus, indem ſie auf gemeinſchaftliche Sicherheitsmaaßregeln gegen Staaten, in welchen ein, durch Aufruhr bewirkter, Umſturz der Regierung, auch nur als Beiſpiel betrachtet, eine feindſelige Stellung gegen alle rechtmäßigen Verfaſſungen und „Regierungen zur Folge haben müßte, Bedacht nehmen. „Die Ausübung dieſes Rechts wird noch dringender, „wenn die, welche in dieſer Lage gerathen waren, das „Unglück welches ſie ſich zugezogen, benachbarten Ländern mitzutheilen, und Aufſtand und Verwirrung rund „um ſich her zu verbreiten ſuchen. In ſolcher Stellung, „in ſolchem Verfahren liegt ein offenbarer Bruch des „Vertrags, der ſämmtlichen Europäiſchen Regierungen „außer der Unverletzlichkeit ihres Gebiets, auch den Genuß der friedlichen Verhältniſſe — verbürgt.“

(3) So ſchrieb 1771 Friedrich II. dem Könige von Polen

wegen des, auf letztern begangenen, Attentats: *C'est une affaire qui interesse tous les souverains* et ce trait — meriteroit *que toutes les puissances de l'Europe se réunissent et tirassent une vengeance éclatante de cet enorme forfait.* (Moser V. d. V. R. Th. 1. S. 285) Vergl. auch §. 61. *Vattel* Lib. 1. C. 48. §. 50. *Neyron* principes du droit des gens. Ch. IV. art. 2. §. 112. Günther, V. R. Thl. II. S. 474. ff. und 491. ff.

(4) Allianz zwischen Maximilian I. und Ludw. XII. vom 4ten April 1505: neque rebellibus — adjumentum dare, sed de his omnibus penitus abstinere (*Lünig* Codex Italiae dipl. P. II. S. 127), zwischen Karl V. und Heinrich VIII., Könige von England von 1542: — nec rebellibus — auxilium, consilium, genus armorum, naves, pecunias — praestabit (*Du Mont* C. d. T. II. P. 2. S. 218.), zwischen England und Schottland von 1559: nec rebellibus — quoquomodo dabit — consilium, auxilium, favorem, subsidium aut assistentiam (daſ. T. V. P. 1. S. 29) Frieden von Cambray zwiſchen England und Frankreich von 1559: nec quoquomodo dabit seu praestabit auxilium, consilium, favorem, subsidium aut assistentiam (Daſ. S. 31.). Allianz-Tractat zwiſchen Schweden und der Republik England vom 11ten April 1654. Art. 2: confoederati — certiores se invicem fecerint, si alterutri pericula imminentia in alterum, conspirationes ac machinationes inimicorum innotuerint iisque, quantum in illis fuerit, obstabunt ac illas impedient, neutri etiam confoederatorum licitum erit, neque per se, neque per alios agere, tractare aut conari quicquam alterius incommodo vel damno, terrarum alterius, sectas ejus rebelles aut inimicos in confoederati damnum nullatenus fovebit ne-

Digitized by Google

que rebellium ac proditorum quemquam, qui adversus statum alterius quicquam molietur, in ditiones suas recipiet aut admittet, multo minus consilium, auxilium aut favorem illis praebebit vel tale quid per subditos — praestari sinet aut permittet (*Du Mont*, C. d. T. VI. P. 2. S. 80.), und zwischen Frankreich und England vom 3 Nov. 1655. Art. 2.: neutra pars opera auxiliumve feret directe aut indirecte rebellibus nec hostibus nunc declaratis eorumve imposterum adhaerentibus (*Du Mont*, daſ. S. 120.), Utrechter Frieden zwiſchen England und Frankreich v. 1713. Quadrupel-Allianz von 1718. (*Du Mont* C. d. T. VIII. P. 2. S. 534.). Allianz zwiſchen Großbritannien und Schweden vom 1. Febr. 1720 (Daſ. P. 2. S. 181.), und zwiſchen Oeſterreich und Rußland vom 6. Aug. 1726 Art. 5: nulle des deux parties contractantes n'accordera refuge ni secours ni protection à leurs sujets et vassaux rebelles et si l'une vient à découvrir quelques desseins ou machinations, qui se trameront contre l'autre — elle en donnera d'abord communication à l'autre de le manière duë et convenable et l'on travaillera par les secours et les efforts de l'alliance à les prévenir et les renverser (Daſ. P. 2. S. 132.). Bündniß zwiſchen Oeſterreich, Rußland und Dännemark vom 26. Mai 1732 Art. 2. — et au cas de quelque révolution dangereuse ils delibereront entre eux et conviendront de ce qui sera les plus convenable à leur utilité commune (*Du Mont* Suppl. II. P. 2. S. 334.). Wiener Friedensſchluß zwiſchen Oeſtreich und Frankreich vom 18. Nov. 1738. Art. 1, — ni recevoir, protéger ou aider de quelque manière que ce soit les sujets rebelles ou réfractaires (*Wenck* T. I. S. 88.). Allianz-Tractat zwiſchen Oeſterreich und Preu-

ßen vom 25. Jul. 1791: et elles se porteront à leur requisition respective secours et assistance reciproque au cas que la tranquilité interne de l'un et de l'autre Etat fut menacée de troubles (*de Martens* Récueil T. V. S. 7.). Allianz-Tractat zwiſchen Frankreich und Sardinien vom 5. April 1797. Art. 3: les deux puissances — ne porteront aucun secours — aux ennemis de l'interieur (Daſ. T. VI. S. 620.) Frieden von Campo-Formio vom 17. Oct. 1797. zwiſchen Oeſterreich und Frankreich Art. 14: les deux parties contractantes — s'engagent de la manière la plus solemnelle à contribuer de tout leur pouvoir au maintien de la tranquilité intérieure de leurs états respectifs (daſelbſt. T. VIII. S. 208.). Allianz-Tractat zwiſchen Frankreich und Sardinien vom 28. Jun. 1798. Art. 10: le gouvernement françois s'engage à contribuer au maintien de la tranquilité interne du Piémont et à empêcher qu'il ne soit donné ni directement ni indirectement secours ou protection à ceux qui voudroient troubler le Gouvernement (Daſ. S. 272.), und zwiſchen Frankreich und der helvetiſchen Republik vom 19. Auguſt 1798. Art. 3: — dans le cas où l'oligarchie tenteroit de renverser la constitution actuelle de l'Helvétie, la république françoise s'engage à donner à la rep. Helvétique sur sa réquisition, les secours, dont elle auroit besoin pour triompher des attaques intérieures ou exterieures qui seroient dirigées contre elle. (Daſelbſt S. 279). *Traité d'Alliance entre la Grande Bretagne et l'Espagne du 28. Août* 1814. Art. addit. 3: S. M. Britannique desirant vivement que les troubles et discordes qui se sont malheureusement élevés dans les dominations de S. M. Cath. en Amerique viennent à cesser entièrement et que les sujets de ces provinces rentrent sous l'obeiss-

Digitized by Google

ance envers leur souverain légitime, s'engage à prendre les mésures les plus efficaces pour empêcher ses sujets à fournir des armes, munitions ou autres articles de guerre quelconques aux insurgens en Amérique (*de Martens* nouveau Rec. T. IV. S. 123.). In, dem zwischen Karl V. und Heinrich VIII. von England 1543 geschlossenen, Bündnisse ist bestimmt: Quia multi haereticae pravitatis contagione infecti, cupientes libros suos haereticos famosos aut *seditiosos* in vernaculas multarum gentium linguas transferre atque ea ratione haereses suas in seductionem plebis imperitae divulgare, libros suos hujusmodi non in regione illa, in cujus linguam sunt translati, sed in externa regione imprimi facientes et si quando ibi deprehensi fuerint, eosdem libros haereticos, famosos aut *seditiosos* non esse contendant, quod ibi discerni non potest propter ignorantiam linguae et postea eosdem importatos in ea regione disseminant in cujus linguae sunt impressi, conventum — est, quod nullus liber in lingua anglicana vel imprimatur vel per bibliopolas aut alios quoscunque vendatur in terris Illustrissimo Imperatori subjectis et similiter nullus liber in lingua teutonica vel imprimatur vel per bibliopolas aut alios quescunque vendatur in regno Angliae et si contra factum fuerit, omnes hujusmodi libri, ubicunque aut in quorumcunque manibus inventi fuerint, statim capiantur et publice comburantur impressoresque eorundem atque impensas eis ad impressionem suppeditantes et similiter venditores eorumdemque quicunque, carceribus mancipati, tam gravi mulcta plectantur, ut de caetero talia committere non audeant in futurum. (*Du Mont* C. d. T. IV. P. 2. S. 252.). So ließ König Friedrich II. dem Canton Bern 1749 wegen der dort entdeckten Verschwörung zu erkennen geben: que j'ai été vivement sensible au danger

Digitized by Google

éminent que la régence de Berne a couru et au bonheur qu'elle a eu de le découvrir à tems. (Moser V. d. V. R. Thl. VI. S. 96.). Es kann daher auch eine Macht nicht für berechtigt gehalten werden, fremden, wider ihren Regenten sich empörenden, Unterthanen Hülfe und Beistand zu leisten, oder sie als unabhängige Macht anzuerkennen. Vergl. §. 58. und *Vattel* droit des gens. Liv. II. ch. 4. §. 56. ff. *J. C. W. de Steck*, de juribus et officiis populi ac nationis intuitu deficientium et seditiosorum alterius subditorum (Desselb. Observat. subsecivis. Halae 1779. Cap. XIV.) Moser, V. d. V. R. Thl. VI. S. 120. ff. Günther, V. G. Thl. II. S. 278. *de Martens*, précis §. 79 und 80. Klüber §. 52. ff. Kaiser Karl V. äußerte, als er den Rath, die französischen Insurgenten zu unterstützen verwarf: que Dieu lui avoit donné assez de bon sens et de conscience pour ne pas ignorer, qu'un souverain et surtout un Empereur ne doit jamais embrasser les occasions de fomenter les séditions et les revoltes dans les états des autres princes, ni donner du secours aux rébelles (Günther, Thl. II. S. 276.); so erklärte Frankreich am 31. Jul. 1769. den Generalstaaten bei Gelegenheit der Corsischen Angelegenheiten: „Das Völker„recht gestatte nicht, daß man rebellische Unterthanen „einer freundschaftlichen Macht favorisire (Moser V. d. V. R. Thl VI. S. 123), und 1821 der Kaiser Alexander, als der Fürst Alexander Ypsilanti in der Moldau und Wallachey einen Aufstand gegen die Pforte erregt hatte, und deshalb den Kaiserlichen Beistand nachsuchte, „dies Unternehmen für eine Wirkung des „unruhigen Geistes, der die jetzige Zeit charakterisirt, „so wie der Unerfahrenheit und des Leichtsinnes dieses „jungen Mannes, und daß denselben angedeutet werde, „daß Sr. Majestät der Kaiser sein Unternehmen durch-

„aus mißbillige, und daß er dabei niemals auf irgend „eine Hülfe von Seiten Rußlands zu rechnen habe, auch „als General-Major im russischen Dienste von letzterem „ausgeschlossen werde.“ Dieser Gegenstand ist bei Gelegenheit der amerikanischen Unruhen in den, §. 58. gedachten, Staatsschriften, umständlich erörtert, und dabei in der großbritannischen Deduction unter andern geäußert: *les Ministres du Roi très chretien s'apperceveront peut-être un jour, que l'ambition les a fait oublier les intérêts et les droits de tous les souverains*, wobei die Aeusserung in der, von Seiten Schwedens 1748 dem deutschen Reichstage gemachten, Erklärung: qu'ils ne peuvent se dispenser de s'interesser dans cette affaire particulierement par les égards que les têtes couronnées et les Princes se doivent les uns aux autres, *vu ce qui se fait aujourd'hui à une puissance, peut demain se faire à une autre* (Moser, V. d. V. R. Thl. I. S. 247.), nicht zu übersehen sein mögte.

(5) Diese Bestimmung findet sich in den mehrsten Bündnissen und Friedensschlüssen des sechszehnten und siebzehnten Jahrhunderts, z. B in dem zwischen Maximilian I. und Ludwig XII. von 1508, Karl V. und Heinrich VIII. von 1542, dem letztern und der Königinn Maria von Schottland von 1543, der letztern und der Königinn Elisabeth von England von 1559, in dem Friedensschluß von Cambray von 1559 zwischen England und Frankreich, in dem Bündnisse zwischen England und Frankreich vom 11. April 1564, England und den vereinigten Niederlanden vom 7. Jan. 1787, England und Schottland, Spanien und England von 1604, England und Frankreich vom 29. August 1610, England und Dännemark vom 19. April 1621, Oestreich und Frankreich vom 13. Oct. 1630, England und den vereinigten Niederlanden vom 5. April

1654, England und Schweden vom 11. April 1654, England und Dännemark vom 13. Februar 1661, England und Brandenburg vom 20. Jul. 1661, England und Schweden vom 21. Oct. 1661, England und Dännemark v. 1661. und England und den vereinigten Niederlanden vom 4. Sept 1662, Frankreich und Dännemark vom 3. Aug. 1663, Großbritannien und den vereinigten Niederlanden vom 21. Jul. 1667, Oesterreich und Polen vom 24. April 1677, Rußland und Polen vom 14. April 1686 u. a. M. Auch noch später kommt dieses Versprechen vor, z. B. in dem Utrechter Frieden von 1713, und vom 6. Febr. 1715, u. a. m. (vergl. Anmerk. 4.), Bündniß zwischen Frankreich und der Schweiz von 1777, Frankreich und dem Bischof von Basel von 1780, Spanien und Portugall von 1780, Frieden zwischen Dännemark und Schweden von 1809. Das republikanische Frankreich übertrug dies sogar auf die Nichtduldung der Emigranten: Friedensschlüsse der Republik mit Sardinien von 1796, Parma 1796, Würtemberg 1796, Baden 1796, der Cisalpinischen Republik 1797, der Helvetischen Republik 1798 u. a. m.

(6) Günther a. a. O. Thl II. S. 289: „Für eine der „erheblichsten Bewegursachen zur Einmischung ist gewiß „die Erhaltung der allgemeinen Ruhe Europens anzuse„hen, wenn bei dergleichen Unruhen die Zügellosigkeit „und die Ausschweifungen so weit gehen, daß nicht nur „alle Verbindungen gegen auswärtige Nationen außer „Augen gesetzt werden, sondern auch die Sicherheit der „leztren selbst dabey in Gefahr kommt, zumal wenn „man absichtlich den Geist des Aufruhrs in andern Staa„ten zu verbreiten sucht. Ein ausgezeichnetes Beispiel „hievon giebt die Revolution in Frankreich, welche ein „großer Theil der europäischen Nationen wohl nicht ohne

„Ursach als ein objet d'un intérêt commun à tous les „souverains de l'Europe ansah, und sich verbunden hat, „die geheiligten Rechte des Königs und der französischen „Monarchie zu beschützen.

§. 7.

2. Erhaltung des europäischen Staaten-Systems.

Wenn die Befugniß der Nationen, von der Verfassung eines andern Volks Kenntniß zu nehmen, schon nach dem allgemeinen Völkerrecht begründet ist (§. 5.); so beruht sie nach dem europäischen Völkerrechte noch auf festern Grundsätzen (§. 2 — 5.). Alle, zur europäischen Völkergesellschaft gehörigen, Mächte sind berechtigt und verpflichtet, zur Erhaltung und Sicherheit dieser Gesellschaft beizutragen, mithin die, dieselben bedrohende, Gefahren abzuwenden, also denjenigen Staatsverfassungen, aus welchen Gefahren dieser Art zu befürchten sind, zu widersprechen, und auf die Zurückführung derselben auf Grundlagen, welche für andre Mächte und die Gesammtverbindung derselben unschädlich sind, zu dringen, oder mit andern Worten, von dem Staate, welcher seinem Staatsrecht eine, zum Nachtheil des Völkerrechts gereichende, Tendenz gegeben, mithin seine Unabhängigkeit zu weit ausgedehnt hat, zu verlangen, daß er in Ausübung derselben innerhalb der, durch die Societätsverhältnisse aller europäischen Mächte bedingten und begränzten, Unabhängigkeit sich verhalte (1).

Die europäischen Mächte haben in allen, dazu

geeigneten, Fällen diese Grundsätze namentlich in Ansehung der Staats-Verfassung der einzelnen Nationen anerkannt und geltend gemacht (§. 27. ff.)

(1) Moser, V. d. V. R. Thl. VI. S. 316 und 319. F. C. v. Moser, a. a. O: §. 13. 15. ff. vergl. §. 2. Anmerkung 3.

§. 8.

BB. Besondre Gründe.

1. Geographische Verhältnisse.

Die, allen europäischen Mächten zustehende, Befugniß, von der öffentlichen Verfassung andrer Staaten Kenntniß zu nehmen, wird für einzelne Mächte durch besondre Verhältnisse zu dem Staate, um dessen Verfassung es sich handelt, nämlich theils durch geographische Verhältnisse, theils durch persönliche Verhältnisse der Regenten, theils durch ein andres besondres Interesse, theils durch das Ansuchen um Hülfe, theils endlich durch Vertrags-Verhältnisse, erhöhet.

So viel zunächst die geographischen Verhältnisse betrift; so liegt von selbst vor, daß die mehrsten, aus der Verfassung eines Staats für die übrigen Mächte hervorgehenden, Besorgnisse, Nachtheile und Gefahren zunächst die Nachbarstaaten bedrohen und treffen, und daß diese daher ein vorzügliches und das nächste Interesse haben, die Abstellung dieser Besorgnisse und Gefahren zu verlangen (1).

(1) Moser, Grundsätze des europäischen Völkerrechts in Frie-

Friedenszeiten. B. X. K. 1. §. 4. ff. und B. d. V. R. Th. V. S. 372. Thl. VI. S. 324. und Beiträge Thl. V. S. 321. ff. Günther V. R. Thl. I. S. 289. Thl. II. S. 230 und 273.

(*) Practische Fälle s. §. §. 8. 29. 30. 31. 39. 51. 55 und 56. Die Tripel-Allianz zwischen Großbritannien Schweden und den Vereinigten Niederlanden von 1668: Reputantes — miserias calamitatesque belli, quod nuper — exarsit, quodque necessitate quadam ineluctabili maximam partem principum statuumve-ūsdem involvit malis, serpente incendii istius flamma ad vicinos, nisi tempestive et in principo extinguatur, existimarunt, se nullatenus futuros partibus officii munerisque sibi a Deo mandati, si — animum non applicent — ad componenda dissidia — praesertim ut memorati in finibus belli flamma sopiatur (*Du Mont*, C. d. T. VII, P. 1. S. 68). So erklärte das Russische Cabinet 1750 den Gesandten von Oestreich und Großbritannien: ainsi que S. M. I. s'y tient obligée en vertu des traités et en consequence des loix du bon voisinage (Moser, V. d. V. R. Thl. VI. S. 393.). Russisches *Exposé des droits des Dissidents* von 1767: les engagemens qui tirent leur origine du voisinage ont rapport à la convenance réciproque des differentes formes de Gouvernement et à l'avantage de se pouvoir prêter un secours mutuel. — — Ces raisons sont les fondemens sur lesquels la Russie a toujours pris part aux affaires de la republique et a sontenu des guerres pour en garantir la forme de régence; par cette raison la Pologne peut être assurée qu'elle trouvera en tout tems dans la Russie une fidèle alliée qui prend à coeur le maintien des constitutions, puisque les atteintes qu'on y pourroit porter, concernent à plusieurs égards le bon-

Digitized by Google

heur et le répos de la Russie, (Moſer, V. d. V. R. Thl. VI. S. 224.). Daher in den beiden Tilſiter Friedensſchlüſſen die, §. 5. Anm. 1. gedachte, Beſtimmung; daher erwiederte König Jacob I. dem Franzöſiſchen Geſandten: quand mes voisins sont attaqués pour une querelle qui me régarde, le droit naturel veut que je prévienne le mal qui m'en peut arriver. Le *Vassor* Hist. de Louis XIII.

§. 9.

2) Perſönliche Verhältniſſe der Regenten.

Auch die perſönlichen Verhältniſſe der Regenten, z. B. Verwandſchaft (1), perſönliche Freundſchaft (2) u. dergl. können die Einmiſchung in die innern Angelegenheiten begründen.

(1) Moſer, Grundſätze u. ſ. w. B. X. Kap. 4 §. 11. Günther, V. R. Th. I. S. 291. Vergl. Erklärung des Prinzen Wilhelm von Oranien vom 10. und vom 24. Okt. 1688. (*Du Mont*, T. VII. P. 2. S. 198 und Seite 201.), Ludwigs XV. Kriegs-Erklärung gegen Oeſterreich von 1733. (*Du Mont* Suppl. II. S. 459.), Sardiniſche Kriegs-Erklärung wider Oeſterreich von 1733 (Daſ. S. 462.), und Spaniſche Kriegs-Erklärung wider Oeſterreich von 1733 (Daſ. S. 465). Vergl. auch §§. 61. und 64.

(2) Günther, V. R. Th. I. S. 291.

§. 10.

3. Das eigene Intereſſe des andern Staats.

Diejenigen Mächte, welche bei der Veränderung der Verfaſſung eines andren Staats wegen ihres eigenen Nutzens oder Schadens ein beſonderes Intereſſe

Digitized by Google

haben, sind, nach Beschaffenheit der Umstände, besonders berechtigt, einer, dieses Interesse verletzenden, Veränderung in der Verfassung zu widersprechen, ohne Unterschied ob dies Interesse ihr eigenes oder das ihrer Alliirten ist (1).

(1) Moser, V. d. V. R. Thl. VI. S. 316. 319. ff. Günther, V. R. Thl. I. S. 289. Thl. II. S. 373 und 382. *Schrodt*, Systema juris Gentium (Bamb. 1780) P. 1. cap. 2. §. 20. *de Martens* droit des gens. §. 74. u. 78. So äußerte z. B. Preußen bei Gelegenheit des Projekts des Austausches der Bairischen Staaten in der Beantwortung der Oestreichischen Prüfung der Ursachen ꝛc. „es kann keinem freien Staate verargt oder verwehrt „werden, einen solennen, und öffentlich bekannt gemach„ten Tractat, wenn er ihn auch nicht selbst geschlossen „hat, anzuführen. — Nicht allein die Seemächte, son„dern auch ganz Europa und das teutsche Reich haben „ein wesentliches Interesse, daß der Barriere-Tractat „unverbrüchlich beobachtet werde."

§. 11.

4. Vertrags-Verhältnisse.

a) Staaten-Bund oder Bundes-Staat.

Ein sehr wichtiger specieller Titel der Einmischung einer Macht in die öffentliche Verfassung eines andren Staates ist in den, zwischen beiden bestehenden, Vertrags-Verhältnissen enthalten.

So wie die Unabhängigkeit und Freiheit eines Staats in allen Gegenständen durch Verträge mit andern Mächten beschränkt werden kann (1); so ist auch

eine Vertragsmäßige Beschränkung der Befugnisse in Ansehung der Verfassung zulässig.

Die hieher gehörigen Verträge sind theils Staaten-Bündnisse, theils Garantien, theils andre Verträge.

In einem Staatenbunde, wie in einem Bundes-Staat, erhält vermöge dieses Bündnisses jeder verbündete Staat, noch mehr aber der ganze Bund, die Befugniß, in die Verfassung eines jeden, zum Staatenverein gehörigen, Staats sich zu mischen, wenn

I. die Bundes-Acte bestimmt, daß die öffentliche Verfassung in den einzelnen Bundes-Staaten dem Bundes-Vertrage oder dem Bundeszweck gemäß eingerichtet sein soll (2); oder

II. die Bundes-Acte selbst das System und die Grundsätze der Staats-Verfassung in den einzelnen Staaten verschreibt (3); oder endlich

III. die Bundes-Acte zwar weder die eine, noch die andre Bestimmung enthält, ein, zum Bunde gehöriger, Staat aber eine, mit dem Bunde und dessen Geist und System unvereinbarliche, mithin seine Bundes-Pflichten verletzende, Verfassung sich giebt.

(1) Moser, V. d. V. R. Thl. VI. S. 96 ff. S. 119. ff. Thl. VII. S. 67. Moser, Beiträge Thl. V. S 305. 309. 321. So werden Völkerrechts-Dienstbarkeiten begründet (Günther, V. R. Thl. II. S. 251.), der Veräußerungs-Befugniß Gränzen gesetzt. (Günther Thl. II. S. 77 und 85) und selbst „wenn die äußerste Noth „und das Wohl des Ganzen es erfordern" über Abtretungen und Vertheilungen fremder Provinzen Verabre-

dungen genommen (Günther, Thl. II. S. 110.), so entsagte z. B. Oesterreich für seine belgischen Provinzen durch den Vertrag vom 19. März 1731 dem Handel nach Ostindien: cum pro assequendo scopo, quem partes contrahentes attingere intendunt, necessarium visum sit, ut cuncta dissidiorum et dissentionum semina radicitus evellantur (*Du Mont*, C. d. Suppl. II. P. 2. S. 289.).

(2) Z. B. *Articles de confédération et d'union perpétuelle entre les Etats unis de l'Amerique* du 4. Oct. 1776 Art. III.: chaque état se réserve à lui seul le droit exclusif de régler son administration intérieure et de faire des loix sur toutes les matières qui ne seront point comprises dans les articles de la présente confédération et qui ne pourront y porter aucune atteinte (*de Martens*, Recueil T. I. S. 587.) Schweizerische Conföderations-Acte vom 7. Aug. 1815. Art. 2. „Sie gewährleisten sich gegenseitig ihre Verfassungen, „so wie dieselben von der obersten Bundesbehörde ihres „Cantons in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen des „Bundes-Vertrags werden angenommen worden seyn „(in *de Martens*, nouveau récueil. T. IV. S. 173.).

(3) Z. B. Schluß-Akte der, über die Ausbildung und Befestigung des deutschen Bundes zu Wien gehaltenen, Ministerial-Conferenzen vom 15. Mai 1820. Art. LVII. „Da der deutsche „Bund, mit Ausnahme der freien Städte, aus souverainen Fürsten besteht; so muß, dem hiedurch gegebenen Grundbegriffe zufolge, die gesammte Staatsgewalt „in dem Oberhaupte des Staats vereinigt bleiben, und „der Souverain kann durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die „Mitwirkung der Stände gebunden werden."

Digitized by Google

(*) In wiefern die deutschen Reichsstände berechtigt, ohne Genehmigung des Kaisers die Verfassung ihres Landes zu verändern? untersucht Günther V. R. Thl. II. S. 389. und J. J. Moser, von den Recurs teutscher Landstände und Unterthanen an andre Reichsfürsten oder auswärtige Mächte, wie auch von Garantirung der Landesherrlichen Reversalen und Landes-Verträge (in seiner Abhandlung verschiedener, besonderer Rechts-Materien (Frankfurt und Leipzig 1774.) St. II. Abh. IV. S. 146. ff.)

§. 12.

b) Garantie der Verfassung.

Demnächst gehört hieher die, von einer Macht übernommene, Garantie der Verfassung eines andren Staats.

Schon die allgemeine Garantie des Besitzes der Staaten, enthält eine Garantie der Verfassung, in sofern der regierenden Dynastie durch eine Verfassungs-Veränderung die Herrschaft über die garantirten Staaten entzogen werden würde.

Eben so ist in der Garantie des ruhigen Besitzes der Staaten auch die Garantie gegen solche Veränderungen der Staats-Verfassung begriffen, durch welche die regierende Dynastie in der ruhigen Herrschaft über ihre Staaten gestört wird (1).

Aber die Constitution verschiedener Staaten hat auch die besondre Garantie andrer Mächte erhalten (2) und leidet es weder nach der Theorie (3), noch nach der Praxis (4) des Völkerrechts einen Zweifel, daß der Garant vermöge dieser Garantie der Verfassung befugt sei,

Digitized by Google

die, von ihm garantirte, Verfassung aufrecht zu erhalten, mithin einer Veränderung derselben zu widersprechen. Ob er dazu auch ohne Requisition des Staats, dessen Verfassung er garantirt hat, befugt sei (5)? ist zwar aus der Natur der Garantien überhaupt zu entscheiden, dürfte aber, mindestens in Ansehung erheblicher Veränderungen der Verfassung, kein großes practisches Interesse haben, weil, bei erheblichen Veränderungen der Constitution, in den mehrsten Fällen, die allgemeinen (§§. 3 ff.) so wie die besondren Gründe, welche der fremden Macht das Interesse zur Gewährleistung gaben, ihr auch ein besondres Interesse an der Erhaltung der Verfassung und mit diesem Interesse das Recht geben würden, auch ohne Garantie, einer erheblichen Veränderung derselben zu widersprechen (6) und somit diese Frage höchstens in Beziehung auf solche unerhebliche Gegenstände der Verfassung practisch sein würde, welche weder die ganze europäische Staatengesellschaft, noch das besondre Interesse andrer Staaten interessiren und daher zu den eigentlichen domesticis eines Staats gehören, jedenfalls dürfte es daher bei gewaltsamen oder für die Ruhe des Ganzen gefährlichen Verfassungs-Veränderungen auf diese Frage überall gar nicht ankommen.

(1) Besonders, wenn die Mächte sich auch die Ausübung ihrer Regierungs-Rechte garantirt haben z. B. der Allianz-Tractat zwischen Oesterreich und Großbritannien v. 19 März 1731. Art. 1: — partes contrahentes ad mutuam tuitionem seu guarantiam omnium regnorum — ab unaquaque eorundem possessorum, tum etiam *jurium* — quibus unaquaeque gaudet aut gaudere debet

— sese — obstrinxerunt — et sibimet invicem sponderunt, quod omnibus viribus sese oppositurae sint conatibus omnium ac singulorum, qui ullum ex contrahentibus vel eorundem successores in quieta possessione illorum regnorum — jurium aut immunitatum turbare vellent (*Dumont*) Suppl. T. II. §. 2. S. 288.) Allianz zwiſchen Rußland und Schweden v. 18/29 Oct. 1799 Art. 1. — d'assurer réciproquement la tranquilité et l'integrité de leurs états respectifs (*de Martens* Recueil T VII. S. 365) Tractat zwiſchen Oeſterreich und beiden Sicilien v. 11. Januar 1814 Art. 4. S. M. l'Empéreur garantit à S. M. le Roi de Naples — la jouissance libre et paisible, ainsi que la Souveraineté pleine et entière de tous ses états (*de Martens* nouveau rec. T. 1. S. 660.) vergl. §. 6 u. 7.

(2) I. Die Garantie der deutſchen Reichs-Verfaſſung von Seiten der Kronen Frankreich und Schweden durch den Weſtphäliſchen Friedensſchluß. II. Die Garantie der Großbrittanniſchen Thronfolge von Seiten der Vereinigten Niederlande vermöge des Barriere-Tractats v. 29. Oct. 1709. Art. II. und der Allianz v. 29/30 Januar 1713. ſo wie des Utrechter Friedens (§. 45.) III. Die Oeſtreichſche Garantie der Verfaſſung der Inſel Corſika vom 16. März 1733: Nous prénons sur nous la garantie de tout ce qui est contenu dans la nouvelle forme de gouvernement. Nous promettons ensuite — qu'a cet nouvel établissement il ne soit fait aucune contrevention par ceux, auxquels le gouvernement du royaume de Corse sera confié à l'avenir. Ou si pareille chose arrivoit — nous nous engageons d'obliger la rép. (de Genes) aprés qu'elle en aura été priée par des requetes soumises, à y apporter un prompt remède. Déclarons en outre que les Corses garde-

ront à leurs souverains la fidelité qui leur est due. (*du Mont* Supl. II. P. 2. S. 417) IV. Die Garantie der Polnischen Constitution von Seiten Oesterreichs, Rußlands und Preußens von 1735, 1768 und 1773 (§§. 51, 56 und 57.) V. die Garantie der Verfassung der Republik Genf von Seiten Frankreichs und Sardiniens, so wie der Kantone Zürch und Bern von 1738 und 1782. (§. 52.) VI. Preußische Garantie der Schwedischen Thronfolge vermöge Tractats vom 29. Mai 1747 (Moser, V. d. V. R. Thl. 1. S. 119). VII. Garantie der Verfassung der Vereinigten Niederlande von Seiten Großbrittanniens und Preußens 1788 (§. 61.) VIII. Garantie der Verfassung der Oesterreichischen Niederlande von Seiten Großbrittanniens, Preußens und der vereinten Niederlande vermöge Tractat vom 10. Dec. 1790 (§. 63.) IX. Französische Garantie der Abschaffung der Erbstatthalterwürde in den Vereinigten Niederlanden durch den Tractat vom 16. May 1795. (in *de Martens* Rec. T. VI. S. 532.) X. Französische Garantie der Helvetischen Verfassung vermöge Tractats v. 19. August 1798 (*de Martens* Rec. T. VII. S. 279) J. J. Moser obengedachte Abh. von dem Recurs teutscher Landstände und Unterthanen an andre Reichsfürsten ꝛc. (in s. Abhandl. verschiedener Rechts-Materien. St. II. Abh. IV.)

5) *Jckstadt*, Elementa juris gentium. Lib. III. C. VI. §. 5. *Steck* diss. de guarantia Pactorum religionis caussa percussorum (Halae 1756. 4.) Moser, V. d. V. R. Thl. VI. S. 314. Th. VIII. S. 335. ff. Günther, V. R. Th II. S. 110. 379. 382.

Digitized by Google

(4) Günther, a. a. O. Th. II. S. 110. 379. 382. 419. 425 vergl. die, §§. 32, 51, 55, 56, 57, 59, 65, gedachten, Fälle. So äußerte auch Frankreich, Großbrittannien und Preußen in der Hannoverschen Allianz vom 3. Sept. 1725: Art. sep. 1. Leurs Majestés — qui comme garantes du Traité d'Oliva sont interessées à ce qu'il soit maintenu et observé dans toute son étendue, s'engagent d'employer leurs offices — pour faire réparer ce qui auroit pû être fait de contraire audit Traité d'Oliva et pour cet effet Leurs dites Majestés s'instruiront de concert par leurs Ministres en Pologne des infractions, qui auroient pu être faites audit Traité d'Oliva et des moyens d'y remédier d'une maniére qui assure entièrement la tranquilité publique contre les dangers auxquels elle seroit exposée si un traité aussi solemnel que celui d'Oliva souffroit quelque atteinte. (*du Mont* C. d. T. VIII. §, 2. S. 128.)

(5) *de Martens*, §. 78. Günther Th. II. S. 382. vergl. die Verhandlungen über die Frage, unten §§. 56, 57 und 68 auch §. 22, Anm. 4.

(6) Günther Th. II. S. 382. „Da die Garantie in der „Regel mehr zum Nutzen derer, welche sich die Aufrechthaltung versprechen lassen, damit keine gewaltsamen „und widerrechtlichen Veränderungen vorgehen: so kann „dieses, wenn sie mit Einverständniß aller Theilhaber „geschehen, die garantirende Nation schwerlich zu einem „Widerspruche berechtigen, wenn sie sonst kein wesentlicheres Interesse dabei hat."

(*) Der Kaiserl. Russische Gesandte Bulgakow äußerte in der, dem Polnischen Reichstage am 7/18. Mai 1792 übergebenen, Erklärung: „diejenigen, deren „Ehrgeiz und Herrschsucht nicht zufrieden mit dem Theil „von Ansehen ist, den die Gesetze des Staats ihnen anweisen — haben die treulose Geschicklichkeit gehabt, die

„Acten, wodurch Rußland die gesetzmäßige Constitution „dieser Nation garantirt, für ein beschwerliches und er„niedrigendes Joch zu erklären, während daß die größ„ten Reiche, und unter andern das teutsche Reich, weit „entfernt, diese Art von Garantien zu verwerfen, die„selbe als den dauerhaftesten Grund ihres Eigenthums „und ihrer Unabhängigkeit angesehen, gesucht und an„genommen haben. (Politisches Journal 1792. Heft VI. S. 577.).

§. 13.

e) andre Verträge.

Wenn in andren Verträgen und Bündnissen eine Macht einer andren die Aufrechthaltung der Verfassung ihres Landes zusichert (1); so erlangt diese andre Macht daraus unstreitig das tractatenmäßige Recht auf Erfüllung dieses Versprechens (2), so wie erstere nicht berechtigt ist, dieses Vertragsmäßige Verhältniß durch einseitige Veränderung ihrer Verfassung aufzuheben (3).

(1) Z. B. Vertrag zwischen Oesterreich, Rußland und Preußen vom 21. April 1815 wegen der freien Stadt Krakau, Tracat zwischen Oesterreich und Rußland v. 21. April 1815, Art. 5. wegen Polen, und zwischen Rußland und Preußen vom nämlichen Tage Art. 3, wegen Polen, die Wiener Congreß-Acte v. 9ten Jun. 1815. Art. 10 und 11. (wegen Krakau und Polen), Tractat am 31. Mai 1818 zwischen Oesterreich, Rußland, Großbrittannien einer-, und den Niederlanden andrer Seits, vom 31. Mai 1819, Art. 8. und die, dazu gehörige, Acte d'acceptation des Königs der Niederlande vom 21. Juli 1814, Tractat zwischen Oesterreich und Neapel vom 12. Juli 1815. Dahin gehören insonder-

heit die, bei Abtretungen von Provinzen häufig vorkommenden, Bestimmungen wegen Erhaltung der bisherigen Verfassung, z. B. Roschilder Frieden v. 1658, Art. 9, Kopenhagener Frieden von 1660, Art. 12, Wiener Frieden von 1735, wegen Lothringen, Friede 1745 zwischen Rußland und Schweden u. a. m. vergl. Günther V. R. Th. II. S. 275, Kap. X. §. 4.

(2) Moser, Grundsätze, B. X. Kap. 1. §. 3. V. d. B. R. Th. VI. S. 315, 322, 399. Günther, Th. I. S. 282, 287, 289. Th. II. S. 373 *Vattel*, Liv. II. Ch. 4. §. 57. (se gouverner soi même à son gré, c'est l'apanage de l'indépendance. Un état souverain ne peut être gêné à cet égard, si ce n'est par des droits particuliers, qu'il aura lui même donnés à d'autres dans ses traités et qui par la nature même d'une matière aussi jalouse que le gouvernement, ne peuvent s'étendre au delà des termes clairs et formels des traités.) Ch. 12. §. 163. et §. 196. *Schrodt*, Systema juris gentium. P. I. Cap. 2. § 20. *de Martens*, Droit des gens. §. 14. und §. 78. *de Eggers instit. juris civil. publici et gentium universalis* (Hafniae 1796) §. 181. Die europäischen Mächte haben auf die Erfüllung dieser Vertragsmäßigen Verbindlichkeit zu allen Zeiten ein besondres Gewicht gelegt. Frankreich schätzte den Verlust des Rechts, Alliirten die tractatenmäßige Hülfe zu leisten, dem Verluste großer Provinzen gleich, indem es unter den Gründen, dem mit Oestereich am 13. Oct. 1630 verabredeten Friedensschlusse die Ratification versagen zu müssen, anführte: par ledit Traité le Roi rénonce au secours de ses alliéz d'Allemagne, des Païs Bas et d'Italie et promet de ne point assister directement ou indirectement ceux que l'Empereur déclarera ses ennemis et de l'Empire, sans distinguer, si c'est à tort ou à droit, que l'Empereur les déclare pour tels; *ce qui est de telle conséquence*

Digitized by Google

au Roi, qu'il vaudroit mieux qu'il eût renoncé aux Duchez de Normandie et de Bretagne, que de renoncer au droit qu'il a de ne laisser pas périr ses alliés, puisque leur conservation importe très grandement, comme l'on sçait, au repos et à surèté de la France (*Du Mont* C. d. T. V. P. 2. suppl. S. 618.). So erklärte Ludwig XIV. in dem Kriegs-Manifeſt gegen Dännemark vom 28. Aug. 1676: S. M. estime qu'il y va de sa gloire, de ne pas souffrir une telle contravention audit Traité ni qu'un Prince avec qui Elle est en-Alliance soit attaqué sans s'en ressentir. (*Du Mont*, C. d. T. VIII. P. 1. S. 323.): *Déclaration, donnée au nom du Roi d'Espagne aux Ministres de France, de la Grande Brétagne et des Etats gén. des prov. unies* du 28. Jan. 1731: l'obligation des puissances contractantes du Traité de Seville est mutuelle et réciproque — (Daſ. Suppl. II. T. 2, S. 287.). *Accession du Grand Duc de Toscane* (de 1731.): — de telle manière qu'ils ne peuvent, ni ne doivent préjudicer en rien aux droits des autres Princes — qui leur sont confirmez par les pactes et conventions conclues entre les principaux princes de l'Europe (*Du Mont*, daſ. S. 311.). Oeſterreichiſche, Ruſſiſche und Preußiſche Erklärung wegen der innern Angelegenheiten Polens von 1733: les puissances voisines et alliées ne peuvent en vertu de leurs alliances refuser leurs sécours à ceux qui se trouvent ainsi opprimés — les alliez sont obligez par les pacta conventa, alliances et garanties — les puissances alliées non seulement ont droit de prendre part à l'élection, mais même elles sont obligées de le faire pour maintenir — vi foederum et guarantiae (Daſelbſt S. 440.). *Déclaration de l'Impératrice de Russie remise aux Etats de Pologne en faveur les Dissidens* (1766) „Les circonstances des temps antérieurs avoient fait

„craindre cet état desespéré des choses si pernicieuses „pour la rèp. et on y a heureusement pourvu par la „sanction que les traités avec les puissances étrangères „ont donnée à ces conventions nationales et intérieures „de la Pologne. *Dès lors le maintien de l'état de la rèp. et de sa tranquilité n'est plus resté l'objet de l'attention seule de ses citoyens, mais est devenu une obligation pour ses voisins, qui, en contractant avec elle, n'ont pas moins contracté avec tous ses membres. C'est ainsi que la Russie en vertu du Traité de 1686 et les autres Puissances — en conséquence du Traité d'Oliva sont engagées à veiller à la surèté de chaque partie de l'Etat, à prévénir toute désunion entre elles, en leur procurant une exacte justice ou plutôt, en leur garantissant à toutes en géneral et en particulier, tout ce qui fait leur droit respectif et commun. On trouvera donc déja dans un motif aussi puissant que l'éxécution des engagemens d'un traité, la règle de la conduite, que l'Impératrice doit ténir (de Martens,* Rec. T. I. S. 346.). *Déclaration du Roi de la Grande Brétagne au Roi et aux Etats de la Pologne de* 1766: les loix fondamentales du Royaume qui non seulement furent observées depuis deux siècles, mais rénouvellées par des Traités si solemnels avec les Puissances du Nord, qu'ils ne permettent pas que l'on entreprenne d'y rien changer, si ce n'est avec le consentement général des parties contractantes, Aussi S. M. Britt. — ne doute nullement qu'enfin on ne cesse d'opposer à ses justes desirs des constitutions inefficaces, établies au milieu des troubles intérieures, contredites par des protestations formelles et des déclarations expresses de la part des puissances étrangères — néanmoins leurs (des Dissidens) droits et privilèges leur ont été confirmés par des ordonnances du Royaume, assurés par les traités appuyés sur des fondemens si:

Digitized by Google

saints et si évidens aux yeux de toutes les nations. (Daſelbſt S. 354.), *Déclaration de l'Impératrice de Russie en faveur des Dissidens* de 1767: il s'agit d'un objet de droit public, devenu commun entre leur patrie et d'autres Puissances, qui ont contracté avec elle — (Daſelbſt S. 366.), *Déclaration du Roi de Suède en faveur des Dissidens* 1767: S. M. Suèdoise — a été supprise du décret, qui — renvoie les Dissidens aux Constitutions des années 1717 et 1736, des quelles ils se sont plaints et qui ont été précisement la cause, qui leur a ravi les droits qu'ils avoient obtenus par les loix et les traités — si contre toute attente, le conseil pacifique de S. M. n'a pas une heureuse issue, Elle deliberera avec S. M. Impériale — sur les moyens les plus propres — pour conserver la vigueur et l'honneur des traités, qui subsistént entre elles et la république (Daſ. S. 388.) vergl. §§. 51. 54. 56.

(3) *Déclaration du Roi de Dannemarc remise au Roi et aux états de Pologne en* 1766 — il s'agit — de la conservation des lois fondamentales — des conventions particulières et des traités solemnels avec les puissances du Nord, lesquelles ne permettent pas qu'on s'écarte de leur dispositif, bien moins encore d'y rien changer sans un consentement général. Tous ces points sont si essentiels qu'à peine on auroit cru qu'il eût été possible de faire des constitutions qui puissent leur être contraires — aussi l'on ne cessa d'opposer à ces constitutions des protestations solemnelles, des mémoires et des déclarations de la part des autres puissances, qui découvrirent clairement le vrai état de l'affaire (*de Martens*, Recueil T. I. S. 356.). *Déclaration du Roi de Prusse en faveur des Dissidens* en 1767: Il est donc surprénant qu'on ait combiné dans la réponse des Trai-

tés et des constitutions, qui sont en contradiction manifeste et *qu'on n'ait pas observé en même tems, que les constitutions unilaterales faites par la république ne sauroient déroger aux Traités qu'elle a conclus avec les états voisins* (Daſ. S. 364). *Déclaration de l'Impérateur de Russie en faveur des Dissidens* de 1767: il s'agit d'un objet de droit public, dévénu commun entre leur patrie et d'autres puissances, qui ont contracté avec elle — (Daſ. S. 566.). Oeſterreichiſche Gegen-Erklärung an Frankreich von 1792. „Die Anmaßung, von der verbindenden Kraft der Friedensſchlüſſe durch Vorſchützung ihrer Unvereinbarlichkeit „mit geſetzlichen Verfügungen, welche von dem einen „contrahirenden Theile ſpäter und aus freyem Antriebe „gemacht worden ſind, ſich loszuſagen, beruhet auf einem Grundſatz, der alle Verträge vernichten könnte." (Potit, Journal 1792. Heft VII. S. 712.). Vergl. *Vattel.* Droit des gens. Liv II. ch. 12. §. 165.

(*) Auch dritte Mächte verbinden ſich wohl, die Regierungs-Verfaſſung eines andern Staats, an deren Aufrechthaltung ihnen beſonders gelegen, zu erhalten, z. B. Rußland und Preußen vereinigten ſich 1720, die in Schweden eingeführte Verfaſſung aufrecht zu erhalten. Vergl. Günther, Thl. II. S. 380.

§. 14.

5. Requiſition.

Die Befugniß einer Macht, in die Verfaſſung eines andren Staats ſich zu miſchen, wird auch durch eine, an erſtre, von letztrem deshalb erlaſſene, Requiſition begründet und verſtärkt (1).

(1) *Vattel*, droit des gens. Liv. 1. ch. 3. §. 37. Liv. 2. ch.

ch. 4. §. 56. Mosers Grundsätze B. X. Kapit. 4. §. 8. ff. und Mosers V. d. V. R. Thl. VI. S. 323. ff. und teutsches auswärtiges Staatsrecht S. 112. ff. Günther, V. R. Thl. 1. S. 288.

(*) *de Eggers instit. juris univers.* §. 181.

§. 15.

B. Umfang dieser Befugniß in Ansehung

AA. der Gegenstände.

1. Verfassung des Staats.

a) Einführung der Verfassung des Staats.

Die Befugniß der europäischen Mächte, in die Verfassung eines andern Staats sich zu mischen, tritt in allen den Verhältnissen ein, in welchen aus der Verfassung eines Staats für die Sicherheit entweder des ganzen europäischen Völkerrechts-Systems oder einzelner Staaten Besorgnisse oder Gefahren, oder Verletzungen vertragsmäßiger oder andrer Rechte entstehen können.

Sie tritt daher auch in Ansehung der Einführung und Einrichtung einer Staats-Verfassung ein, wenn sie in die obgedachte Kathegorie gehört (1).

(1) Günther, V. R. Thl. II. S. 373.

(*) Vergl. §§. 32. 52. 56. 57. 58. 62. 64. 65. 74. 75. 76.

§. 16.

b) Erhaltung derselben.

Eben dies ist der Fall in Ansehung der Aufrechthaltung

Digitized by Google

der Staats-Verfassung und ihres Schutzes gegen Aufhebung (1).

(1) Günther, V. R. Thl. II. S. 382.

(*) Practische Fälle enthalten die §§. 28. 29. 31. 32. 39. 51. 54. 55. 56. 57. 58 60, 63. 66. 75. ff.

§. 17.

2. Thronfolge.

Wenn gleich in erblichen Monarchien die Bestimmung der Thronfolge in der Regel zu den innern Angelegenheiten des Staats gehört; so ist sie doch oft in so vielfachen Beziehungen für die Erhaltung des ganzen Völker-Systems so wichtig, daß sie auch Gegenstand der Aufmerksamkeit und Einmischung der übrigen Mächte sein kann (1) und häufig gewesen ist (2).

(1) Moser, Grundsätze des europäischen Völkerrechts in Friedenszeiten. B. II. Kapit. 1. §. 33 ff. Kapit. 2. §. 11. ff. Kap. 3. §. 2. ff. K. 4. §. 8. ff. und V. d. V. R. Thl. 1. S. 75 — 186. Moser, Beiträge zum E. V. R. in Friedens-Zeiten Thl. 1. S. 82. ff. Günther, V. R. Thl. II. S. 109 und 295. *de Martens* droit des gens §. 75. *Klüber*, droit des gens §. 48.

(2) Vergl. unten §§. 27. 34. 41. 42. 43. 45. 46. 47. Daher war die Thronfolge oft Gegenstand der Garantie auswärtiger Mächte, oder der Bestimmung der Staatsverträge, z. B. Tractat zwischen Oesterreich, Rußland, Großbritannien, Preußen und den Niederlanden vom 31. März 1815. Art. VI. wegen der Succession in das Großherzogthum Luxemburg.

Digitized by Google

§. 18.

3. Wahl des Regenten.

Eben so ist in Wahlreichen die Wahl des Regenten lediglich innere Angelegenheit, allein dennoch berechtigen die, oben angeführten, Gründe (§. 4—14.) fremde Mächte zur Einmischung in diesen Gegenstand (1).

(1) *de Martens*, droit des gens §. 75 und 76. Günther V. R. Thl. II. 40. 60. und 427. Moser, Grundsätze des europäischen V. R. B. II. Kapit. 5. 11. ff. V. d. V. R. Thl. 1. S. 186. ff. und Beiträge, Thl. 1. S 84. ff. und S. 286. ff. *Klüber*, a. a. O. §. 48. J. H. G. v. Justi, Erörterung der Frage: ob die Protestationes derer auswärtigen Monarchen wider eine auf die Wahl gebrachte Person zum Beherrscher eines Wahlreichs in dem Natur und Völker-Recht einigen Grund haben? (in seinen historischen und juristischen Schriften. Band I. S. 185. ff.). So widersprachen z. B. Oesterreich, Rußland und Preußen 1735 die Wahl Stanislaus Leszinsky zum Könige von Polen, puisque, outre qu'étant étroitement lié à certaines puissances, on ne pourroit s'attendre à jouir avec lui d'un tranquille voisinage, ni à avoir aucune sureté touchant les traités et garantiés contractées avec la république (*Du Mont*, C. d. Suppl. II. S. 141.), und in einer andren Erklärung, daß sie verlangen, ut liberis ac unanimibus Poloniae suffragiis Rex, quiscunque demum sit, eligatur, a quo nec reip. libertati periculum nec vicinis exeitandarum turbarum metus immineat — et ut salva maneat libertas electionis, pax reip. simulque vicinorum ac totius Europae (Das. S. 444.). Vergl auch die übrigen merkwürdigen Erklärungen bei dieser Wahl daselbst S. 423 ff. — 494. auch §. 51. Der russische Hof erklärte 1743 dem schwedischen: „das

„natürliche Intereſſe Rußlands erfordere, daß nach Ab„ſterben des jetzigen Königs ein Prinz den Thron be„ſteige, welcher par principe mit Rußland gute Freund„ſchaft unterhalte; da man ſich ein ſolches von dem „Biſchof von Lübeck verſpreche; ſo würde Rußland, „wenn die Schweden ihn erwählten, Schweden einen „deſto vortheilhafteren Frieden zugeſtehen (Moſers Beiträge S. 1. und 154.), ſo wie Frankreich der Wahl des Großherzogs von Toscana zum Römiſchen Kaiſer 1742 widerſprach: puisqu'il n'etoit pas de l'interét de la France que ce Prince obtint la couronne impériale et s'il avoit réuni cette dignité à tous les états de la maison d'Autriche il eût acquis un degré de puissance, dont le projèt auroit du allarmer (Moſer, Beiträge Thl. I. S. 272 und 344.). Bei der Polniſchen Königswahl 1764 ſchlugen Rußland und Preußen den Grafen Poniatowsky vor (§. 55.), wogegen Oeſterreich erklärte: S. M. J. et R. considère la Republique de Pologne comme un état souverain et indépendant, dont le droit que lui assure et les loix et les constitutions du Pays de se choisir un Roi par liberté de suffrages ne peut être en aucune manière restraint, que par consequent l'exclusion d'aucun candidat ne sauroit avoir lieu sans porter atteinte à son indépendance et à son entière liberté, qui n'admettent ni exception, ni limitation, (Moſer, V. d. V. R. Thl. 1. S. 220.), in welchem Sinne ſich auch Frankreich (Daſ. S 221.) und die Pforte, letztre dahin, erklärte: le royaume de Pologne étant reconnu de toutes les cours en Europe pour un Païs libre et indépendant, aucune puissance étrangère dans l'élection qui va se faire d'un nouveau souverain, ne doit se mêler en aucune façon de cette élection, ni des suffrages de la république en faveur d'un Prince né en Pologne pour lui faire obtenir la couronne. (Daſ. S. 321.). Ueber

das, bei der Papstwahl einigen Mächten zustehende, Exclusions-Recht. s. Moser, Beiträge Thl. 1. S. 269 und 307.

(*) Practische Fälle, vergl. §§. 40. 43 48. 49. 55.

§. 19.

4. Religionsverhältnisse.

Bei dem vielseitigen und wichtigen Einflusse der Religions-Verhältnisse auf die Verfassung, Ruhe und Sicherheit nicht blos einzelner Staaten, sondern auch der Gesammtheit derselben, sind auch sie und zwar sowohl die Religion der regierenden Familie, als die Rechte der verschiedenen Religions-Verwandten, häufig Gegenstand der Dazwischenkunft und Theilnahme fremder Staaten gewesen (1).

(1) Moser, Grundsätze des europäischen V. R. in Friedenszeiten. B. VI. Kap. 1. §. 12. ff. V. d. V. R. Thl. VI. S. 184. „nach dem europäischen Völkerrecht ist das „Religionswesen in dritten Staaten keine bloß einheimische Sache derselben" und S. 185 ff. Günther, Thl. II. S. 346. ff.

(*) Practische Fälle vergl. §§. 31. 40. 43. 44. 49. 56. Dahin gehört auch die Bestimmung des Westphälischen Friedens über die exacta aequalitas religionis, und über die Streitigkeiten zwischen den katholischen und protestantischen Kantonen der Schweiz im Pyrenäischen Friedens-Schlusse von 1659. Art. CII.

§. 20.

5. Innere Unruhen und Empörungen.

Wenn bei allgemein bedenklichen Unternehmungen,

besonders wenn ihr nachtheiliger Einfluß auf die Ruhe und Sicherheit der Staaten bereits durch die Erfahrung bewiesen, und der ganzen Völkergesellschaft schon furchtbar geworden ist, andren Mächten die Befugniß der Dazwischenkunft zusteht; so ist dies ganz besonders der Fall bei innern Unruhen und Empörungen. (§. 5. und 6.) (1).

(1) Günther, Th. II. S. 283. *Vattel*, Lib. II. ch. 4. §. 53: S'il etoit une nation inquiéte et malfaisante; toujours prête à nuire aux autres, à les traverser, à leur susciter des troubles domestiques, il n'est pas douteux que toutes ne fussent en droit de se joindre pour la réprimer, pour la chatier et même pour la mettre à jamais hors d'état de nuire. Tels seroient les justes fruits de la politique que Machiavel loue dans Cesar Borgia. — Ce sont les principes des divers fondemens d'une guerre juste. *Burlamaqui Principes du droit de la nature et des gens.* (Yverdun 1768.) T. VII. S. 159 (wörtlich die eben gedachte Aeusserung des Vattel) *Rayneval*, institutions du droit de la nature et des gens S. 343. ff. Practische Fälle §§. 29. 50. 51. 52. 55. 56. 57. 58. 59. 60. 62. 64. 65 66. 75 u. 76. So ließ z. B. der Russische Hof dem Schwedischen nach der Ermordung Gustav's III. die Versicherung geben, „daß er im „Fall Unruhen entstehen sollten, alle nöthige Mittel an„wenden würde, die Rechte des Throns zu erhalten, (Politisches Journal 1792. Heft V. S. 563.). Als 1746 der Holländische Gesandte in London, auf Antrag des französischen Ministeriums, sich bei der englischen Regierung für ein gelinderes Verfahren gegen die Anhänger des Prätendenten verwendet, und das englische Cabinet sich darüber bei den Generalstaaten beschwert

hatte, gaben letztre dem Gesandten zu erkennen: qu'il ne lui convenoit pas de se mêler d'une affaire aussi delicate et aussi odieuse que l'est la rébellion dans les Royaumes de S. M. Brittanique, avec qui L. L. H. H. P. P. sont si étroitement liées par les traités et tellement interessées à la conservation du Gouvernement légitime et établi de S. M. ainsi qu'au maintien de la réligion, de la liberté et de la tranquilité de ses royaumes, que tout ce qu'on entreprend pour les troubler ne peut qu'affliger L. L. H. H. P. P. au dernier point; que leur aversion pour de telles entreprises ne leur permet pas de souffrir — que leur Ambassadeur s'émancipe jusqu'à intercéder et appuyer les intercessions d'autrui en faveur des rébelles (v Martens, Erzählungen merkwürdiger Fälle des Völkerrechts. B. II. S. 302.).

§. 21.

6. Einige andre Gegenstände.

Auch einige andre, auf die innere Verwaltung sich beziehende, Gegenstände haben die Dazwischenkunft auswärtiger Mächte erhalten, wenn aus denselben die obgedachten Gefahren für das Ganze oder für einzelne Staaten zu besorgen wären (1).

(1) Z. B. die Bestimmung des Wiener Friedens zwischen Oesterreich und Spanien vom 7. Jun. 1725 Art. IV. daß kein König von Spanien die vormundschaftliche Regentschaft in Parma und Piazenza führen soll. (*Du Mont.* C. d. T. VIII. P. 2. S. 122); die Wahl des Statthalters der Niederlande (§. 36.), die Errichtung einer neuen Chur- (§. 53), Ländertausch (§. 61.) u. a. m.

Digitized by Google

§. 22.

BB. der, darin enthaltenen, Rechte.

Aus demjenigen, was bisher über den Grund und die Natur der Berechtigung fremder Mächte, an der Verfassung andrer Staaten Theil zu nehmen, angeführt worden, ergeben sich folgende Grundsätze:

I. Diese Befugniß beruht theils auf der gesellschaftlichen Verbindung, worin die europäischen Mächte zu einander stehen, theils auf besondren Verträgen einzelner Mächte, und ist mithin theils ein Socialles, theils ein Vertrags-Recht.

II. Dies Recht, insofern es ein vertragsmäßiges ist, kann nur von den contrahirenden Mächten ausgeübt und geltend gemacht werden.

III. Insofern dasselbe ein Social-Recht ist, steht es allen Mitgliedern des Europäischen Völker-Systems zu, und kann daher von einer jeden Macht, die als eine europäische anerkannt ist (1), ausgeübt werden.

IV. Dies Recht kann als Social-Recht aller europäischen Mächte bei einzelnen Gegenständen mit dem vertragsmäßigen Rechte einer einzelnen Macht concurriren, indem das eine das andere nicht ausschließt.

V. Dies Recht, als vertragsmäßiges Recht, ist in seinem Umfange nach der Natur des Vertrags, auf welchem es beruhet, zu beurtheilen (2).

VI. Als Social-Recht erstreckt dasselbe sich so weit, als der Zweck des Social-Rechts reicht, mithin nur so

Digitized by Google

weit, als Besorgnisse oder Gefahren für das Interesse der ganzen Völker-Societät obwalten, und nur auf die Abwendung oder Unterdrückung derselben; dasselbe darf mithin weder auf Gegenstände, welche für diese Gesellschaft ohne alles Interesse und gleichgültig, und daher im eigentlichen Sinne res domesticae des dritten Staats sind, angewandt, noch eine weitere Ausdehnung, als zur Erhaltung des gemeinschaftlichen Interesses erforderlich ist, erhalten, noch endlich für andre Zwecke (3) geltend gemacht werden.

VII. Die Beurtheilung, ob Gründe zur Geltendmachung dieser Befugniß vorhanden, kann nicht der, die Besorgnisse erregenden, Macht, sondern, wenigstens, wenn von dem Social-Recht die Rede ist, nur den übrigen Mächten zustehen (4).

VIII. Das Recht der Dazwischenkunft in die Verfassungs-Angelegenheiten eines andern Staats kann, als Social-Recht, sowohl gegen die, die Besorgnisse erregende, Macht, als erforderlichen Falls auch gegen dritte Mächte geltend gemacht werden; in wiefern dies auch beim Vertragsmäßigen Rechte Statt habe, hängt von der Natur und dem Inhalte des Vertrags ab (5).

IX. Dies Recht ist sowohl als Social- als wie Vertrags-Recht nicht blos mit der Befugniß zur gütlichen Dazwischenkunft, sondern auch mit dem völkerrechtlichen Zwangsrechte verbunden (6).

(1) Inwiefern diese Verhältnisse auch bei untergeordneten Staaten, z. B. ehemals bei den Deutschen Reichsstän-

Digitized by Google

den, eintritt? unterſucht umſtändlich Moſer in der oben angeführten Abhandlung verſchiedener beſondrer Rechts-Materie St. II. ff. In der Oſtfrieſiſchen Angelegenheit äußerte der Reichshofrath in dem, 1732 erſtatteten, Votum ad Imperatorem: „Die „zwiſchen dem Herrn Fürſten zu Oſtfriesland und ſeinen „Landſtänden obſchwebenden Differentien ſind lediglich „als eine causa Imperii domestica anzuſehen, darein ſich „keine fremde Potenz zu miſchen hat, ſo wenig als die „Holländer oder Andere es leiden würden, wenn bei „dergleichen Streitigkeiten in ihrem Staate ſich eine „auswärtige Macht deren annehmen und interponiren „wollte — weßwegen es — ein Aufſehen machen würde, „wenn bei einer, von Ew. Kaiſerl. Majeſtät in Sachen, „die lediglich eines Reichsfürſten mit einigen ſeiner „Landſtände und Unterthanen habenden Streitigkeiten „betreffen, angeordneten Commission, Deputirte von „einer benachbarten Potenz admittirt würden.“ (in Moſer Samml. der Reichshofraths Gutachten. Th. II. S. 198 — 248) vergl. auch Moſers Beiträge zum V. R. in Friedenszeit. Th. I. S. 261, und Günther V. R. Th I. S. 317.

2) *Vattel*, Liv. II. Ch. 4. §. 57. Moſers Grundſätze, B. X. Kap. 4. §. 6. Günther, V. R. Th. I. S. 288.

(3) Günther, V. R. Th. I. S. 283. Dahin gehört z. B. Napoleons Einmiſchung in die ſpaniſchen Angelegenheiten (*de Martens* nouveau Recueil T. I. S. 60), Napoleons Einverleibung eines Theils des Kirchenſtaats in das Königreich Italien: „puisque l'intérêt des royaumes d'Italie et de Naples et de leur armée exige, que leur communication ne soit plus interrompue par une puissance ennemie“; und Napoleons Vereinigung des ganzen Kirchenſtaats mit ſeinem empire français: „pour concilier la surêté de nos armées, la tran-

Digitized by Google

quilité et le bien être de nos peuples, la dignité et l'integrité de notre Empire avec les prétensions temporelles des souverains Pontifes." (Daſ. S. 344).

(4) F. C. v. Moſer, von dem Recht eines Fürſten, den andren zur Rede zu ſtellen, §. 36 ff. Moſer, V. d. V. R. Th. VI. S. 123. Günther, Th I. S. 294. 302. 313. *de Martens*, précis du droit des gens, §. 80. Frankreich äußerte in der, 1780, wegen der Nordamerikaniſchen Staaten herausgegebenen, Deduction: ses déterminations et sa conduite ne peuvent dépendre que de son propre jugement et quiconque entreprendroit de la guerre à cet égard porteroit atteinte à son indépendance et lui feroit injure. — Il suffit, que S. M. se croie exempte de tout réproche, qu'Elle puisse se dire, qu'en regardant les Américains comme indépendans, Elle n'a violé ni la loi de Dieu, ni celle des nations. Si la cour de Londres ose contredire cette morale, on lui demande, qui sur la terre est le juge des souverains?

(5) Vergl. z. B. die Note des Polniſchen Reichstags an den Preußiſchen Geſandten zu Warſchau vom 8. Dec. 1788: la nation indisposée contre l'interprétation inusitée et illimitée de la garantie de son gouvernement, n'étend pas ses inquiétudes jusqu'à s'allarmer sur une garantie conforme à son indépendance. Telle est celle, que S. M. le Roi de Prusse définit dans sa déclaration, une garantie générale de l'indépendance de la république, sans s'immiscer dans les affaires intérieures, ni gêner la liberté de ses déliberations et de ses decisions, garantie que la nation concoit ne pouvoir jamais être employée par le garant contre la république et qui ne seroit même en sa faveur qu'a la demande des états assemblés en diéte contre les violateurs de sa liberté et l'intégrité de ses possessions. (Politiſches Journal 1788, Heft XII. S. 1289) und die dem Kaiſerl. Ruſſiſchen Geſandten über-

Digitized by Google

gebenen, Gegenerklärung v. 1. Juni 1792: „Die Wirkung „einer Garantie kann nur gegen einen Dritten gerichtet „werden, der die Rechte eines Staats-Körpers verletzen „wollte, welche von einem Andren garantirt worden und „in diesem Sinne wird die Garantie ein ehrwürdiger „Schutz der öffentlichen Ruhe. Jede andre Auslegung „dieser politischen Verpflichtung würde an Statt einer „Stütze, vielmehr eine, mit der Freiheit einer Nation „ganz unverträgliche, Hinderung darstellen. Eine Garantie-„Acte, die die Republik Polen betreffen und gegen sie selbst „gerichtet sein sollte, würde um so mehr einen Widerspruch „enthalten, da die garantirende Macht nicht anders, als auf „Reclamation der gesetzmäßigen Macht der Republik, „rechtmäßig nach ihren Verpflichtungen handeln könnte. „Wenn anders ein Theil mit der öffentlichen Macht unzu-„friedener Mitbürger ihre Insurrection durch eine fremde „Zwischenkunft, die einen gesetzmäßigen Anschein hätte, un-„terstützen, wenn das einzelne Geschrei einiger verbundener „Individuen sich die Rechte eines National-Gesuchs anmaa-„ßen könnte; so würde ein solcher Mißbrauch der Garantie, „der Grundsatz des Umsturzes aller Ordnung, aller Ruhe „werden, eine schreckliche Folge, die wider die gemein-„schaftlichen Vortheile der Gesellschaft streitet." (Polit. Journal 1792, Heft VI. S. 587) vergl. §. 13

(6) F. C. v. Moser a. a. O. §. 60. ff. Moser, Grundsätze, B. X. Kap. 4. §. 14 ff. und V. d. V. R. Thl. VI. S. 186. 316. 323. Günther V. R. Thl. I. S. 292.

§. 23.

Entsagung und Aufhebung dieser Befugniß.

Es leidet

I.) keinen Zweifel, daß die, in Frage stehende, Befugniß, in sofern sie eine Vertragsmäßige ist, gleich

andren Völkervertragsmäßigen Rechten, von den Contrahenten aufgehoben werden könne (1). Allein eben so unbedenklich ist es dagegen,

II) daß dieser Befugniß, in sofern sie ein Social-Recht ist, weder von der Gesammtheit der europäischen Mächte, noch von einer einzelnen derselben, entsagt werden könne. Denn die Gesammtheit der europäischen Mächte kann dieser Befugniß in Beziehung auf einen einzelnen Staat nicht verzichten, ohne daß entweder die europäische Völker-Gesellschaft aufgelöset werden, oder der, in Frage stehende, einzelne Staat aus derselben ausscheiden müßte, eine in dem ersten, wie in dem zweiten Gliede in der Ausführung unmögliche Bedingung. Eine einzelne europäische Macht kann aber ihrem Antheil und ihrer Mitwirkung an diesem Social-Recht schon deshalb nicht entsagen, weil diese ihre Mitwirkung nicht bloß eine, ihr zustehende, Befugniß, sondern auch eine, ihr sowohl gegen ihren Staat, als gegen die ganze Gesammtheit der Mächte obliegende, Pflicht ist, welcher sie sich so wenig einseitig entziehen, als in einem Völker-System die partielle Unabhängigkeit des natürlichen Völkerrechts und des Naturzustandes wieder hergestellt, und die Völker-Gesellschaft und einzelne Völker den Nachtheilen desselben blosgestellt werden können (2). Der Werth der, hin und wieder vorgekommenen, Entsagungen dieser Art (3), erscheint daher, in sofern von den, zur Dazwischenkunft der Mächte, ihrer Natur nach geeigneten, Handlungen einer Macht die Rede ist, sehr problematisch. (4)

(1) So nahm z. B Frankreich 1781. so wie Zürch und Bern 1782 die, 1738 übernommene, Garantie der Genfer Staats-Verfassung zurück. Polit. Journal 1781, Heft X. S. 351 und 1782, Heft II. S. 209.

(2) Es würde das eintreten, was der Kaiserliche Minister Graf Schlick in dem Promemoria wegen des Reichs-Krieges gegen Frankreich vom 17. August 1794 äußerte: „Unterzeichneter ist angewiesen, feierlich zu erklären, daß, „wenn man den K. K. Hof in diesem entscheidenden Au„genblicke verläßt, derselbe das Reich nicht zu retten „vermöge, und sich sodann mit dem Gedanken, für das „Vaterland alles gethan zu haben, würde trösten, jene „aber vor Gott und der Nachwelt, für alles „Unheil, das über die teutschen Reichs-Pro„vinzen dann unausbleiblich kommen würde „und für das Elend, das sich durch anarchische „Grundsätze dann ansteckend über ganz Eu„verbreiten könnte, verantwortlich machen „müssen, die das Ihrige zur allgemeinen „Rettung gewissenhaft beizutragen unter„lassen haben." (Polit. Journal 1794, Heft IX. S. 951.)

So schätzte Frankreich 1630, daß das ihm zugemuthete Versprechen, sich nicht um die deutschen Angelegenheiten zu bekümmern, de telle conséquence au Roi, qu'il vaudroit mieux qu'il eût renoncé aux Duchéz de Normandie et de Bretagne, que de renoncer au droit, qu'il a de ne laisser pas perir ses allies, puisque leur conservation importe tres grandement au repos et à la sureté de la France (§. 13, Anmerk. 2).

(3) Vergl. Günther V. R. Th. I. S. 285. So entsagte z. B. Dännemark im Frieden mit dem Kaiser vom 12/22. Mai 1629. Art. 1. der Einmischung in die deutschen Angelegenheiten (§. 31), Frankreich in dem Pyrenäischen

Frieden von 1659 Art. 60. der Einmischung in die Portugiesischen Händel, Rußland und die Pforte in den Frieden von 1712 und 1713 Art. 1. der Theilnahme an den Polnischen Angelegenheiten, so versprach Rußland in dem Nieſtädtischen Frieden vom 30. August 1721 Art. 7: S. M. Czarienne promet-qu'Elle ne se mêlera point des affaires domestiques du Royaume de Suéde, ni de la forme de régence qui a été reglée et établie sous serment et unanimement par les Etats dudit Royaume, qu'Elle n'assistera personne en aucune manière, qui que ce puisse être, mais qu'Elle tachera d'empêcher et de prévenir tout ce qui y est contraire, afin de donner par là des marques évidentes d'une amitié sincère et d'un véritable voisin (*Du Mont*, C. d. T. VIII. P. 2. S. 37.), und Rußland und die Pforte in dem Friedensschluß von Cainardgi von 10. Jul. 1774 Art. III: ni la cour de Russie, ni la Porte Ottomanne ne se mêleront de l'élection dudit Chan, non plus que de leurs affaires domestiques politiques ou civiles (*de Martens*, Récueil T. 1. S. 509.). Die Kaiſerliche Wahlcapitulation enthielt Art. XXVIII. §. 1. das Verſprechen: „nicht zu geſtatten, daß auswärtige Mächte ſich „heim- oder öffentlich in die Reichsſachen einmiſchen“ (vergl. darüber Moſers teutſches auswärtiges Staats-Recht S. 103. ff.). Andre Mächte widerſetzten ſich zuweilen der ungebührlichen Einmiſchung fremder Mächte in die Angelegenheiten dritter Staaten, z. B. Günther V. R. Thl. II. S. 374 und 379

(4) Selbſt das ſpätere Verfahren derjenigen Mächte, welche die eben angeführten Traktaten geſchloſſen haben, beweiſet, daß in den leztren nur von domesticis im eigentlichen Sinne, keinesweges aber von den, andre Mächte intereſſirenden, Angelegenheiten die Rede geweſen ſei.

Digitized by Google

§. 24.

IV. Meinungen der Schriftsteller des Völkerrechts über diesen Gegenstand.

Die, im vorstehenden Grundrisse (§. 4—23.) vorgetragenen, Grundsätze stimmen mit der Meinung der bewährtesten Schriftsteller des Völkerrechts überein: Wolff (1), Vattel (2), Burlamaqui (3), Achenwall (4), Johann Jacob Moser (5), Friedrich Karl v. Moser (§. 3. Anm. 2.) von Martini (6), Schrodt (7), v. Martens (8), Köhler (9), v. Eggers (10), Günther (11), Gerard von Rayneval (12), Saalfeld (13), Schmalz (14), Schmelzing (15) und Klüber (16).

(1) *Jus Gentium* (Halae 1749) §. 269. Genti unicuique competit jus perfectum non patiendi, ut, alia quaedam se regimini ipsius quomodocunque immisceat — Caeterum tam hic, quam in omnibus casibus aliis quando de jure nostro adversus alterum agitur, notanda sunt ea, quae supra annotavimus (§. 254 not.). Jure enim suo non esse utendum, quando officia erga nos vel alios ant erga Deum, aliud exigunt, principium generale est. Der Verfasser sagt in dem §. 254: genti unicuique competit jus securitatis et si qua gens alteram laedit vel laedere intendit, contra jus securitatis hoc facit omnisque laesio juri securitatis adversatur. *Principes du droit de la nature et des gens, extrait du grand ouvrage latin de Mr. de Wolff*, par *Mr. Formey* (1758) Liv. VIII. ch. 1. §. 26: tout état est indépendant des autres Etats, qui n'ont aucune sorte de droit sur lui. Par consequent il peut régler par lui-même tous

tous les détails de son Gouvernement, sans en rendre compte à qui que ce soit et sans qu'on puisse le traverser en rien, *tant qu'il ne fait aucune démarche contraire au droit des autres états.*

(2) *droit des gens* Liv. 1. ch. 3. §. 37: enfin, toutes ces choses n'interessant que la nation, aucune puissance étrangère n'est en droit de s'en mêler, ni ne doit y intervénir autrement, que par ses bons offices, *à moins qu'elle n'en soit réquise ou que des raisons particulières ne l'y appellent.* (Vergl. Liv. II. ch. 4. §. 49.) §. 57: se gouverner soi-même à son gré, c'est l'apanage de l'indépendance. Un état souverain ne peut être géné à cet égard, *si ce n'est par des droits particuliers qu'il aura lui même donnés à d'autres dans ses traités et qui par la nature même d'une matière aussi jalouse que le gouvernement, ne peuvent s'étendre au delà des termes clairs et formels des traités. Hors ce cas, un souverain est en droit de traiter en ennemis ceux qui entreprennent de se mêler, autrement que par leurs bons offices, de ses affaires domestiques.* Vgl. auch Liv. III. ch. 3. §. 42. ff. Der Verf. behauptet selbst (Liv. II. ch. 4. §. 56.): mais si le Prince attaquant les lois fondamentales, donne à son peuple un légitime sujet de lui résister, si la tyrannie, devenue insupportable, soulève la nation, toute puissance étrangère est en droit de sécourir un peuple opprimé, qui lui demande son assistance. — Toute les fois donc, qui les choses viennent à une guerre civile, les puissances étrangères peuvent assister celui des deux partis qui leur paroit fondé en justice. Wenn daher Bignon in seiner famösen Schrift: *du Congrès de Troppau* (*Paris* 1821) für seine Behauptung, daß die, auf diesem Congresse vereinigten, Mächte durchaus kein Recht haben, die Neapolitanische Carbonari-Empö-

rung zu unterdrücken, sich hauptsächlich auf Vattels Autorität beruft; so muß er entweder dies Werk überall nicht kennen, oder glauben, daß sein Exemplar das einzige noch vorhandene sei. Wie willkührlich Bignon die von ihm ausgehobenen Stellen des Vattel verstümmelt hat, ist in den Bemerkungen über die Schrift: *du congrès des Troppau* ꝛc. in der Neuen Monatsschrift für Deutschland von Fried. Buchholz 1821. Heft III. S. 371 — 413 näher entwickelt.

(3) *Principes du droits de la nature et des gens* (Yverdun 1768). T. VII. Partie III. ch. 2. §. 3 — si donc il étoit quelque part une nation inquiete et malfaisante, toujours prête à nuire aux autres — à leur susciter des troubles domestiques, il n'est pas douteux que toutes ne fussent en droit de se joindre pour la réprimer, pour la chatier et même pour la mettre à jamais hors d'état de nuire. § 7: Si une nation par ses moeurs, par les maximes de son gouvernement, accoutume et autorise les citoyens à piler et à maltraiter — les étrangers, à faire des courses dans les pays voisins — toutes les nations ont le droit de se liguer contre elle, de la réprimer, de la traiter en ennemie du genre humain.

(4) *Primae lineae juris gentium europaearum practici* (Göttingen 1775) Sect II. §. 29. nec minus inde deducitur jus, libertatem gentis potentia exsuperantis hac de caussa restringendi, seque negotiis ejusdem publicis immiscendi §. 30. quin et ejusdem finis gratia tertiae gentis libertati limites figendi negotiisque ipsius domesticis vel extraneis sese immiscendi, quantum opus est. §. 31. Atque ita jus, quod natura cuique competit contra laesionem imminentem, a periculo laesionis praesenti et propius instanti ad periculum aliquanto remotius distans et quasi e longinquo imminens, observan-

Digitized by Google

tia gentium Europae in majorem securitatem omnium extenditur.

(5) Grundsätze des jetzt üblichen europäischen Völkerrechts in Friedenszeiten (zweite Aufl. 1777.) B. II. Kap. 1. §. 33. ff. Kap. 2. §. 11. ff. Kap. 3. §. 2. ff. Kapit. 4. §. 8. ff. Kap. 5. §. 11. ff. B. X. Kap. 1. §. 3. ff. beſ. Kap. 4. §. 1.: Innerliche Angelegenheiten der Souveraine heißen: welche eigentlich und nächſtens lediglich die Staatsverfaſſung ihres Reichs, die Regierungsform, die Gerechtſame des Regenten und Unterthanen, die Streitigkeiten zwiſchen den Regenten und Untergebenen, oder auch zwiſchen dieſen unter ſich u. ſ. w. betreffen. §. 2: Ordentlicher Weiſe kann und darf kein Souverain ſich in dergleichen innere Angelegenheiten eines Staats miſchen. §. 3: Sich darein miſchen, heißt ungebeten ſich der Sache überhaupt oder einer dabei intereſſirten Parthei annehmen, mit Rath oder Hülfe an die Hand gehen, verlangen, daß es ſo und ſo ſolle gehalten werden u. ſ. w. §. 4: Doch gehet es an, daß ein Souverain auch in dergleichen Angelegenheiten ſich mengen darf: 1) wenn er durch Verträge ein Recht dazu erhalten hat. §. 6: Es müſſen aber dergleichen Verträge nicht über deren Inhalt ausgedehnt oder ſonſt mißbraucht werden. §. 8. 2) Wenn ein anderer Souverain von allen dabei Intereſſirten darum erſucht wird; ſo kann er ebenfalls ſich in der Sache gebrauchen laſſen. §. 11. 3) Stehet einem Alliirten oder ſonſt in gutem Vernehmen mit den andern ſtehenden Souverain zwar frei, jenem in dergleichen Fällen ſeine Vermittelung anzubieten, es muß aber lediglich abgewartet werden, ob und wie weit man ſelbige annehmen wolle oder nicht? Verſuch des neueſten europäiſchen Völkerrechts Thl. VI. Buch VIII.

Digitized by Google

Kap. 2. §. 1. In Ansehung derer bloß innerlichen Angelegenheiten eines Staats hat ein dritter Souverain ordentlicher Weise kein Recht, jener Macht darin etwas vorzuschreiben, oder auch nur sich darin zu mengen §. 2. Hat aber ein dritter Staat ein Interesse bei ein oder anderem, so ist er befugt, solches zu verwahren. §. 3. Auch um eines dritten Interesse willen hält sich in gewissen Fällen ein Souverain befugt, sich in eines andern dritten Souverains Staatssachen zu mengen. §. 4. Wo eine Macht einen Vertrag für sich hat, Kraft dessen sie sich in gewissen Fällen der innern Staatssachen einer dritten Macht annehmen darf, darin bedient sie sich desselben billig. §. 5. Wenn auch keine ausdrückliche Verträge vorhanden sind, ein Staat verlanget es aber selbst freiwillig, daß eine dritte Macht ihre Hände in seine Staatssachen einschlage; so verbleibet es billig dabei. §. 6: Wie weit sich die Rechte der bloßen Nachbarschaft hierin erstrecken? sind die Europäischen Staaten nicht allemal einerley Meinung.

(6) *Positiones de jure civitatis* (Vindobonae 1772) §. 535: Ex aequalitate civitatum earum quoque independentia facile intelligitur. Quare illae actiones suas libere ac nemine alio consulto determinare possunt, dummodo ab aliarum laesione abstineant.

(7) *Systema juris Gentium* (Bambergae 1780) Prolog. §. XII: Una gens in sua rep. suprema est, nullique alteri in eadem linea subjecta, non tamen est suprema in rep. universali, quae ex omnibus gentibus insurgit. Etenim quemadmodum exinde, quod unus civis in rep. alteri non sit subjectus, nemo arguet, unum dici liberum libertate status naturalis, utpote quae imperium humanum absolute respuit, ita pariter, etiamsi una gens ab altera non dependeat, admissa tamen hypothesi,

Digitized by Google

qua singulae gentes imperio humano gentium universarum submittuntur, illis singularis sua libertas naturalis suapte detrahitur. P II. Cap 2. §. 12. nulla gens habet jus turbandi aut impediendi alterum in suis actionibus et exercitio summi imperii aut sese immiscendi regimi alieno. §. 18. — Quaelibet gens secundum officia gentium inter — se — effectus iurium majestaticorum, quatenus se exserunt in territorio gentis summum imperium exercentis agnoscere tenetur, nisi extali exercitio damnum positivum sentiat. §. 19. vi libertatis naturalis penes quamlibet gentem residet jus stricte tale disponendi de forma suae reip. nec minus circa, constituendum superiorem. Huic juri stricto correspondet ex parte reliquarum gentium perfecta obligatio, legitime constitutum superiorem agnoscendi. §. 20. Quandoquidem tamen ratio officiorum erga alios cessat cum laesione propria, sequitur ut genti extraneae denegari nequeat jus resistendi immutationi formae regiminis et designationi personae regiae in casu extraordinario, si talis immutatio aut designatio sit contra jus perfectum gentis extraneae ex pacto adquisitum aut ex ea alteri genti periculum laesionis proximum aut satis certum immineat.

(8) *Précis du droit des gens moderne de l'Europe* (2te Ausgabe 1801). §. 74. Comme la diversité des constitutions repose sur le partage ou la réunion des trois pouvoirs et sur le choix de celui ou ceux qui seront les dépositaires de ces pouvoirs, appartenans primitivement à la nation, tout arrangement à cet égard est à considérer comme une affaire interne de la société, qu'elle peut régler à l'exclusion de tous les étrangers, de sorte qu'en se formant en état il dépend d'elle de se donner une constitution quelconque — sans qu'aucune

Digitized by Google

nation étrangère soit autorisée à la déclarer vicieuse, et qu'enfin ce ne sont pas les étrangers qui auroient le droit de l'empêcher à changer sa constitution lorsqu'elle même elle a sanctionné ce changement. Toutefois en supposant même I, que sur ces differens points la nation soit d'accord avec elle même, on doit admettre qu'il existe des cas où des nations étrangères pourraient s'opposer à de tels changemens soit pour être contraires à des droits qui leur auraient été accordés à titre particulier, soit pour être incompatibles avec leur propre sureté et leur conservation. 2) Si la nation elle même est partagée d'opinion et de volonté, on ne peut refuser à telle nation étrangere le droit d'offrir ses bons offices — 2) de prêter toute sorte de secours à celui des deux partis qui est autorisé à le provoquer et qui l'a reclamé effectivement, 3) de s'immiscer même de son chef dans une telle dispute, lorsqu'un droit acquis à titre particulier ou le soin de sa propre conservation l'y autorise. Toutefois il importe de distinguer encore la diversité des cas, d'après quil s'agit ou de la succession dans les états monarchiques ou des changemens partiels de constitution ou d'une révolution tendant à un chargement soit de la personne du Monarque soit de toute la forme de Gouvernement. §. 78. Une nation souveraine n'a point de loix à recevoir des étrangers, lorsqu'elle s'accorde à faire des changemens partiels à sa constitution actuelle — ni la garantie de la constitution précedente, ni la crainte que ce changement interne pourroit donner à l'état plus d'energie n'offrent aux etrangers des raisons justificatives pour s'y opposer. Il est des cas où des contestations survenues dans l'interieur sur de tels points de la constitution peuvent autoriser des étrangers à prendre une part quelconque à ces affaires domestiques soit pour

Digitized by Google

offrir de leur chef leurs bons offices soit pour satisfaire à une garantie — soit fondés sur un droit acquis à titre particulier ou guidés par le soin du maintien de leur sureté, compromise par les troubles du voisin. —

(9) Einleitung in das praktische europäische Völkerrecht (Mainz 1790) §. 20: Die Freiheit und Unabhängigkeit jeder Nation bringts mit sich, daß sie selbst die Art, wie die Staats-Oberherrschaft ausgeübt werden soll, bestimme, und sich hierin von keiner auswärtigen Nation einer Einschränkung oder Vorschrift machen lasse, demungeachtet aber können doch besonders bei entstandenen Uneinigkeiten auswärtige Mächte sich in dem Falle solcher Geschäfte annehmen, wenn sie als Garanten oder Mittler auftreten, oder wenn ihre eigene Sicherheit es erfordert, solche Anstände zu heben. Doch darf eine aus Freundschaft und Nachbarschaft angebotene Vermittelung nie zudringlich werden.

(10) *Institutiones juris civitatis publici et gentium universalis* (Hafniae 1796) §. 181. Anmerk. 2. Formam regiminis alicui gentis nulla gens vi et armis propugnare potest, nisi pacto sese obstrixerit vel auxilium ejus imploretur.

(11) Europäisches Völkerrecht in Friedenszeiten (Altenburg 1787) Thl. 1. S. 281: Die Willkühr in den Handlungen der Nationen ist jedoch dergestalt zu mäßigen, daß die gleichen Rechte und Freiheiten der übrigen dadurch nicht verletzt werden. S. 282. Die genaue Verbindung (S. oben S. 6). Ein Volk kann ferner durch Verträge oder durchs Herkommen die Freiheit nach eigenem Gutdünken zu handeln sich begeben. S. 286. Die vorzüglichste Freiheit hat eine Nation in Anse-

Digitized by Google

hung ihrer innern Angelegenheiten, welche zunächst blos die eigene Staatsverfassung des Volks, die Regierungsform — und überhaupt das eigene Wohl der Staaten betreffen. Wie alle diese Gegenstände auf andere Nationen gewöhnlicherweise keine Beziehung haben; so dürfen sie auch einander hierin nichts vorschreiben oder untersagen. S. 287. Jedoch leidet dieses eine Ausnahme, wenn eine Nation durch Friedensschlüsse, Verträge ꝛc. dazu berechtigt ist. — S. 288 oder auf Ersuchen des interessirten Theils. S. 289. Nationen, welche bei den Handlungen eines andren Volks ein Interesse d. i. einigen Nutzen oder Schaden daraus zu gewarten haben, können auch nach Beschaffenheit der Umstände mehr oder weniger sich dagegen regen. — S. 291. Auch aus Freundschaft und Bundesgenossenschaft. S. 295 und 296. (s. oben §. 3. Anm. a.) S. 302. (s. daselbst) Thl. II. S. 373. Ueberhaupt darf keine Nation sich unterstehen, etwas gegen die Regierungsverfassung einer andern zu unternehmen, oder sich in Gegenstände, welche dieselbe betreffen, so wenig als in die übrigen innern Angelegenheiten zu mischen, und sich irgend ein Recht hierbey anzumaßen, sie müßte denn von der andern Nation darum ersucht werden, oder vermöge einer übernommenen Garantie oder sonstigen Verbindlichkeit oder ihres eigenen Wohls und Interesse wegen, wohin man auch die Nachbarschaft und Bundesgenossenschaft zu rechnen pflegt, dazu berechtigt sein. Das bloße Erbieten einer freundschaftlichen Vermittelung kann ihr indeß nicht füglich als Beleidigung angerechnet werden, sondern wird eher zuweilen mit Dank angenommen. — — S. 332. So wie eine Nation das Recht hat, ihre ursprüngliche Regierungsform und Verfassung nach Gutbefinden festzusetzen, so muß es ihr, wenn es mit Einwilligung sämmtlicher interessirten Theile geschieht, auch erlaubt

Digitized by Google

sein, solche in der Folge zu verbessern und abzuändern. Kein ander Volk ist an sich befugt, dies zu verhindern, es müßte denn durch besondre Verbindlichkeiten, oder durch ein wegen Verletzung seiner vollkommenen Rechte dabei habendes Interesse hierzu berechtigt sein.

(12) *Institutiones du droit de la nature et des gens.* (à Paris 1803). Wie vorsichtig auch der Verfasser wegen seiner öffentlichen Stellung über diesen Gegenstand damals sich äußern mußte; so bemerkt er doch S. 130: la liberté intérieure de chaque nation ainsi bien que son territoire doivent être respectés. Or ce qu'une nation a le droit d'exiger pour elle-même, l'autre a un droit égal, un droit parfait dexiger de son côté: le droit de conservation établie donc entr'elles — une égalité parfaite de droits, une parfaite réciprocité: elles ont les mêmes droits à exercer, les mêmes obligations à remplir: voilà le veritable caractère de l'indépendance réciproque des nations; voilà l'égide de leur sûreté et de leur tranquilité. S. 345. Quelle conduite une puissance est autorisée à tenir lorsqu'il existe des troubles intérieurs chez ses voisins: peut-elle en aucun cas intervenir ou bien le principe de l'indépendance lui lie-t-il impérieusement les mains? — Lorsqu'il n'existe que des troubles, ils peuvent être considérés comme une simple querelle domestique, l'intervention d'un tiers, même appelé, seroit une violation gratuite de l'indépendance: elle ne seroit admissible que dans le cas où il y auroit un danger manifeste, que le voisinage ne rendit le mal contagieux, dans ce cas la politique aura pour fondement et pour but la propre conservation, c'est ainsi que lors d'une incendie le danger fait abattre les maisons encore intactes pour arreter les progrès de la flamme. Mais si une nation est déchirée par le

Digitized by Google

guerre civile, elle cesse d'être nation, car il ne sauroit exister de nation, sans Gouvernement et toute espèce de Gouvernement est détruit par la guerre civile. — Dans une pareille conjoncture, est-il aucun principe, soit du droit des gens, soit de la morale la plus stricte qui défende à un voisin d'intervénir, d'arrêter le carnage et de ramener les esprits soit comme médiateur ou comme arbitre dans la voie de la conciliation et de la subordination? ne peut-on pas dire qu'une conduite pareille est un acte de bienfaisance, d'humanité, un oeuvre consequente au sentiment de fraternité qui doit lier tous les hommes et qui, s'il étoit moins méconnu, sauveroit de grands maux au genre humain?

(13) Grundriß eines Systems des europäischen Völkerrechts (Göttingen 1809): §. 17. Aus der Befugniß eines Volks, innerhalb seiner Gränzen alles vorzunehmen, was ihm gutdünkt, vorausgesetzt, daß dadurch nicht die Rechte eines Dritten gekränkt werden, folgt unstreitbar das Recht, sich nach Belieben eine Verfassung zu geben, und dieselbe zu verändern. Jedoch können allerdings, sowohl eine übernommene Garantie, als auch das Verlangen der ganzen oder des größern Theils der Nation, und die aus dieser Veränderung fremden Nationen drohende Gefahr die Einmischung derselben rechtfertigen.

(14) Das europäische Völkerrecht (Berlin 1817.) S. 142: Jedes Volk ist befugt, seine Verfassung zu ordnen, und kein anderes Volk berechtigt, weder im Allgemeinen, noch im Einzelnen, Einrichtungen vorzuschreiben oder zu hindern. Gleichwohl werden oft Fälle eintreten können, die andre Mächte wirklich berechtigen, in Staatsveränderungen ihrer Nachbarn einzugreifen — darf, wer Unrecht thut, über Unrecht klagen? Also kann

Digitized by Google

ein solches Volk nie sich beschweren, wenn fremde Völker den Unterdrückten Hülfe leisten. Dazu kommt, daß die Nachbarn ihre eigene Sicherheit wahren müssen. — Also mag solcherlei Umwälzung allerdings andre Völker berechtigen, ihre Ruhe zu sichern und das Beispiel siegender Empörung zu verhüten. Wenn nur Verhältnisse der verschiedenen Zweige der Staatsgewalt verändert werden, so hat seltener eine fremde Macht ein Recht der Einmischung.

(15) Systematischer Grundriß des practischen europäischen Völkerrechts (Rudolstadt 1818). Th. I. §. 119: In die Angelegenheiten eines Volks, rücksichtlich der Ausübung seiner Souverainitäts-Rechte, mögen dieselben die gänzliche Zerstörung der bisherigen Regierungsform betreffen oder nur in Veränderung des Verhältnisses zwischen den verschiedenen Zweigen der Staatsgewalt bestehen, hat sich ein andrer Staat, ohne unrecht zu handeln, nicht einzumischen. — Allein es giebt doch gewisse Fälle, welche andre Mächte berechtigen, sich in die Staats-Veränderungen des Nachbarstaats unmittelbar oder mittelbar einzumischen, wenn I. durch die Veränderung der Regierungsform in einem Staate der regierenden juridischen oder physischen Person des Staatsoberhaupts selbst andre Souveraine und Verfassungen gefährdet und die Sicherheit und Unabhängigkeit auswärtiger Staaten dadurch bedrohet sind; II. wenn weiters eine fremde Macht von der bedrängten Nation zur Hülfe und Unterstützung aufgerufen oder III. von einem der Betheiligten zur Handhabung der gemachten Garantie der älteren und bestehenden Verhältnisse aufgefordert wird: IV. endlich wenn besondere im Mittel liegende Verträge andre Mächte dazu berechtigen. Wenn der Regent und das Volk über Abänderungen in der Verfassung einig sind, so kann eine auswärtige Macht sich

Digitized by Google

dessen Abänderungen nicht zuwider zeigen, auch in dem Falle nicht, wenn sie sogar Garant der vorigen Verfassung geworden war. (Dieser Satz kann auf die, vom Verfasser unter I und IV. angeführten, Fälle wohl keinesweges ausgedehnt werden, weil beide von dem Willen des dritten Staats ganz unabhängig sind.).

(16) *Droit des gens modere de l'Europe* (à Stuttgart 1819.) § 46. En vertu de son indépendance chaque état a droit à toutes les actions conformes à un principe avec la validité générale duquel peut subsister l'indépendance de tous les autres états. §. 81. L'état est libre de se donner telle constitution par rapport à sa forme et celle du Gouvernement, qu'il juge à propos, ainsi que de la modifier ou changer. Hors des offres de leurs offices ou de médiation, aucun autre état n'a droit de se mêler de pareilles affaires intérieures, si ce n'est en vertu d'un droit qu'il auroit acquis à juste titre ou bien que la nécessité l'excuse. Appelé même par un parti, s'il y a des dissensions dans l'intérieur sur la constitution, il ne doit pas le secourir à moins de raisons suffisantes, du nombre desquelles est particuliérement le cas, où il auroit garanti la constitution.

§. 25.

Auch alle übrigen Schriftsteller, welche diesen Gegenstand behandelt haben, nehmen diese Grundsätze an; dem Verfasser der vorliegenden Erörterung mindestens ist kein einziger Schriftsteller des Staats- oder Völkerrechts bekannt, welcher den Satz, daß ein Staat schlechthin nicht berechtigt sei, in die Verfassung eines andern Staats sich zu mischen, behauptet hätte.

Anscheinend vertheidigt ihn die einzige eigene Erörte-

rung dieses Gegenstandes, nämlich der Aufsatz: Haben die Reiche, Länder oder Staaten das gegenseitige Recht, sich in ihre Verfassungs- und Regierungs-Angelegenheiten wechselseitig so zu mischen, daß sie mit Gewalt Abänderungen in selbigen erzwingen können? (-); allein eine genauere Analyse derselben beweiset, daß dies der Fall nicht sei. Der Verfasser unterscheidet eigentliche Staaten von Reichen, Ländern und Völkern, die sich noch nicht zum Staate gebildet haben: jene ersteren sind, nach S. 115, Staaten, in welchen „die Gesetze von allen „Staatsbürgern selbst sich gegeben werden und jedes „Staatsindividuum mit Sicherheit darauf rechnen kann, „daß nie ein Eingriff in das Eigenthumsrecht sittlicher „Denk-, Sprech-, Schreib- und Druckfreiheit gemacht „werden wird, so wie auch eben so wenig seine Gesund„heit, sein Leben und sein Vermögen in Anspruch genom„men werden wird, um einen Krieg zu beginnen, ohne „erst seine Zustimmung dazu zu fordern, um ihn anzufan„gen, fortzusetzen und durch Friedensschluß ohne sein „Zuthun zu beendigen. In einem Staat ist diese (Ein„mischung in fremde Verfassung) nie denkbar und ganz „unmöglich, da er sich nur allein auf strengsten Schutz „jedes sittlichen Eigenthums gründet und es nur durch „diesen bedingt wird, daß er die Ruhe andrer Staaten, „Völker und Länder oder Reiche stören werde. (der Verf. hätte hinzufügen sollen, wie das Beispiel Roms und des republikanischen Frankreichs beweiset!) „Nur das Volk, „welches einen solchen Verein bildet, das sich solche Ge„setze selbst giebt, kann ein Staat genannt werden." (Wir

Digitized by Google

erfahren also, daß es ausser der Republik Marino bis jetzt noch gar keinen Staat auf der Welt gegeben hat und auch wohl fürs erste nicht geben wird!) „So verhält es sich „aber, meint der Verf., nicht mit einem Reiche, Lande „oder Volke, welche sich noch nicht zum Staate gebildet „haben. Hier können und werden wohl Gesetze herrschen, „da es aber noch sehr unbestimmt ist, ob sie der Ausdruck „des Willens eines Einzigen oder Mehrerer sind, und „ob sie nur gegeben sind, diese zu bereichern und ihren „Willen und Wünsche zu vollziehen; so ist es auch ein„leuchtend, daß wohl eine Verfassung angenommen sein „kann, aber es ist auch eben so deutlich einzusehen, daß „in selbiger allein auf die Vortheile, den Nutzen und die „Befriedigung der Herrschsucht des Herrschers gesehen „werden wird." (Freilich sehr klar! „Die Nähe eines „solchen Reichs, Volks oder Landes ist aber immer für „jeden angränzenden wirklichen Staat äußerst gefähr„lich, weil es immer über kurz oder lang von einem Er„oberer beherrscht werden kann, der kein fremdes Eigen„thum schont und bald Gelegenheit findet, ungerechte „Ansprüche zu ergründen. In sofern wäre es für die „Menschheit äußerst wünschenswerth, daß alle Reiche, „Länder und Völker sich in eigentliche Staaten um„formten — denn wären alle Länder, Völker und Reiche „solche eigentliche Staaten, so würde dem einen die „Verfassung des andern heilig sein und Kriege könnten „und würden dann nicht entstehen; man kann mit Si„cherheit behaupten, ein lange dauernder Friede würde „und müßte die Menschheit beglücken, denn über Eigen„thum könnte dann kein gegenseitiger Streit entstehen."

(Alles durch die Erfahrung bewährte, belegte und bestätigte Sätze; die neuere Geschichte Fraukreichs in dem Zeitraum, in welchem es das Glück hatte, ein würklicher und eigentlicher Staat zu sein, von 1791 — 1798, liefert hiezu die unwiderlegbarsten Beweise!!)

„Nur der einzige Fall wäre möglich zur Erregung ungerechten Zwistes, wenn ein Staat sich in die Verfassungs- und Regierungs-Angelegenheit eines andern Staats unaufgefordert mischte. So lange diese Aufforderung nicht geschieht, ist jede Einmischung ungerecht; denn ein fremder Staat kann unmöglich den Ausdruck des allgemeinen Willens der Individuen eines andern Staats kennen und enträthseln, um ihnen heilsame Gesetze zu ihrem Wohle und der eigentlichen Beglückung zu geben. Dieß ist ganz unmöglich. Eine Repräsentation aus ihrer eigenen Mitte, durch die klügsten, edelsten und geistreichsten ohne Unterschied der Geburt gewählt, ist nur im Stande, die ihrem Wohl ganz entsprechenden Gesetze zu entwerfen. Daher ist auch die Befolgung der Aufforderung zur Einmischung in benachbarte Staatsangelegenheiten immer für den auffordernden Staat selbst sehr mißlich und äußerst unzweckmäßig. Er wird hierdurch immer einer unrechten und unzweckmäßigen Gesetzgebung unterworfen. Wirkliche Staaten werden auch diesen Schritt keineswegs wagen, und er ist auch nie zu entschuldigen. Gerecht aber ist es, wenn wirkliche, eigentliche Staaten benachbarte Reiche, Länder und Völker auf irgend eine Weise vermögen, sich ebenfalls zu Staaten zu bil-

„den, und ihnen hiezu die Hülfsmittel eröff„nen, wie dieß möglich zu machen ist (wahr„scheinlich gehören auch Clubbisten, Propagenden ꝛc. zu die„sen Hülfsmitteln!). Denn nur dadurch wird allein „ihr eigenes Eigenthum gegen jeden will„kührlichen Eingriff in selbiges durch ein „solches Volk vermieden, indem es dann selbst „zur Gerechtigkeitsliebe entflammt, Eigen„thum als heilig schätzen lernt, und den Staat „seegnet, der es zu dieser Stufe des beglü„ckenden Friedens emporhob."

Hieraus ergiebt sich, daß der Verfasser den Staaten das Recht, in die Verfassung andrer Staaten sich zu mischen, keinesweges schlechthin abspricht, sondern vielmehr es ihnen zugesteht

I. auf Requisition des andren Staats

II. „um ihr eigenes Eigenthum gegen jeden will„kührlichen Eingriff in selbiges zu schützen."

Nur darin hat der Verf. eine gar eigene Ansicht, daß er im letztgedachten Falle dies Recht nur den „wirklichen oder eigentlichen Staaten" (d. h. den Republiken, höchstens etwa den sehr beschränkten Monarchien), keinesweges aber den andren Staaten, welche er Reiche oder Länder nennt, (d. h. den Monarchien, wenigstens nicht anders, als wenn sie mit republikanischen Elementen stark versetzt sind,) gestattet, es also eigentlich nur zum Zweck der allgemeinen Republikanisirung oder zu mehrerer Verbreitung der Constitutionssucht zuläßt, und hiernach die Einmischung in fremde Verfassungen zu diesem Zweck gerecht, allein von

Mo-

Monarchen, „um ihr eigenes Eigenthum gegen will„kührliche Eingriffe zu schützen, ausgeübt, ungerecht „hält."

Wir würden bei dieser unbedeutenden Abhandlung nicht so lange verweilt haben, wenn theils sie nicht die einzige eigene Erörterung dieses Gegenstandes wäre, theils aber nicht aufs neue bestätigte, daß gewisse Schulen, welche so gern die Welt überreden mögten, daß die, von ihnen gepredigte „Gleichheit der Rechte und vor dem Gesetze" wirklich ihr Ernst und nicht ein blosses Netz, um Schwache zu fangen, sei, diese Gleichheit der Rechte in der Würklichkeit nur dann gestatten, wenn sie ihre Zwecke fördert, und daß diese Schule, welche sich so eifrig bemüht, die Einmischung der europäischen Mächte in die Verfassung eines dritten Landes, jetzt, da es den Schutz rechtmäßiger Verfassungen gegen eine hochverrätherisch erschaffene Constitution und die Sicherung der europäischen Welt vor Anarchie und Zerstörung galt, als unbegründet und ungerecht darzustellen, sie doch für sehr begründet und sehr gerecht hält, wenn es darauf ankommt, andre Staaten zu republicanisiren, zu carbonarisiren und sonst zu revolutionisiren.

Die, in dieser Abhandlung aufgestellte, Theorie selbst ist allerdings völlig geeignet, in jeder vendita carbonaria ihr Glück zu machen, bei uns bedarf sie keiner Widerlegung, höchstens etwa der Bemerkung, daß sie auf das vollständigste in die Kathegorie des §. 6. gehört, und daß ein Volk, welches verworfen genug wäre, sie anzunehmen, weit entfernt einen Staat, dazu einen

würklichen und eigentlichen Staat zu bilden, nichts anders, als eine würkliche und eigentliche wilde Horde, und ihre Vertilgung und Ausrottung die Pflicht aller civilisirten Volker sem würde.

(1) In der Zeitschrift: Phosphorus, Jena bei August Schmidt 1819. 8. Zweites Heft. Abh. 10. S. 111 — 119; der Verfasser dieses Aufsatzes hat sich bedauerlich nur durch ein bloßes: J. unterzeichnet. Dieser Aufsatz scheint ursprünglich eine Abhandlung zu sein, welche in einem der, nach öffentlichen Nachrichten, damals an einigen Orten, besonders auf Universitäten, unter dem Namen: engere Vereine oder wissenschaftliche Bildungs-Vereine, bestandenen, politischen Clubbs bethörter Jünglinge verlesen worden ist. Irren wir nicht, so ist der Buchstabe J. der Anfangsbuchstabe des ersten Taufnahmen des Verfassers, der des zweiten würde F. sein, den des Familien-Namen lassen wir schon deshalb auf sich beruhen, weil der Verfasser mit dem leztren zu wechseln pflegt. Diese Zeitschrift, von welcher hier nur drei Hefte erschienen, scheint überhaupt größtentheils Abhandlungen, die in solchen Vereinen vorgelesen sind, zu enthalten; Wahl, Inhalt und Ausführung der Aufsätze, und, auch der Umstand spricht dafür, daß die Zeitschrift selbst grade in der Zeit der Blüthe dieser Vereine anfing, und so wie der Verein, den wir im Auge haben, mit dem dritten Monathe des Jahres 1819 endigte, schon mit dem dritten Hefte einging. Wenn unsre Hypothese gegründet ist; so liefern diese drei Hefte einen neuen wichtigen Beweis der Gefährlichkeit dieser Vereine für die Ruhe der Staaten und für ihre Fertigkeit, solche Corps der Minerva zu bilden, wie wir kürzlich in Turin, Grenoble u. a. a. O. als erste Carbonari-Vorposten gesehen haben.

§. 26.

V. Europäische Völker-Observanz.

A. Uebereinstimmung dieser Grundsätze mit derselben.

Die bisher vorgetragenen Grundsätze stimmen mit der Observanz unter den europäischen Mächten vollkommen überein.

Nach derselben ist unter den europäischen Mächten die Befugniß, in die Verfassung eines einzelnen Staats sich zu mischen, in den oben angeführten Fällen begründet und ausgeübt; sie gehört zu den unbestrittenen und unbezweifelten Grundsätzen des europäischen Völkerrechts.

Die, in den folgenden §§. angeführten, Fälle, die sehr leicht vermehrt werden könnten, belegen diese völkerrechtliche Observanz auf das vollständigste, indem sie, wie verschieden auch ihr Gegenstand sein mag, doch alle Bestätigungen der eben entwickelten Grundsätze sind.

(*) Fälle der, den Mächten für ihre Einmischung in die Verfassungs-Angelegenheit eines einzelnen Staats dargebrachten, Danksagung hat Moser V. d. V. R. Thl. VI. S. 326. und Günther, V. R. Thl. II. S. 378.

§. 27.

B. Einzelne Fälle, in welchen nach diesen Grundsätzen verfahren ist.

1. Die Mailändischen und Florentinischen Angelegenheiten (1529).

Schon die Angelegenheiten, in welchen eine allge-

meinere und höhere Politik sich mit zuerst entwickelte, die Italienischen im Anfange des sechszehnten Jahrhunderts, liefern ein Beispiel, daß die Berücksichtigung der Ruhe und Sicherheit Italiens die Entscheidung über die Regierungs-Verfassung einzelner Staaten geleitet habe (1).

(1) Bündniß zwischen Kaiser Karl V. und Papst Clemens VIII. vom 29 Jun. 1529: — memor caesarea Majestas, quod illius suae sanctitatis familia, Haeredes scilicet Laurentii de Medicis — in omnibus se gratissimos exhibuerunt — ideo conventum, quod — dicti Haeredes Laurentii ac familia sanctitatis suae de Medicis reducantur in patriam ac civitatem Florentiam integreque restituantur in eundem statum, dignitatem atque amplitudinem et ad gubernium et Regiminis ejusdem civitatis et reip. in quibus erant antequam proxime ejicerentur, quod quidem Sua Majestas efficiet non magis privati suae sanctitatis commodi et dignitatis causa, quam ad *evitandum ejus urbis periculum nec non ob publicam Italiae quietem, quam quum Sua Majestas summopere cupiat tranquillam ac pacatam reddere eodemque animo esse videat suam sanctionem, facilius id confici posse existimat, reipublicae Florentinae statu ad arbitrium suae sanctitatis constituto.* — Item quum status Mediolani initium turbationum praestitisse videntur — offert tamen (Majestas Caesarea) sua sponte *tum pro ipsius Italiae quiete, tum ut caeteri christiani Principes ad universalem Pacem facilius inducantur — vel alias de ipso statu Mediolano dispositurum prout magis Italiae quieti expedire videbitur* (*Du Mont* Corps diplomatique T. IV. P. 2. S. 1)

Digitized by Google

§. 28.

2. Die Angelegenheiten des deutschen Reichs (1551.).

Auch in den Angelegenheiten des deutschen Reichs sprach sich 1551 die Theilnahme fremder Mächte an der Verfassung desselben aus. Denn, als die Fortschritte der Waffen Karls des V. die Reichsverfassung bedroheten, eilte König Heinrich II. von Frankreich zum Schutz derselben und der, darauf gegründeten, deutschen Freiheiten, und schloß deshalb mit mehreren deutschen Fürsten am 5ten October 1551 ein Bündniß (1). Mais pour le second, heißt es im Eingange dieses Bündnisses, qui est de plus grande consequence, que nul autre és choses du monde, nous, les susdites Electeurs et Princes, avons considéré, par combien de pratiques l'Empereur tâche, partie secrètement, partie ouvertement et tend de plus en plus à trouver le moyen, comme il pourra contraindre les Electeurs etc. — et sujets de nôtre chere patrie, la Germanie, de tomber de leur ancienne franchise et liberté en une bestiale, insupportable et perpétuelle servitude, comme il a été fait en Espagne et ailleurs et ce en telle sorte, que deja il est venu à bout d'une partie de ses desseins et on, il n'y seroit obvié, pourroit aisement parachever le surplus. — Nous avons pesé, pensé et à la fin résolu, que plûtôt nous voulons attendre et endurer tout danger et necessité — — que cette infamie demeure plus longtems sur nous et par ce

pour d'autant mieux pouvoir vénir à bout de notre dessein sommes entrez de bon foi en intelligence qui s'ensuit avec Henri II. Très chrétien Roi de France — comme celui duquel les Prédecesseurs ont fait beaucoup de bien et d'avantage à la nation germanique. Ainsi nous voulons — avec force d'armes ôter de dessus nos têtes ce joug de bestiale servitude et remettre sur l'ancienne liberté et franchise de nôtre très chere patrie et nation germanique — les états du saint Empire, qui en cette entreprise se voudront joindre à nous faire secours, nous les recevrons amiablement — et emploierons nos forces avec eux. Mais ceux qui se mettront contre nous ou — secoureront l'Empereur — nous les poursuivrons avec l'épée, le sang, le feu et les armes — que pour avoir commis une telle infidelité contre la commune patrie de la nation germanique, ils recevront — la punition — meritée. Sans le sçu et consentement du Roi de France nous ne férons aucune paix ou trêve avec l'ennemi, semblablement ledit Seigneur ne fera — aucune paix ou trêve avec ledit Empereur sans le sçu et consentement de nous autres. — — Nous nous accorderons avec Sa Majesté d'une plus ample — intelligence pour avoir — perpétuelle protection et defense de S. M. — pour la conservation et augmentation de nos franchises et libertéz. Das Bündniß ſelbſt beſtimmte unter andern: Aussi à l'election de l'Empereur futur, nous y tiendrons telle mésure, q. il plaira à Sa Majesté et n'en

élirons point, qui ne soit ami de Sa Majesté et qui ne veuille continuer en bonne voisinage avec Elle et qui d'avantage s'oblige suffisamment de ce faire. Et quand lors la commodité dudit Seigneur seroit de vouloir accepter une telle charge, nous l'aimerons mieux qu'un autre. Der König unterschrieb und beschwor körperlich dieses Bündniß am 15. Januar 1552, und nahm den Titel eines Protectors der deutschen Freiheit an.

(1) *Du Mont*, C. d. T. IV. P. 1. Suppl. S. 31. und T. V. P. 2. S. 618. Lünig Reichs-Archiv. Thl. VIII. v. br. S. 293. ff. *Epistolae arcanae de foedere Mauritii Electoris saxon cum Gallis* (in *Menken*, scriptor. rerum germ. T. II. S. 1391 — 1446.). Die Reichsstadt Metz erwähnte, als der König Heinrich II. am 21. April 1552 die Huldigung persönlich einnahm, in der Huldigungs-Rede: ayant entendu de Vous que pour le bien du saint Empire, recouvrement et conservation de dite liberté, à été fait — entre Vous et les Princes de la dite Germanie ligue offensive et défensive (*Du Mont* a. a. O. T. IV. S. 33.)

§. 29.

3. Die innern Unruhen in Schottland (1572).

Bei den, in Schottland ausgebrochenen, innern Unruhen vereinigten die Kronen Frankreich und England sich durch den Tractat zu Blois v. 29. April 1572, (1) die schottische Verfassung aufrecht zu erhalten: il est conclu entre les dits Roi trés chrestien et sérénissime Reine d'Angleterre, étant mûs pour plus grandes causes de rendre en tranquillité l'état du royaume d'Ecos-

Digitized by Google

se, dissipé des differents, qui sont dans le païs, que on par les moyens et remèdes qui ont été pensez jusques ici par les dits Princes pour la pacification du dit Royaume, il se verra ne pouvoir rien avancer: en ce cas les dits Roi et Reine ensemblement et conjointement envoieront Ambassadeurs, lesquels interposant la faveur et puissance des dits Princes, auxquels la conservation et répos du Royaume d'Ecosse est en plus grande récommendation que à tous autres Princes chrêtiens, mettront peine diligemment et s'efforceront de reconcilier l'un avec l'autre les Ecossois qui sont en debat, de façon qu'en toute la nation d'Ecosse la paix ferme et générale soit restituée et que ce Royaume puisse persévérer en la très ancienne amitié et confédération de ces deux Princes et de leurs Royaunes et par ce moyen être remis en plus grande seureté et hors du danger des attentats et entreprises des Princes étrangers. Item est convenu, que les dits Princes n'entreprendront aucune chosé contre, au préjudice, ni dommage de la commune d'Ecosse — mais plûtôt feront et pourviront à tout ce qu'il apartiendra pour la [illegible]uition et conservation du dit Royaume sans s'éforcer de changer l'Etat contre les loix publiques, coûtumes et ordonnances des Etats d'Ecosse.

(1) *Dumont* C. d. T. V. S. 211

Digitized by Google

§. 30.

4. Die Streitigkeiten zwischen dem Landesherrn und den Landständen von Ostfriesland (1595 ff.)

England und die vereinigten Niederlande nahmen seit dem Schlusse des sechszehnten Jahrhunderts bis in das achtzehnte Jahrhundert Antheil an den Verfassungs-Streitigkeiten zwischen dem Landesherrn und den Landständen von Ostfriesland (1)

(1) J. J. Moser, Abhandl. verschiedener besondrer Rechts-Materien. St. II. S. 182 ff. enthält die, darüber entstandenen, Verhandlungen. Die General-Staaten der V. N. führten insonderheit folgende Gründe ihrer Einmischung an. 1. die Nachbarschaft, 2. wegen ihrer in Emden befindlichen Garnison, 3. weil verschiedene Niederländer unter der General-Staaten Garantie Kapitalien vorgeschossen hätten.

§. 31.

5) Die innern Streitigkeiten im deutschen Reiche (1612-1648.)

Die innern Streitigkeiten im Deutschen Reiche veranlaßten mehrere auswärtige Mächte, in dieselben sich einzumischen, um dadurch die Verfassung Deutschlands aufrecht zu erhalten.

Der König Jacob I. von Großbrittannien äußerte schon in dem, mit mehreren deutschen Fürsten am 28sten März 1612 geschlossenen, Bündnisse (1): comme ainsi soit, que pour diverses et grandes considérations tendantes au bien et répos communs, nous aurions trouvé bon, d'entrer en plus estroite

correspondance et alliance défensive réciproque avec plusieurs — Estaz uniz en Allemagne — comme ainsi soit que sur la proposition faite au nom des Electeurs, Princes et Estaz uniz à Jaques Roi de la Grande Brétagne — d'une alliance defensive et réciproque *pour la conservation de la grandeur, authorité et répos du Sainct Empire de S. M. Impériale et manutention des constitutions dudit Empire et de la liberté Germanique.* S. M. aye ou seulement approuvé et loué cette juste, bonne et chrestienne résolution des dits Electeurs — à l'effet — — que dessus, mais — Elle se seroit déclarée d'y voloyer entrer sous des conditions justes et raisonnables. Auch in dem, zwiſchen obgedachten beiden Theilen am 6ten May 1619 zu Weſtmünſter geſchloſſenen, anderweitigen Bündniſſe (2) heißt es im Eingange: comme ainsi soit, que pour diverses et grandes considerations tendantes au bien et répos commun, nous aurions trouvé bon de rénouveller la correspondance — — sçavoir faisons que sur la proposition faite à cette fin au nom desdits Electeurs, Princes et Estaz uniz — *a sçavoir pour la conservation de la paix et le répos commun de toute la christienté et pour la manutention de la grandeur et autorité de St. Empire, de Sa Majesté impériale et des constitutions, Priviléges et Droits dudit Empire, comme aussi pour l'affermissement — des droicts des Princes prétendantes au Juliers, Cleves* etc. — — nous avons rénouvellé et esclairé ledit Traité en la manière suivante, ſo wie der Vertrag unter andern be-

ſtimmt: cas advenant qu'à cause de l'union faicte — ou à cause de l'assistance et sécours que les dicts sieurs Electeurs — ont donné ou cy après pourront donner *pour la conservation de la legitime possession, droicts et justice de la cause des Princes interessés en la succession des Duchéz de Juliers Cleves etc. ils seroient assailliez ou molestés par voye de faict contre l'ordre de la justice et constitutions du Saint Empire*, nous promettons — de les assister, sécourir et defendre contre quelconque. Die Könige von Großbritannien und Dännemark, und die General-Staaten ſchloſſen am 9ten Dec. 1625 ein Bündniß (3): comme ainsi soit, que d'un commun consentement et en considération des mauvaises et très dangereuses menées, outrages, violences et oppressions, lesquelles dépuis quelques années — non seulement se sont menacées, mais aussi par guerre ouverte et de faicts executées contre *la pacification establie* et confirmée de temps en temps successivement par les Empereurs mêmes et *contre les autres constitutions fondamentales de l'Empire et les capitulations jurées:* tout ce qui concerne non seulement les Electeurs, Princes, villes et Estats d'Allemagne, mais aussi *par une inevitable consequence les Roys, Princes et Estats voisins, amis et alliés, à cause de l'interest qu'ils ont en la conservation desdites Paix, constitutions, capitulations et confirmations*, on a esté poussé et contrainct pour en temps obvier et empescher les cours trop violens et insupportables de ces mauvaises in-

Digitized by Google

tentions et oppressions *et pour le restablissement et conservation de la dite liberté, droicts et constitutions de l'Empire*, de s'opposer à une si evidemment approchante ruine et à tous ceux qui maintenant ou pour l'advenir en seront les auteurs. Die Contrahenten vereinigten ſich unter andern VI. que nul des confédérés ne pourra sortir de cette confédération devant que l'on aye obtenu le restablissement susdict en Allemagne. X. Et d'autant qu'il a pleu au Roy Chrestien de France de faire serieuses instances au Roy de Dannemarc par l'envoy de deux siens Ministrès afin de le disposér *pour prendre à la main le remède contre les pernicieuses menées et oppressions en l'Empire*: la Majesté dudit Roy très Chrestien sera — requise de vouloir — entrer en cette alliance ou bien de subvénir à l'entretien de l'armée du Roy de Dannemarc d'un bon et libéral subside, u. ſ. w.

Dieſe Grundſätze wurden auch in dem, zwiſchen König Guſtav Adolf von Schweden und dem Herzog von Pommern am 10/20 Julius 1630 geſchloſſenen, Bündniſſe (+) angenommen: après que nous Gustavus Adolphus — avons avec très grande compassion considéré les très griefves et inouies oppressions, que le dit Duc de Pomeranie avec ses Subjects et provinces a soufferts pendant trois ans et qu'entre la couronne de Suède et les Provinces de Pomeranie y avoit non seulement conjonction de sang et de réligion, mais aussi une très grande amitié et confiance par le moyen de commerce

mutuel exercé — de temps immemoriel — et principalement par une estroite confédération contractée entre nos Predecesseurs — en 1570 — aussi nostre grand interest à cause de la mer baltique. — Après avoir aussi considéré que la confédération pour la neutralité n'estoit assez solidement establie, nous avons estimé, quoyque non requis, devoir acourir au sécours dudit Seigneur Duc et de ses Estats pour — les délivrer d'oppression — et venger les machinations et injustes oppressions faites contre nous. Im III. Artikel wird beſtimmt: au moyen de ce présent Traité ne doit point estre reputé fait contre la Majesté sacrée de l'Empereur, n'y de l'Empire, mais plustost *en faveur de l'Estat de l'Empire pour le conserver en son ancienne forme, liberté, réligion et paix réligieuse et séculaire contre les tumultuaires et perturbateurs de la paix publique.*

Der König Guſtav Adolf äußerte zugleich in dem Kriegs-Manifeſt (5): il a esté jugé à propos de faire voir au monde les motifs — de son — entrée en Allemagne — sçavoir est le deissein perpétuel des Espagnols et maison d'Austriche à la monarchie universelle ou du moins à la conqueste des Estats — de la chrestienté d'occident et particulierement des Principautez et villes libres de la Germanie. — C'est ce qui en partie a donné sujet à S. M. de Suède de se mettre en mer — afin de conserver ses amis et rendre par tout ce climat là le trafic et commerce libre, y ayant esté convié

par quelques. — Etats de l'Empire avant mesme qu'ils fussent réduits entièrement dans la servitude et misere totale tant de soi, que des voisins, amis et alliez, qui est veritablement un effect de la charité et protection qu'un Prince prudent et généreux doit naturellement à ses propres sujets et plus proches voisins, prestes à tomber dans l'oppression, ne pouvant nean moins s'imaginer que les ennemis de la liberté publique se dussent jetter avec toute violence — — dans les pays d'autruy, — mais ayant seulement pris les armes pour le bien public, pour sa seureté et la conservation de ses amis, lesquels Elle désire remettre au mesme estat et franchise qu'ils estoient avant cette guerre et pour asseurer à l'advenir contre toute incursion de voleurs et pyrates le voisinage, la mer baltique et son royaume de Suède. Während des Krieges selbſt führte Frankreich unter den Gründen, dem mit Ferdinand II. 1630 entworfenen Frieden die Ratification verſagen zu müſſen, an (c): — par ledit Traité le Roi rénonce au secours de ses alliez d'Allemagne, des Pais bas et d'Italie et promet de ne point assister — ceux que l'Empereur déclarera ses ennemis et de l'Empire, sans distinguer si c'est à tort ou à droit, que l'Empereur les déclare pour tels; ce qui est de telle conséquence au Roi, qu'il vaudroit mieux qu'il eût rénoncé aux Duchez de Normandie et de Brétagne, que de rénoncer au droit qu'il a de ne laisser périr ses alliez, puisque leur conservation importe très grandement, comme l'on sçait, au ré-

Digitized by Google

pos et sureté de la France, so wie das, zwischen den Kronen Frankreich und Schweden am 13ten Januar 1631: „ad communium amicorum vicinorumque „*libertatem recuperandam*“ geschlossene, Bündniß (7) bestimmt: ut sit foedus inter praefatos reges pro defensione suorum resp. communium amicorum, securitate etiam maris Baltici et Oceani, libertate commerciorum nec non restitutione oppressorum Imperii Romani ordinum et ut fortalitia et propugnacula — demoliantur et in eum statum reducantur, in quo proxime ante hoc bellum germanicum fuerunt, und der Art. VII. der Allianz zwischen Frankreich und Baiern vom 30. Mai 1631 (8) äussert: tous lesquels articles le Roi très chrestien et l'Electeur de Bavière ont d'autant plus librement confirmé entr'eux — qu'ils sont permis de droit naturel et conformes à la Majesté royale et à la dignité électorale. Auch in dem, zwischen den Kaiser Ferdinand II. und dem Könige Philipp IV. von Spanien am 14ten Febr. 1637 gegen Schweden geschlossenen, Bündnisse (9) wird die Erhaltung der Reichsverfassung als Grund und Zweck desselben angeführt: In nomine S. S. T. foedus pro conservatione S. R. Imperii et confoederatorum. Quandoquidem omnium totius christiani orbis Principum et rerumpublicarum cumprimis interest, S. R. Imperium suo in statu ac pristina dignitate conservari, ideo foederis hujus finis esto, jam dicti S. R. Imperii ejusque capitis, Romanorum scilicet Imperatoris, nec non Electorum, Principum statuumque universorum,

Digitized by Google

qui ab hoc Imperii corpore non sponte sua separaverint, *legum quoque ac constitutionum atque imprimis Pacis publicae ac confoederatorum omnium conservatio*; eben dieſer Zweck iſt auch in dem, unterm 9ten April 1633 zwiſchen Frankreich und Schweden geſchloſſenen, Bündniſſe ausgeſprochen: la defense de leurs communs amis — que dès à présent comme à l'avenir on aura soin de leur (der deutſchen Reichsſtände) liberté, de leur dignité et de leur répos, que la seureté de la mer baltique et de l'océan sera conservée et sur tout que l'on travaillera pour établir et affermir une bonne et juste paix dans l'Empire romain (10), ſo wie auch in der Heilbronner Allianz zwiſchen Schweden und den proteſtantiſchen Fürſten von 13ten deſſelben Monats (11): „Dahin vereinbaren, daß „die ſämmtliche Conföderirte bei einander beſtändig und „treulich halten — bis die teutſche Libertät auch Ob„ſervanz, des heiligen Reichs Satzungen und Verfaſ„ſungen wiederumb ſtabilirt — werden — — haben „ſie — in Erwägung der Cron Schweden dabei verſi„renden Intereſſe — ſich bewegen laſſen und — verſpro„chen, mit allem Ernſt — ſich dahin zu bemühen und zu „bearbeiten, damit das vorgeſteckte Ziel, die Reſtaura„tion der bedrängten Churfürſten und Stände im heil. „Römiſchen Reiche und der ſo theuer erworbenen teut„ſchen Libertät — und den conföderirten Ständen an „dero Hoheit, Regalien oder hergebrachten Gerechtſamen „kein Nachtheil oder Abbruch — zugezogenen, ſondern „daſſelbe abgewendet werde.“ Hiemit ſtimmt auch die, zwiſchen Frankreich und Schweden am 15. Sept. 1633 abge-

geschlossene, Allianz (12) überein: ut horum (communium amicorum) libertati, dignitati et quieti nunc et imposterum consulatur, securitas maris balthici et oceani conservetur et maxime, ut in Imperio Romano aequa et secura pax, reservato cuique confoederatorum jure suo, stabiliatur. — — Quemadmodum — ita et in futurum praedictis statibus protestantibus omnia et singula jura, quae iis vel jure magistratus vel vi et respectu territorii, superioritatis aut jurisdictionis cujuscunque tam circa ecclesiastica, quam politica competere possunt, salva integra et illibata manere cupit sua Regia Majestas, so wie auch das Bündniß zwischen Schweden und den evangelischen Reichsständen vom 3ten desselben Mónats (13) überein: „sich in nähere Conjunction zu vereinigen, des „Heil. Römischen Reichs Formam und statum, wie auch „Hoheit, Würde und Libertät in Religion- und Profan-Sachen in Acht zu nehmen. — — Zur Conservation der werthen teutschen Liberalität sich vergleichen und vereinbahret," wie denn auch die, zwischen Frankreich und mehreren deutschen Fürsten am 1sten Nov. 1634 geschlossene, Allianz (14) enthält: et d'autant, que les Electeurs de Saxe et de Brandébourg et autres Princes et Etats de la haute et basse Saxe ont temoigné leur ardente affection pour maintenir la liberté commune et rétablir les Princes et Etats de l'Empire en leurs immunitez, privilèges et franchises selon les constitutions du Saint Empire, S. M. — aiant la même volonté, ont arresté, d'apporter

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Digitized by Google

tout ce qui dépendra d'eux pour — appuier leurs bonnes intentions.

Ludwig XIII. führte in dem Schreiben an den Herzog von Montbazon v. 9ten Juni 1635 (15) unter den Gründen seiner Kriegs-Erklärung gegen Spanien an: Les Espagnols par leurs armes et leurs pratiques et ménées sappoient et renversoient tous les fondemens de la liberté publique, allans ouvertement à leur prémier dessein d'assujettir l'Empire en forme de monarchie perpétuelle en la maison d'Autriche, tirans à leur party quelques uns des Electeurs et voulans perdre les autres. — Mais que depuis il (Ludwig XIII.) a êsté contraint de s'opposer aux injustices des Espagnols, qui voulant rendre l'Empire héréditaire à la maison d'Autriche ont fait reconnoistre tellement à découvert la prétension imaginaire u. s. w.

Gleiche Aeußerungen sind in mehreren andren, im Laufe des dreißigjährigen Krieges geschlossenen, Bündnissen enthalten, z. B. in dem vom 27. Oct. 1635. zwischen Frankreich und dem Herzog Bernhard v. Sachsen-Weimar (16): Le Roi aiant la mesme inclination — pour le restablissement de la liberté germanique et voulant donner moyens aux Princes et Estats — de se remettre en leur première vigeur pour parvénir à une paix générale, dés laquelle par l'intervention de S. M. ils puissent êstre rétablis en la jouissance asseurée de leurs libertez et privileges; und in dem, zwischen Frankreich und Hessen-Cassel am 22sten August 1639 ge-

Digitized by Google

schlossenen, Bündnisse (17): le Roi très chrestien — continuant son affection envers les Princes et les Estats de l'Allemagne et ses soins accoutumez pour leur conservation — pour le maintien des loix, privileges et libertez du Saint Empire. Diese Grundsätze wurden auch auf dem Westphälischen Friedens-Congresse und insonderheit in der, von den Kronen Frankreich und Schweden übernommenen, Garantie der Reichs-Verfassung vielfach und förmlich anerkannt.

(1) *Rymer* foedera, conventiones etc. T. XVI. S. 714. *Du Mont* a. a. O. T. V. P. 2 suppl.. S. 637.

(2) *Rymer* a. a. O. T. XVI. S. 160. *Du Mont*. T. V. P. 2. S. 332.

(3) *Londorp* acta publica T. III. S. 802. *Du Mont* a. a. O S. 482.

(4) Lünig Reichs-Archiv Pars spec. Cent. II. Abth. VI. St. 478. *Theatrum Europ.* T. II. S. 240. *Du Mont* a. a. O. S. 606.

(5) *Du Mont* a. a. O. S. 608.

(6) *Du Mont* a. a. O. S. 618.

(7) *Londorp* acta publica P. IV. Lib. 2. C. 57. S. 214. *Du Mont* T. VI. S. 1.

(8) *Londorp* a. a. O. T. III. S. 16. *Du Mont* T. VI. S. 14.

(9) *Du Mont* T. VI. St. 30.

(10) *Du Mont* a. a. O. S. 49.

(11) Lünig Reichsarchiv Pars sp. Abh. II. S. 290. *Londorp* Acta publ. P. IV. Lib. II. Cap. 17. S. 314. *Du Mont* a. a. O. St. 51.

Digitized by Google

(12) *Londorp* Acta publ. P. IV. C. 321. *Du Mont* T. VI S. 56

(13) *Londorp* a. a. O. P. IV. S. 442. Lünig a. a. O. Pars sp. Abth. II. S. 297. *Du Mont* a. a. O. S. 75.

(14) *Londorp* a. a. O. T. IV. S. 110. *Du Mont*. T. VI. S. 79.

(15) *Du Mont* T. VI. S. 105.

(16) *Du Mont* T. VI. S. 118.

(17) *Du Mont* T. VI. S 178.

§. 32

6. Nachmalige fortgesetzte Theilnahme Frankreichs, Schwedens und andrer Mächte an den innern Angelegenheiten Deutschlands.

Die auswärtigen Mächte, besonders Frankreich und Schweden, haben auch nachher in unzähligen Fällen ihre Theilnahme an den deutschen Reichs-Angelegenheiten fortgesetzt (1).

So schlossen Frankreich und Schweden am 24. Sept. 1661, pro mutua securitate et conservatione, firmitudine et observantia Pacis Monasteriensis et Osnabrugensis et pro conservatione ordinum Imperii in stabilita per eam pristina eorum auctoritate et dignitate, ein Bündniß (2), in welchem sie sich anheischig machten: instet uterqum conjunctim ac separatim apud Imperatorem statusque Imperii, ut quidquid tum instrumentis dictae Pacis, tum recessu executorio sancitum est, absque dilatione executioni debitae mandetur; si quis praefatae Paci universali quicquam in contrarium egerit, confoederati Reges contravento-

rem amicabiliter dehortabuntur et deinceps, si haec dehortatio frustanea fuerit, cum statibus Imperii vel ordinaria ejus Deputatione hac de re communicabunt, cum iis conjunctim et communicatis consiliis omnibus mediis efficere studebunt, quo parti laesae de plenaria libertate et securitate prospiciatur illaque non minus ac reliqui in suis juribus, dignitatibus ac privilegiis nullum praejudicium patiatur sed juxta Pacis instrumentum manuteneatur. Dieſes Bündniß ward durch den Vertrag vom 3ten Januar 1663 (2) erneuert und dabei beſtimmt: qu'il aura en tout temps et en tout lieu un soin particulier pour maintenir la garantie de la paix et des traités publics, qui regardent la conservation de la tranquillité commune et en particulier tant de la Paix d'Allemagne faite en Osnabrug et à Munster, que du traité de Paix fait à Olive et du Traité de Copenhague.

Schon vorher hatte Frankreich unterm 15ten Auguſt 1658 mit mehreren deutſchen Reichsſtänden die, nachher oft erneuerte, Rheiniſche Allianz (3) geſchloſſen: pour leur défense mutuelle et pour la conservation de la tranquillité publique dans l'Empire, nach welcher: il y aura entre le Roi T. C. et lesdits Electeurs et Princes une sincere et ferme union pour ce qui regarde la Paix de Munster et d'Osnabrug et une obligation reciproque pour leur mutuelle defense — cette alliance ne s'étendra pas plus loin, qu'à ce que le traité de paix les oblige les uns envers les autres — et ils jouiront de cette seureté tant publique, que

particuliere u. ſ. w. So ſchloß Frankreich am 18ten Dec. 1664 mit dem Herzog von Mecklenburg-Schwerin einen Protections-Vertrag (5), worin es demſelben verſprach: de le defendre et de s'employer de tout son pouvoir pour le garantir de toute oppression et violence — conformement au Traitéz de Westphalie et de le maintenir dans la possession et jouissance desdits Estats, droits etc.

Der, zwiſchen Ludwig XIV. und dem Churfürſten von Cölln am 23. April 1666 geſchloſſene, Tractat (6) äußert: Comme S. M. T. Ch. a jusques ici témoigné dans toutes les occasions, combien Elle avoit à coeur l'exacte observation du Traité de Munster et le repos de l'Empire etc. ſo wie der Vertrag zwiſchen Schweden und Churſachſen vom 6. Jul. 1666. (7): que vû les dangereux mouvemens qui se manifestent de toute part tant au dedans qu'au dehors de l'Empire, il étoit extremement necessaire de veiller à temps à la conservation et maintien de la précieuse paix du Saint Empire comme aussi des Pais et prérogatives d'iceluy et de penser par cet effet une plus étroite intelligence. C'est pourquoy S. M. comme Roy et principalis compaciscens de la Paix de Westphalie et Sa Sérénité Electorale pour procurer une bonne paix et tranquillité et pour la conservation de tous les Articles de la Paix de Münster et le droit d'un chacun, ensemble pour le maintien de la liberté de la réligion — sont convenus — —.

Auch in ſpätern Zeiten erfolgten noch mehrere Fälle einer ſolchen Dazwiſchenkunft. So übergab z. B. der

Digitized by Google

Französische Gesandte am 14ten März 1757 der Reichstags-Versammlung die Erklärung: „der König habe nicht „ohne äußerstes Mißvergnügen sehen können, daß sich „in Teutschland ein Krieg erhoben, der — den Umsturz „der Gesetze und Constitutionen des Reichs und des „westphälischen Friedensschlusses und der Reichsgrund-„verfassung androhet. Diesem gegenwärtigen Uebel nicht „nur abzuhelfen, sondern auch denen, welche mehr ent-„stehen könnten, vorzubeugen, haben verschiedene „Reichsstände die Kronen Frankreich und Schweden er-„sucht, dero übernommene Garantie der westphälischen „Tractate zur Ausübung zu bringen. Da nun beide „Mächte von gleicher Begierde sich belebt finden, — die „Reichsverfassung aufrecht zu erhalten — oder — er-„klärt der König, daß Ihro K. Majestäten als Garants „der westphälischen Friedens-Tractaten alle in ihrer „Macht stehende Kräfte anwenden werden — damit die „deutsche Freiheit auf dem Grund des Westphälischen „Friedens-Schlusses — in Sicherheit gestellt wer-„de (8)."

(1) Vergl. Moser, teutsches auswärtiges Staatsrecht. S. 105. ff.

(2) *Du Mont*, C. d. T. VI. P. 2. S. 382.

(3) Daf. S. 448.

(4) Daf. S. 239.

(5) Daf. S. 480.

(6) Daf. Suppl. S. 110.

(7) Daf. S. 112.

Digitized by Google

(8) Moser, V. d. V. R. Thl. X. B. II. S. 562. die Königl. Schwedische Erklärung von gleichem Inhalt und Tage daselbst. S. 564.

§. 33.

7. Der Abfall der vereinigten Niederlande.

Auch der Abfall der vereinigten Niederlande erregte die Theilnahme andrer Mächte an ihrer Selbstständigkeit und Verfassung (1).

(1) Die Königinn Elisabeth erklärte unter andern: sie halte sich verbunden, die Niederlande in der Vertheidigung ihrer Freiheit zu unterstützen, weil dies das einzige Mittel sei, den Engländern den freien Handel mit den Niederlanden zu erhalten, und England gegen spanische Invasionen zu sichern: (Hohm, Materialien zur Statistik IVte Lieferung S 33. ff); Frankreich äusserte unter andern in dem Allianz-Tractat mit den Vereinigten Niederlanden: Voulans contribuer à ce que lesdits Etats jouissent enfin d'un répos asseuré et considerans que les Provinces qui sont possedées par les Espagnols aux Pays Bas leur donnent la commodité de troubler la chrestienté et specialement la paix et la tranquillité de nos Estats — outre que nous ne pouvons voir sans compassion la dure et miserable servitudé, dont lesdites Provinces sont oppressées, nous nous sommes bien volontiers portées — pour réduire lesdits Espagnols à tels termes, qu'ils ne puissent plus se prévaloir des dites Provinces des Pays Bas pour nuire aux uns et aus autres — voulons — aider les peuples des Pays Bas à se délivrer de la dure servitude où ils sont soumis par les Espagnols. — Les deux armées devant qu'entrer dans les Païs Bas, les peuples d'iceluy seront

conviez de se joindre à la cause commune et chasser de leurs villes les Espagnols et leurs adhérans pour se mettre en liberté ce qu'effectuant — — lesdites *Provinces demeureront jointes et unies en un corps d'Estat libre avec tous les droits de souveraineté.* — — Et parce qu'il pourroit arriver que les susdites Provinces des Païs-Bas maintenant assujetties au Roy d'Espagne ne voudroint pas contribuer ce qu'elles pourroient à leur liberté, ainsi nonobstant la requisition qui leur en seroit faite, demeureroient adhérans aux Espagnols et favoriseroient leurs mauvais desseins, le Roy et lesdits Seigneurs Estats, considerant qu'en, ce cas ils sont obligez de pourvoir à la seurêté desdites Provinces et de prévenir les maux, qui leur pourroient arriver pour leur vouloir procurer du bien etc. etc. (in *Du Mont*, T. VI. p. 1. S. 80.).

§. 34.

8. Regierungs-Veränderung in Portugal (1640).

Die, 1640 in Portugal zum Vortheil des Hauses Braganza erfolgte Thronveränderung erregte die Theilnahme der europäischen Mächte, von welchen Frankreich, Großbritannien, Schweden und die vereinigten Niederlande den neuen König anerkannten, und mit demselben gegen Spanien sich verbanden. In dem, zwischen Portugal und den vereinigten Niederlanden am 12. Jun. 1641 geschlossenen, Bündnisse (1) heißt es unter andern: Subditi et vasalli ejus coronae (Hispanniae) — injustum illud ac intolerabile jugum — excusserunt — communi applausu Johannem quartum Regem elegerunt. — Domini ordines generales quoque passive pro comperto habentes intolerabilem

tyrannidem et perdura onera Castellae Regis pariterque ejus nefarium institutum ad consequendam monarchiam multo seculo jam super universa Europa jactatam, in commodum boni publici dijudicarunt expedire laudabili ac honesto Regis Johannis quarti proposito succurrere cumquo eo inire — hoc pactum et tractatum — —

(1) *Du Mont*, T. VI. S. 215.

§. 35.

9. Die Revolution in England (1649.)

Wenn gleich die damaligen innern und äussern Verhältnisse der größern europäischen Staaten denselben keine rege Theilnahme an den, in der Mitte des siebzehnten Jahrhunderts in England vorgefallenen, Veränderungen der Staatsverfassung gestatteten; so unterblieb doch diese Theilnahme nicht gänzlich. So äußerten z. B. die General-Staaten der vereinigten Niederlande in der, gegen Großbritannien unterm 2ten August 1652 erlassenen, Kriegs-Erklärung (1): Reconnaissans que toutes puissances souveraines et légitimes, comme estans ordonnées de Dieu pour procurer — le bien de leurs subjects, sont obligées non seulement de les gouverner avec modération, tenir bon ordre en leur police, *prévenir ensuite sagement et detourner avec prudence tout ce qui au dehors est capable de troubler leur répos, les grever on leur apporter quelque dommage* — — — voyans que la nation angloise depuis quelque temps s'étoit meue contre elle mê-

Digitized by Google

me, dechirée en divisions et animée del fureur les uns contre les autres, non seulement nos coeurs en ont été remplis de tristesse et nos esprits de marissement, éloignants de nous toute sorte de partialitez par lesquelles nous eussions pû irriter l'un on l'autre des parties contre nous: ains avons donné les ordres nécessaires pour empescher autant que faire se pouvoit, que de nos Provinces on ne transportast rien qui pût attiser le feu allumé parmy eux, aggrandir leurs playes et rendre leur guerison plus difficile et moins possible. — — — Mais — mis les affaires en tel état que le Gouvernement de l'Angleterre a pris tout une autre forme que la précedente, u. s. w.

(1) *Du Mont*, T. VI. P. 2. S. 31.

§. 36.

10. Staats-Verfassung der vereinigten Niederlande (1654)

In einem geheimen Artikel des, am 4ten Mai 1654 zwischen England und den vereinigten Niederlanden geschlossenen, Bündnisses (1) ward bestimmt: „die Staaten „von Holland und Westfriesland haben sonderlich gese„hen — — auf die sonderbare Beysorge Sr. Hoheit (Crom„wells) umb deßwillen, daß wenn Herrn Prinzen von „Orange oder dessen Nachkommen, als Descendenten des „Hauses Stuart, hiernegst einmahl dieses Staats höchste „Aempter deferirt werden sollten, daraus umb verschie„dener respecten willen leichtlich groß Mißtrauen und

„Jalousie zwischen beiden Nationen entstehen und dieselbe „Nationen consequenter, sonderlich, wenn das Abgehandelte dadurch geschwächt und unkräftig gemacht „werden sollte, leichtlich wiederumb in einen schweren „und betrübten Krieg verfallen könnten, bey sich zu haben „ofter mahlen sich verlauten lassen. Gleichwie nun hochgemelte Herren Staaren solches in allewege zu verhüten „suchen, also damit dieselben das vorberührte Unglück „praecaviren und fernerer Christenblutvergießung zuvorzukommen, vornehmlich aber auch hochgemelte Sr. Hoheit über Dero vorerwehnten Bekümmerniß und tragender Beysorge contentiren und befriedigen und also den „Effect des vorbesagten Tractats in der That genießen, „zugleich auch denselben beiden Nationen zum Besten „ewiglich machen mögen, haben sich dahin erklären wollen, daß sie den vermelten Herrn Prinzen von Orange „oder Jemand von seiner Linie nimmermehr zum Statthalter oder Admiral über ihre Provinzen erwählen, noch, „so viel das Gutachten ihrer Provinz einwilligen wolle, „daß derselbe jemahls zur General-Kapitainschaft über „die Milice dieser Lande erwählt werde, gestellt sie sich „hiermit, in der besten Form dazu obligiren.

(1) *Londorp* Acta publica T. XVII. S. 902 und *Du Mont* (d. T. VI. P. 2. S. 79.

§. 37.

21. Die innern Angelegenheiten Frankreichs (1674.)

Als die Stände von Guienne, Languedoc, Dauphin-

Digitized by Google

und Provence mit der Krone Frankreichs wegen ihrer Steuer- und andrer Freiheiten in Streitigkeiten geriethen, nahm König Karl II. von Spanien sich der erstern an und schloß mit ihnen zu Madritt am 23. Jul. 1674 einen Protections-Vertrag (1)

(1) *Du Mont* C. d. T. VIII. S. 277.

§. 38.

12. Die Wahl des Churfürsten von Cölln (1689.)

Frankreich mischte sich so bedeutend in die Wahl des Churfürsten von Cölln, daß auch dies 1689 unter den Gründen des Krieges zwischen dem deutschen Reiche und Frankreich angeführt ward (1).

(1) *Du Mont* C. d. T VIII. P. 2. S. 212. Moser teutsches Staats-Recht Bd. III. S. 304, u. dessen teutsch. auswärtiges Staats-Recht S. 213. v. Steck Versuch über verschiedene Materien politischer und rechtlicher Kenntnisse. Berlin 1783. 8.

§. 39.

13. Die Verfassung Polens.

Als äussere und innere Verhältnisse, die Sicherheit und die Verfassung Polens bedroheten, schlossen Schweden und Chur-Brandenburg am 10ten Febr. 1668 ein Bündniß (1), in dessen zweitem Artikel festgesetzt ward: et quoniam amborum quoque confoederatorum interest in vicinia, praesertim vero in Polonia tranquillitatem pacemque manere inconcussam eidemque conservandae atque tuendae communem sedulamque operam,

impendent; prospecturi, qua fieri poterit, ut Regno Reiquepublicae Poloniae quocunque eveniente casu jura atque Privilegia relinquantur integra atque illibita.

(1) *Du Mont* T. VII. P. 2. S. 123.

§. 40.

14. Die Staats-Veränderung in Großbrittannien (1688.).

Als der Prinz Wilhelm von Oranien 1688 in England landete, führte er in der, an die Englische Nation unterm 10ten Octob. 1688 erlassenen, Proclamation (1) als Gründe dieses Schrittes an: C'est une chose certaine et manifeste, que la Paix publique et le bonheur d'un Etat — ne peut être conservé quand les loix, les Libertez et les coutumes, qui y sont establies par une Puissance legitime, sont ouvertement violées et aneanties, surtout quand on prend à tâche de changer la Réligion et d'en introduire une autre qui est condamnée par les loix. Cela estant, ceux qui sont immediatement les plus interessez en cette affaire, sont indispensablement obligez de prendre garde, que les loix, les libertez et les coûtumes, et sur tout la Réligion et le culte de Dieu qui est établi soient maintenus et conservez. Ils doivent aussi prendre un soin effectif que les sujets de ces Païs — ne soient pas dépouillez de leur réligion et de leurs droits civils. Cette précaution est d'autant plus nécessaire, que la grandeur et la seureté

Digitized by Google

des Rois, des familles royales et de tous ceux qui sont en autorité aussi bien que le bonheur des peuples et de leurs sujets depend d'une manière toute particulière de l'exacte observation et du maintien de leurs Loix, de leurs libertez et de leurs coûtumes. Suivant donc ce principe, nous n'avons pû diferer plus longtemps à déclarer, que vous voyons a nôtre grand régret que les Conseillers — du Roi se sont rendus maitres de la réligion, les Loix et les Libertez de ces Royaumes et ont assujetti tout ce qui regarde la conscience, les libertez et les proprietez à un Gouvernement arbitraire. — Quand nous considerons donc la misère ou cette nation est reduite aujourd'huy. — — — — — Mais afin que nôtre dessein soit si evident — nous déclarons que nôtre intention est de garantir ce royaume de tout danger du Papisme, du pouvoir arbitraire à l'avenir, et pour la délivrance des misères à quoy il est présentement exposé, de travailler à l'affermissement de cette garantie et de cette délivrance par l'entremise du Parlement et cela sur de très solides fondemens à l'égard de leur réligion et pour leurs interests temporels de redresser le tout — qu'on ne retombe plus dans tous les malheurs susmetionnez.

In der, am 29sten Sept. 1688 an die Marine gerichteten, Proclamation sagte der Prinz von Oranien (2): Nous n'avons point d'autre vue, que la conservation de la réligion protestante et le restablissement des Loix et libertez du Royaume d'Angleterre,

Digitized by Google

so wie die, in der Erklärung vom 10ten October 1688 angeführten, Gründe in der Declaration vom 24sten Oct. 1688 (3) noch ausführlicher entwickelt wurden.

Auch die General-Staaten der vereinigten Niederlande erklärten unterm 28. Oct. 1688 ihren Beitritt zu den Maasregeln des Prinzen von Oranien, und führten dabei an: si cette inique conduite des mauvais Conseillers du Roi d'Angleterre venoient à être poussée plus avant, et le danger des malheurs qui en sont à craindre à s'augmenter, cela inspireroit une telle défiance et aversoin contre le Roi, qu'on auroit à en attendre un désordre et une confusion générale dans le Royaume. — d'autant plus que Son Altesse le Prince d'Orange étoit persuadée que la prosperité de cet Etat (der Vereinigten Niederlande) *qui luy est aussi confié, avoit un grand interêt, que le sdsdit Royaume demeurât sans troubles et que la méfiance d'entre le Roi et le nation vinssent à cesser.* S. A. — avoit — demandé l'assistance de Leurs Hautes Puissances. L L. H. H. P. P. après avoir considéré — que si le Roy de la Grande Bretagne venoit à parvenir à son but et à obtenir un pouvoir absolu sur ses peuples, les deux Rois unis ensemble (de France et de Grande Bretagne) par interêt d'Etat et en haine de la réligion protestante ne tâchassent de bouleverser cet état et de le détruire s'il étoit possible, — ont résolu de louer S. A. de son dessein et de lui accorder pour assistance quelques vaisseaux et Troupes en qualité d'auxiliaires; en consequence S. A. declara à L. L. H. H. P. P. qu'elle

qu'elle est resolue — de passer en Angleterre non dans le moindre vue on intention — de détrôner le Roy, ni bien moins de s'en rendre le maitre ou de faire préjudice à la succession legitime — mais seulement et uniquement de sécourir la nation, de retablir les loix et privileges, ensemble de conserver leur réligion et liberté. — (3).

(1) *Du Mont*, T. VII. P. 2. S. 198.

(2) *Du Mont*, a. a. O. S. 200.

(3) *Du Mont*, a. a. O. S. 201.

(4) *Du Mont*, a. a. O. S. 205.

§. 41.

25. Spanische Succession (1700.).

Auch die Spanischen Successions-Verhandlungen enthalten eine Bestätigung der Einmischung der übrigen Mächte in die Verfassung eines andern Staats, indem die Rücksicht auf die, für das ganze europäische Staaten-System aus der Vereinigung der Spanischen Monarchie mit der Oesterreichischen oder Französischen besorglichen, Gefahren die übrigen Mächte bestimmte, auf eine Veränderung der, auf den Rechten des Geblüts oder des Testaments gegründeten, Erbfolge zu dringen (1).

(1) Moser, V. d. V. R. Thl. I. S. 123. ff. und Günther, V. R. Thl. II. S. 84. Vergl. *Du Mont*, C. d. T. VIII. P. 1. S. 315. 325. 340. 394. und P. 2. S. 39.

Digitized by Google

§. 42.

16. Succeſſion in beide Sicilien, Toscana und Parma.

Eben dieſes geſchah durch die, in der erſten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts in Anſehung der Succeſſion in beide Sicilien, Toskana, Parma und andre italieniſche Staaten zwiſchen andren Mächten geſchloſſenen, Verträge (1).

(1) Moſer, V. d. V. R. Thl. 1. S. 121.

§. 43.

17. Succeſſionsrecht des Hauſes Hannover auf den Großbrittanniſchen Thron (1713.).

Auch das Succeſſionsrecht des Hauſes Hannover auf den Großbritanniſchen Thron iſt, als ein, die Ruhe Europens beſonders intereſſirender, Gegenſtand von den europäiſchen Mächten mehrmals erwogen und anerkannt.

Schon der, am 29ſten Oct. 1709 zwiſchen Großbrittannien und den Vereinigten Niederlanden geſchloſſene, Allianz- und Barriere-Tractat (1) erklärte: La Reine de la Grande Bretagne et les Etats généraux des Provinces unies aiant considéré combien il importoit au répos et à la sûreté de leurs Royaumes et Etats et à la tranquillité publique, de maintenir et d'assurer la succession à la couronne de la Grande Bretagne, telle qu'elle est presentement établie par les Loix du Royaume et S. M. et lesdits Seig-

Digitized by Google

neurs Etats généraux appréhendant avec juste raison les troubles et les malheurs qui pourroient survenir au sujet de cette succession, s'il se troûvoit un jour quelque personne ou quelque puissance qui la revocât en doute. — — Pour ces dites raisons Sa dite Majesté Reine de la Grande Bretagne — a jugé á propos d'entrer avec les Etats généraux dans une alliance et confédération particulière, dont la principale fin et l'unique but seront le répos et la tranquillité publique et de prévenir par des mesures prises a tems tous les évenemens qui pourroient exciter un jour de nouvelles guerres, und beſtimmte im Art. 2: La succession à la couronne d'Angleterre aiant eté reglée par un acte du Parlement ———— dans la ligne de la Séréhissime maison de Hanovre — — et aucune puissance n'ayant droit de s'opposer aux Loix faites sur ce sujet par la couronne et le Parlement de la Grande Bretagne: s'il arrivoit néanmoins — que quelque personne ou quelque Puissance ou Etat prétendit revoquer en doute l'établissement que le Parlement a fait de ladite succession dans la Ser. maison de Hanovre, de s'opposer à ladite succession, d'aider ou de favoriser ceux qui s'y opposeroient soit directement ou indirectement, par une guerre ouverte ou en fomentant des séditions et conspirations contre celle ou celui, en faveur de qui la couronne de la Grande Bretagne seroit ouverte, conformément aux actes susdits: les Etats généraux — s'engagent et promettent d'assister et de maintenir dans la dite succession celle

Digitized by Google

ou celui à qui elle apartiendra en vertu desdits actes du Parlement etc.

Diese Bestimmung ward nicht allein durch das Bündniß der gedachten beiden Mächten am 30sten Januar 1713 (2) erneuert, sondern auch in den Utrechter Friedens-Schluß vom 31. März und 11. April 1713 (3) aufgenommen, indem derselbe (Art. IV.) festsetzte: Et pour affermir de plus en plus l'amitié etc. et pour prévenir tous prétextes de défiance qui pourroient naistre en quelque tems que ce soit à l'occasion de l'ordre et droit de succession héréditaire établie dans le Royaume de la Grande Bretagne de la manière qu'elle a été limitée par les Lois de la Grande Bretagne — en faveur de la — Princesse Sophie — et ses héritiers dans la ligne protestante d'Hanovre: et afin que cette succession demeure ferme et stabile, le Roy T. C. reconnoist sincerement et solemnellement ladite succession au Royaume de la Grande Bretagne limitée comme dessus — — et de ne reconnoistre jamais qui que ce soit pour Roy ou Reyne de la Grande Bretagne si ce n'est ladite Reyne et ses successeurs selon l'ordre de ladite limitation. — —

Eben diese Verbindlichkeit übernahm auch der König von Spanien in den Art. V. und VI. des, zwischen ihm und Großbrittanien zu Utrecht am 2/12 Jul. 1713 geschlossenen, Friedens (4).

Die Quadrupel-Allianz vom 2ten August 1718 (5) XI. Artikel und die Aachner Friedens-Präliminarien vom 21sten May 1748 (6), so wie

der Art. XIX. des Aachner Friedens-Tractats vom 28. Octob. deſſelben Jahres (7) beſtätigten dieſe Beſtimmung.

(1) *Du Mont*, T. VII. S. 243.

(2) Daſelbſt. S. 322.

(3) Daſelbſt. S. 340.

(4) Daſelbſt. S. 393.

(5) Daſelbſt. S. 554.

(6) *Wenck*, T. II. S. 515.

(7) *Wenck*, a. a. O. S. 358. Vergl. Moſer, V. d. V. R. Thl. I, S. 88.

(*) Vergl. über die Reclamation dieſer Garantie Moſer, V. d. V. R. Thl. X. B. 1. S. 34. 48. 50. 55 — 57. 67. Die Generalſtaaten erfüllten 1744 die Garantie, und äuſſerten dabei: LL. HH. PP. prennent un si grand interêt à la conservation et au bien de S. M. et de ses Royaumes et à ce qu'aucune Puissance étrangère n'y porte du trouble, ni qu'il se fasse aucune innovation à leur présente constitution, telle qu'elle a été établie par les Loix, faisant d'ailleurs attention non seulement aux traités et aux alliances qui les obligent à maintenir S. M. dans son gouvernement légitime et ses Royaumes dans la possession de leur liberté et de leur réligion, mais aussi à leur propre interêt, comme jugeant que la conservation de leur état, de leur liberté et de leur réligion depend en très grande partie de l'étroite union et des alliances entre la couronne de la Grande Bretagne et leur république (Moſer, a. a. O. S. 57.).

Digitized by Google

§. 44.

18. Religions-Angelegenheiten in Polen (1718.).

Als 1718 und in den folgenden Jahren die Verfassungsmäßigen Gerechtsamen der Dissidenten in Polen beschränkt wurden, nahmen Rußland, Großbrittannien, Preußen, Dännemark, Schweden und die Generalstaaten derselben sich lebhaft an (1).

(1) Moser, V. d. V. R. Thl. VI. S. 206. ff.

§. 45.

19. Oesterreichische Pragmatische Sanction.

Die Succession in die Oesterreichischen Erbstaaten und die, darüber erlassene, pragmatische Sanction ist ebenfalls ein Beweis der Theilnahme fremder Mächte an den staatsrechtlichen innern Verhältnissen, und besonders an der Thronfolge in einem andren Staate (1).

(1) Moser, V. d. V. R. Thl. II. S. 101. ff.

§. 46.

20. Succession in beide Sicilien (1758).

In Ansehung der Succession in beide Sicilien vereinigten Oesterreich und Frankreich sich in dem Versailler Bündnisse vom 30sten Dec. 1758 (1): les hautes parties contractantes persuadées, qu'il n'est pas moins important pour le maintien de la tranquillité générale d'assurer dans tous les cas la succession aux Royaumes de Naples et de Sicile et de suppléer

à ce que les Traités antérieurs contiennent ou laissent d'incertain à cet égard, s'engagent et promettent mutuellement d'agir d'un parfait et commun concert entre Elles et avec le Sérénissime Infant Duc de Parme auprès de S. M. le Roi des deux Siciles pour prendre et établir avec Sa dite Majesté Sicilienne les arrangemens et mésures nécessaires pour fixer et assurer pour toujours l'ordre de la susdite Succession de manière à écarter pour jamais toute incertitude et contestation à cet égard.

(1) *Wenck*, Codex juris gentium. T. III. S. 185. Moser, V. d. V. R. Thl. 1. S. 121. und Beiträge, Thl. 1. S. 164. ff.

§. 47.

21. Succession in Parma (1758).

Der eben gedachte Allianz-Tractat nahm auch auf die künftige Succession in Parma Rücksicht, indem er darüber in Art. XV. bestimmte: dans l'entière confiance que les arrangemens pris par les articles précédens produiront l'effet désiré de rendre le calme à l'Europe et de rétablir sur un pied solide et durable, les hautes parties contractantes pour en assurer mieux la durée et la perpétuer en tant qu'il peut dependre d'Elles, ont cru devoir prendre dès à présent des mésures salutaires et conciliatoires sur des objets qui pourroient par la suite donner lieu à des discussions épineuses et peût être dégénerer en une guerre ouverte. En consequence les dites hautes parties contractantes u. s. w. (1).

Digitized by Google

(1) *Wenck*, a. a. O. T. III. S. 194. Vergl. Moser, V. d. V. R. Thl. 1. S. 134. ff.

48.

22. Römische Königswahl 1758.

Der Art. XIX. des, in §. 46. gedachten, Bündnisses bestimmt: les hautes parties contractantes ayant considere que rien ne seroit plus propre pour conserver la tranquillité dans l'Empire — que d'écarter les dangers d'un interregne, en adoptant la sage maxime fondée sur les constitutions germaniques — d'assurer à l'Empereur un Successeur immediat en la personne d'un Roi des Romains, S. M. l'Impératrice Reine se propose de faire le plutôt qu'il sera possible les démarches nécessaires pour effectuer — l'élection d'un Roi des Romains en faveur du Seremissime Archiduc et S. M. très chretienne promêt de seconder et — d'employer ses bons offices — pour que la susdite élection se fasse à la satisfaction des hautes parties contractantes et conformement aux dispositions des constitutions de l'Empire (1).

(1) Moser, Beiträge. Thl. 1. S. 302. ff.

§. 49.

25. Polnische Königswahl (1758).

Eben dieser Allianz-Tractat bestimmte in Art. XX: par les mêmes motifs du maintien de la tranquilité générale S. M. très chretienne et S. M. l'Imperatrice Reine sont convenues entre Elles, de ne prendre aucunes mésures par rapport à la future

Digitized by Google

élection d'un Roi de Pologne que d'un commun concert et que ces mésures n'auront d'autre but que de maintenir de plus en plus la liberté de la nation polonoise. Conformement à ces principes et au désir sincer que Leursdites Majestés ont de contribuer en toute occasion à l'avantage de S. M. Polonoise et de Sa maison royale, Elles déclarent dès à présent que si dans la future élection d'un Roi de Pologne, le choix libre de cette république vénoit à tomber sur un des Sérénissimes Princes de la maison électorale de Saxe, Elles en seroient pleinement satisfaites et l'appuyeroient de leur mieux (1).

(1) Vergl. auch Moser, Beiträge. Thl. 1. S. 317. ff.

§. 50.

24. Die innern Unruhen auf der Insel Corsika (1764.).

Bei den, auf der Insel Corsika ausgebrochenen, innern Unruhen ersuchte die Republik Genua den französischen Hof um ein Hülfs-Corps; leztrer bewilligte es: pour faciliter de concert avec les répresentans de la république le rétablissement de l'ordre et de la tranquillité dans cette Isle — et de faire connoitre aux Habitans de l'Isle l'intérêt que S. M. prend à la pacification, dont dépend le bonheur réciproque du souverain et des sujets (1).

(1) Convention zwischen Frankreich und Genua vom 6ten August 1764. in *Wenck*, C. j. g. T. III. S. 488.

Digitized by Google

§. 51.

25. Die Polnische Constitution von 1733.

Die, nach dem Ableben August des II. in Polen entstandenen, Streitigkeiten veranlaßten Oesterreich, Rußland und Preußen zur Aufrechthaltung der polnischen Verfassung und der Wahlfreiheit Truppen in Polen einrücken zu lassen (1) und dabei zugleich zu erklären: non seulement la nation polonoise a mis la liberté des suffrages pour base de la forme de son gouvernement, mais même elle l'a fortifié par les Traités et garanties contractées avec les Puissances voisines — les Voisins mêmes ont temoigné leur attention à maintenir la republique dans ce systéme et la noblesse dans cet éclat et à la moindre apparence de danger, ils sont venus à son sécours, comme l'histoire en fournit plusieurs exemples. — Ils (die Factionshäupter) se réconcilierent en apparence avec ceux, qui les avoient traversez ci-devant et les tromperent si adroitement pas des brillantes apparences de leurs bons sentimens pour le bien public, que ceux-ci se laissérent persuader, malgré les rémonstrances de quelques bien intentionnez, qui leur représentérent qu'on ne devoit rien attendre de bon de tels factieux — en un mot ces factieux scurent porter les choses si loin par leurs intrigues — qu'ils s'emparerent de la dictature et qu'ils furent absolument les maitres dans la diète de convocation. — Ces mésures ne tendoient qu'à mettre sur le Trône — un candidat que les précedentes constitutions avoi-

Digitized by Google

ent declaré ennemi de la patrie. — Comme ce sont là des griefs de la dernière importence, capables de renverser toute la forme de Gouvernement en Pologne, *les Puissances voisines et alliées ne peuvent en vertu de leurs alliances refuser leur secours à ceux qui se trouvent ainsi opprimez, d'autant plus que ces puissances ont elles — mêmes interêt que la république continue dans son ancienne forme de Gouvernement. — Les alliés sont obligez par les Pacta conventa, allianees et garanties non seulement avec le Roi de Pologne, mais même avec toute la république de la défendre en tous tems contre ses ennemis et de maintenir ses constitutions — — et elles ont non seulement droit de prendre part à l'élection, mais même elles sont obligées de le faire pour maintenir la liberté de la république et l'élection libre qu'on veut violer.* — Stanislas reste toujours *hostis patriae et vicinorum foederatorum*, qui peuvent et doivent comme bons amis assister la république contre ceux qui l'oppriment et qui malgré les loix veulent mettre Stanislas sur le trone — rien n'empêchera que les loix les plus salutaires ne soient renversées dans un interregne, ce qui est du dernier absurde, puisqu'alors toute la societé seroit troublée non seulement quant à l'intérieur, mais même par rapport aux Etrangers, ensorte qu'on ne pourroit plus faire fond ni sur le droit des gens, ni sur la foi publique — — on doit d'autant moins tenir pour suspectes les puissances alliées, si elles font entrer leurs troupes en Pologne *ad defendendas*

Digitized by Google

leges et avertendam oppressionem libertatis de ceux qui sont exposez à ces violences et qui ont besoin de sécours. — Les puissances alliées ont facilement compris que sans leur sécours effectif c'en étoit fait des loix fondamentales et de la liberté de la république, que la résolution de mettre Stanislas sur le trone, — on ne pourroit s'attendre à jouir avec lui d'un tranquille voisinage, ni avoir aucune surété touchant les Traités et garanties contractées avec la rep. — C'est pourquoi lesdites Puissances *en consideration des Traitez et Garanties qu'elles ont avec la république, en consequence des dites réquisitions, sans aucune vue d'interet*, par les motifs d'une veritable amitié pour la nation polonoise et pour maintenir ses droits et sa liberté ont résolu de faire entrer comme amis en Pologne leurs Troupes pour délivrer la noble nation d'un Roi exclu par toutes les loix et qu'on veut lui imposer par force et pour la rétablir dans la jouissance de ses anciennes libertez, afin qu'elle puisse se choisir librement et sans contrainte un Roi capable de gouverner la république et agréable aux puissances voisines, afin qu'uni avec Elles par les liens de l'amitié et d'un bon voisinage, la tranquillité puisse continuer longtems entre Elles et le royaume de Pologne et dans tout le Nord ( ).

Diese Streitigkeiten wurden durch die Wiener Präliminarien zwischen Oesterreich und Frankreich vom 3ten October 1735 (3) beigelegt, deren Art. 1. bestimmt: on stipulera le restablissement et la maintenue des

Digitized by Google

provinces et villes de la Pologne dans leurs droits, libertez, privileges, honneurs et dignetez, comme aussi la garantie pour toujours des libertez et privileges des constitutions des Polonois et particulierement de la libre élection de leurs Rois.

Auch der Wiener Tractat zwiſchen Oeſterreich und Frankreich vom 11ten April 1736 (4) beſtimmte Art. IV: la conservation inviolable les droits et privilegés de la republique de Pologne nebſt den übrigen, für die Wiederherſtellung der innern Ruhe und die Königswahl in den Präliminarien enthaltenen, Sanctionen, welchen auch Rußland unterm 15ten März 1736 ſowohl überhaupt, als inſonderheit darüber: que les libertez de la nation polonoise, fondées sur les constitutions de ce Royaume soient conservées sans atteinte et inviolablement et sur toutes choses le libre droit d'élection — et de plus de prendre sur Elle (S. M. Imp.) la garantie de tous ces mêmes points beitrat (5).

Dieſe Beſtimmungen wurden im Art. VI. des Wiener Friedensſchluſſes vom 18ten Nov. 1738 beſtätigt (6).

(1) Hiſtoriſche und politiſche Betrachtungen über die gegenwärtigen polniſchen Begebenheiten. Leipzig 1733 und 1734. II Thl. 4. *Du Mont*, C. d. Suppl. II. S. 939 — 467.

(2) Exposition des motifs légitimes de la résolution de S. M. Impériale et Catholique, de S. M. l'Imperatrice de toutes les Russies et de S. M. le Roi de Prusse de faire entrer en Pologne leurs trouppes pour maintenir

Digitized by Google

la liberté des suffrages et prévénir une plus grande oppression (in *Du Mont* Suppl. II. S. 439.)

(3) *Wenck* Codex juris gent. T. 1. S. 1.

(4) Daſelbſt S. 16.

(5) Daſelbſt S. 27.

(6) Ebendaſelbſt S. 102.

§. 52.

26. Angelegenheiten der Republik Genf (1738)

Die, 1734 in der Republik Genf ausgebrochenen, innern Unruhen veranlaßten Frankreich und die Kantone Zürch und Bern, die Beilegung derſelben zu bewürken, und 1738 die Republik zur Annahme einer neuen Verfaſſung zu vermögen, deren Garantie ſie übernahmen (1) und 1782, unter dem Beitritt Sardiniens, erneuerten (2).

(1) *Wenck* C. j. z. T. I. S. 266, vergl. den Ausſpruch der Garants über mehrere ſtreitig gewordene Punkte der Genfner Verfaſſung vom 15. O. 1767. in *Wenck* C. j. z. T. III. S. 618. Moſer V. d. V. R. Th. VI. S. 85—91. und *de Martens* Recueil T. I. S. 204. ff. und T. III. S. 238 ff.

(2) *de Martens* Recueil T. II. 301.

§. 53.

27. Braunſchweigiſche Churwürde (1742).

Der Pabſt proteſtirte 1742 förmlich gegen die braunſchweigiſche Churwürde (1).

(1) Moſer V. d. V. R. Th. VI. S. 334. und teutſches auswärtiges Staats-Recht S. 113.

Digitized by Google

§. 54.

28. Regierungs-Verfassung in Schweden (1749)

Als man in Schweden damit umzugehen schien, dem Könige eine größere Gewalt einzuräumen, erklärten Rußland und Dännemark sich gegen diese Veränderung der Regierungs-Form (1). Nachdem die darüber 1749 dem Russisch. Gesandten gegebene Erklärung nicht als genügend angesehen worden, erkärte derselbe dem Stockholmer Cabinet: que les depêches qu'il a recues de sa cour avoient pour objet le bruit, qu'on méditoit dans ce Royaume à changer la présente forme de gouvernement; qu'elles contenoient aussi la résolution invariable où est l'Imperatrice de vivre dans une parfaite intelligence avec les Puissances voisines, mais que comme un pareil projet, si on venoit à l'executer, pourroit mettre en danger la tranquillité du Nord, S.M.I. ne sauroit se dispenser de s'interesser dans une affaire si importante, d'autant plus qu'il est stipulé bien expressement dans l'article VII. du Traité de Neustadt, que la Russie tâchera d'empêcher par toutes sortes de voyes que la forme de régence établie soit violée ou changée en aucune manière; que pour cet effet S. M. I. ne pourroit voir avec des yeux indifférens qu'on fit à cet égard aucun changement, bien loin de le permettre, mais qu'au contraire Elle seroit obligée de prendre des mésures efficaces pour maintenir la tranquillité du Nord. Auch der Dänische Gesandte erklärte gleichzeitig: que quoique le Roi son maitre ne pense à rien moins qu'à se mêler des af-

faires domestiques du royaume de Suéde, S. M. ne pourroit néanmoins se dispenser de faire déclarer, qu'au cas qu'on méditoit de changer la présente forme de régence en Suède, soit par artifice, soit par force, S. M. se trouveroit obligée de s'y opposer par des mésures efficaces, tant pour ses propres intérêts que relativement au maintien de la tranquilité dans le Nord. Der Russische Hof erklärte wiederholendlich am 23. Juli desselben Jahrs: „daß bei Bewegungen, „die auf Abänderung der gegenwärtig im Königreich ein„geführten Regierungsform hinzielten, Ihre Kaiserl. Ma„jestät sich genöthigt sehn würden, Truppen nach Finland „marschiren zu lassen, die so lange daselbst verbleiben „sollten, bis ein neuer König ausgerufen und von demselben der Eid abgelegt sein werde, daß er die gegenwär„tige Regierungsform handhaben und die Tractaten, na„mentlich den von Neustadt beobachten wolle", so wie das St. Petersburger Cabinet auch den übrigen Höfen eröffnen ließ: que si on vouloit opprimer la liberté publique de la nation suédoise par un changement de la forme du gouvernement présent, l'Impératrice se trouveroit en droit d'executer ce dont Elle a fait mention relativement à la marche de Ses troupes.

(1) Moser V. d. V. R. Thl. VI. S. 383/397 und Thl. X. B. 1. S. 45. ff. Adelung Staatshistorie B. VII S. 46. ff. Friedrich II. schrieb bei dieser Gelegenheit unterm 18. März 1749 an Georg II.: „mich dünkt, daß die Er„klärung, welche der König und der Senat — gegeben, „so deutlich — sei, daß sie denen Mächten, welche sich „für die Beibehaltung der gegenwärtigen Regierung die„ses

„ses Reichs interessiren, nicht das geringste mehr zu „verlangen übrig lassen (v. Moser, kleine Schriften. „Thl. VI. S. 338.).

§. 55.

29. Königswahl in Polen (1764).

Die, 1736 in Polen wegen der Königswahl und einer Verfassungs-Veränderung entstandenen, Besorgnisse erregten die Aufmerksamkeit der benachbarten Mächte. Die Kaiserin von Rußland erklärte am 27sten Dec. 1763 der Republik: nous sommes sincerement et inalterablement resolues de maintenir la Sérénissime république dans l'état actuel de ses — Constitutions — néanmoins nous ne pouvons nous empêcher de faire sçavoir, qu'en vertu des rélations de la vraie amitié et du bon voisinage, nous souhaiterions, que dans la future élection elle élevât sur le trône un Piaste (1); und an eben dem Tage erfolgte eine gleiche Erklärung von Seiten Preußens (2). Beide Höfe kamen in dem geheimen Artikel der Petersburger Allianz vom 11. April 1764 überein: comme il est de l'interêt de S. M. le Roi de Prusse et de S. M. l'Impératrice de toutes les Russies d'employer tous leurs efforts pour que la république de Pologne soit maintenue dans son droit de libre élection et qu'il ne soit permis à personne de rendre ledit royaume héréditaire dans sa famille et de s'y rendre absolu, S. M. le Roi de Prusse et S. M. Impériale ont promis et se sont engagées — non seulement à ne point permettre que, qui que

ce soit, entreprenne de dépouiller la république de Pologne de son droit de libre élection, de rendre le royaume héréditaire ou de s'y rendre absolu, dans tous les cas où cela pourroit arriver, mais encore à prévénir et à anéantir par tous les moyens possibles et d'un commun accord les vues et desseins qui pourroient tendre à ce but — et à avoir même en cas de besoin récours à la force des armes pour garantir la république du renversement de sa constitution et de ses loix fondamentales (3).

(1) Moser, V. d. V. R. Thl. 1. S. 213.

(2) Daselbst S. 217.

(3) *Wenck*, C. j. g. T. III. S. 486.

§. 56.

30. Innere Streitigkeiten in Polen (1765 ff.).

Die innern Zwiste in Polen, sowohl über die öffentliche Verhältnisse der Dissidenten und Disunirten, als über andre Gegenstände vermehrten sich indessen immer mehr, und erregten daher in einem stärkern Grade die Aufmerksamkeit und Theilnahme der benachbarten und übrigen Mächte. Die Höfe von Berlin und Petersburg trugen schon im Jahre 1764 auf die Wiederherstellung der Verfassungsmäßigen Gerechtsame der Dissidenten (1) an, und erneuerten diese Anträge im Jahre 1766. Preußen erklärte dabei (2): S. M. le Roi — pour réclamer la justice de la rep. en faveur des Dissidens et des Grecs opprimés. — — S. M. y

est autorisée par le Traité d'Oliva, dont la maison de Brandenbourg a été contractante et garante et qui ne lui permet pas de régarder avec indifférence que les Dissidens soient plus longtems privés de leurs justes droits. Les liens d'alliance fraternelle d'amitié sincére et de bon voisinage qui unissent S. M. à la république fournissent à S. M. de nouveaux titres pour éspérer que la nation polonoise — ecoutera avec équité les justes plaintes de ses confreres et les conseils sinceres de ses véritables amis.

Die Ruſſiſche Erklärung (3) enthielt unter andern: les circonstances des tems antérieurs avoient fait craindre cet état desespéré des choses si pernicieuses pour la rép. et on y a heureusement pourvu par la sanction que les traités avec les puissances étrangéres ont donné à ces conventions nationales et intérieures de la Pologne. Dès-lors le maintien de l'état de la République et de sa tranquillité n'est plus resté l'objet de l'attention seule de ses citoyens, mais est devenu une obligation pour ses voisins, qui, en contractant avec elle, n'ont pas moins contracté avec tous ses membres. C'est ainsi que la Russie en vertu du Traité de 1686 et les autres Puissances, qui concourent aujourd'hui au même but, en consequence du Traité d'Oliva, sont engagées à veiller à la surété de chaque partie de l'Etat, à prévenir toute désunion entre elles, en leur procurant une exacte justice ou plutot en leur garantissant, à toutes en général

et en particulier, tout ce qui fait leur droit respectif et commun. On trouvera donc déja dans un motif aussi puissant, que l'execution des engagemens d'un traité, la règle de la conduite que l'Impératrice doit ténir pour procurer le rétablissement des sujets Grecs et dissidens dans tous leurs droits et leur en assurer la conservation. Que l'on y ajoûte les motifs encore plus forts, qui naissent de la position propre de l'Empire de Russie vis à vis de la république et l'on sentira que l'Impératrice ne peut mettre de bornes à la protection qu'elle leur accorde, sans compromettre sa propre gloire, la dignité de la couronne et la confiance de ses amis. — Le retablissement des Grecs et des Dissidens par rapport au temporel n'est pas moins juste et ne tient pas moins au coeur de S. M., comme à une voisine interessée par l'amité et obligée par les engagemens de sa couronne à travailler au honheur de la Pologne et à y entretenir le bon ordre, qui en est la source. — C'est sur cet objet du droit public de la Pologne — que l'Impératrice demande qu'il soit traité et convenu par la voie de la négociation avec une partie de ces sujets de la république, qui ne different des autres que parce qu'ils suivent une autre religion que la dominante, afin de déterminer la part qui leur convient dans l'administration de l'état et dans les avantages de la couronne. — La religion, les dévoirs de l'amitié et de bon voisinage, les engagemens des Traités, l'honneur attaché à la perfection de son ouvrage,

Digitized by Google

en remplissant les espérances de toute la nation, constituent donc S. M. Imp. dans une nécessité absolue de continuer ses instances pour le rétablissement des Grecs et des Dissidens dans les droits que leur qualité de membres d'un état libre leur donne tant pour les choses spirituelles, que pour les temporelles.

Auch von Seiten Großbrittanniens erfolgte unterm 4ten Nov. 1766 die Erklärung (4): S. M. Britannique, outre tant de solides motifs de justice et d'humanité — se trouvant forcée par une étroite alliance entre les cours de Petersbourg, de Berlin et de Copenhague à s'interesser pour les Dissidens — — et en sa qualité de Garant du traité de paix d'Oliva souhaite qu'en la présente diète cette-partie des sujets Polonois soit rétablie comme membres de l'état dans la possession de leurs droits et priviléges, de même que dans la jouissance paisible de leur culte. En même tems S. M. Britannique considère combien est grande la connexité des intérêts même de la république avec la justice de cette affaire, ainsi qu'avec les loix fondamentales du royaume, loix, qui non seulement furent observées depuis deux siècles, mais renouvellées par des traités si solemnels avec les puissances du Nord, qu'ils ne permettent pas que l'on entreprenne d'y rien changer, si ce n'est avec le consentement général des parties contractantes. — Aussi S. M. — ne doute nullement, qu'enfin on ne cesse d'opposer à ses justes desirs des constitutions inefficaces, éta-

Digitized by Google

blies au milieu des troubles interieurs, contrecarrées par des protestations formelles et des déclarations expresses de la part des puissances étrangéres. — Leurs droits et privileges leur ont été confirmés par les ordonnances du royaume, assurés par les traités, appuyés sur des fondemens si saints et si évidens aux yeux de toutes les nations. In eben dem Geiste erklärte auch Dännemark (5); qu'en cette occurrence non seulement l'avantage particulier de la république depend du maintien des vertueux et utiles concitoyens, mais qu'il s'agit aussi de l'humanité, de la conservation des loix fondamentales et des traités solemnels avec les puissances du Nord, lesquelles ne permettent pas qu'on sécarte de leur dispositif, bien moins encore d'y rien changer sans un consentement général. Tous ces points sont si essentiels qu'à peine on auroit cru qu'il eut été possible de faire des constitutions qui puissent leur être contraires. — Aussi l'on ne cessa d'opposer à ces constitutions des protestations solemnelles, des mémoires et des déclarations de la part d'autres puissances qui découvrirent clairement le vrai état de l'affaire. — — —

Preußen äußerte in der spätern Declaration von 1767 (9) unter andern: il est donc surprenant qu'on ait combiné dans la réponse des traités et des constitutions, qui sont en contradiction manifeste et qu'on n'ait pas observé en même tems, que les constitutions unilaterales, faites par la république, ne sauroient déroger aux traités qu'elle a conclus

avec les états voisins. — Ce peu d'observations suffit pour faire voir que les principes adoptés et établis dans la réponse de la cour de Pologne sont également contraires aux royaume, aux traités et aux liens d'amitié qui subsistent entre le royaume de Pologne et les états voisins. — S. M. croit entrevoir que depuis le dernier interregne il subsiste encore dans l'intérieur de la Pologne un germe de dissensions et de troubles et Elle est convaincue qu'il est nécessaire de prendre des moyens propres à y remédier. —

Auch Russischer Seits ward 1767 eine erneuerte, mit der frühern wesentlich übereinstimmende, Erklärung (a) übergeben, worin es unter andern heißt: il s'agit d'un objet de droit public devenu commun entre leur patrie et d'autres puissances, qui ont contracté avec elle — et sur lequel l'Imperatrice a demandé et demande encore, qu'il soit convenu par la voie de la négociation, afin d'assurer les Dissidens par le libre exercice de leur réligion — et de déterminer la part qui peut leur convenir dans l'administration de l'état et dans les avantages de la couronne — le rétablissement des Dissidens dans les charges de l'état est purement civil et ne touche point à la réligion, Grundsätze, welche auch in der, Russischer Seits herausgegebenen, Exposition des droits des Dissidens joints à ceux des puissances intéressées à les maintenir (St. Petersbourg 1766. 4.) (8) ausführlich auseinander gesetzt wurden.

Diese Streitigkeiten wurden endlich durch den, am

13/24. Februar 1768 (9) zwischen Rußland und Polen und am nämlichen Tage zwischen Polen einer, und Rußland, Preußen, England, Dännemark und Schweden andrer Seits geschlossenen, Tractat (10) zum Vortheil der Dissidenten beigelegt, wobei am Schlusse des letztgedachten Tractats bestimmt wird: comme tous les points cidessus spécifiés sont fondés tant sur le droit de la nature et des gens, que sur d'anciens privilèges et constitutions qui servent de bases à l'égalité et la liberté des Polonois et que de plus les Grecs non — unis et les Dissidents de l'une et l'autre confession ont été dans une paisible possession de toutes leurs prérogatives et libertés — et qu'on ne les y a troublés que par des constitutions illegales, faites longtems après la paix d'Oliva et le traité de 1686, qu'en outre S. M. l'Imperatrice de toutes les Russie en qualité de voisine de la république aussi bien que Leurs Majestés les Rois de Suède, de Prusse, d'Angleterre et de Dannemarc en qualité de parties contractantes y prennent intérêt relativement à la garantie des susdits Traité, insistent sur le rétablissement des droits et des libertés qui sont dus aux Grecs non-unis et aux Dissidents tant dans le spirituel, que dans le temporel: ainsi tous les points qui sont exprimés dans les articles du présent acte doivent être régardés et observés comme une loi constante, perpétuelle et invariable et quiconque osera entreprendre de les renverser, sera tenu et traité comme perturbateur du répos public et ennemis de la patrie.

Digitized by Google

Die, bald nachher erneuerten, innern Streitigkeiten in Polen veranlaßten die Höfe von Petersburg und Berlin zu noch nachdrücklichern Erklärungen und Schritten (11). Durch den Vertrag zwischen Rußland und Polen vom 27sten Februar 1775 (12) erhielt der obgedachte von 1768 einige Modificationen.

(*) Moser, V. d. V. R. Thl. VI. S. 214. ff.

(1) *de Martens*, Recueil T. I. S. 340.

(2) Daselbst. S. 344.

(3) Daselbst. S. 346.

(4) Ebendas. S. 354.

(5) Daselbst. S. 356.

(6) Daselbst. S. 556.

(7) Ebendas. S. 465.

(8) Moser, V. d. V. R. Thl. VI. S. 224.

(9) *de Martens*, a. a. O. S. 391. ein richtigerer Abdruck befindet sich daselbst Thl. IV. S. 582. Vergl. Moser a. a. O. S. 340. ff.

(10) *de Martens*, a. a. O. S. 399.

(11) Daselbst. S. 453 und 454.

(12) Moser, a. a. O. Thl. VI. S. 284. ff. *de Martens*, a. a. O. S. 458.

(**) Vergl. auch die in Moser a. a. O. S. 98 abgedruckte Note des Kaiserlich Russischen Gesandten vom 23. Nov. 1767 über die Polnischen Angelegenheiten und besonders über die Russischer Seits angeordnete Verhaftung einiger Mitglieder des Polnischen Reichstags, auch Mosers Beiträge. Thl. IV. S. 17—22.

Digitized by Google

§. 57.

30. Innere Unruhen in Genf (1767.)

Die Garants der Genfer Verfassung (§. 52.) wurden durch die, im Jahr 1763 ff. in dieser Republik entstandenen, innern Streitigkeiten veranlaßt, die streitig gewordenen Puncte der Verfassung durch einen Ausspruch näher zu bestimmen (1).

(1) *Prononcé de Garantie sur le sens des articles contestés du Reglement de la médiation*, du 15. Oct. 1767. (in *Wenck*, C. j. g. T. III. S. 618, *de Martens*, Rec. T. I. S. 204, und Moser, Versuche des V. R. Thl. VI. S. 82. ff. und S. 85. ff.)

§. 58.

32. Polnische Constitution von 1773.

Alle frühere Bemühungen (§§. 51. 56.) hatten die innere Ruhe Polens nicht wiederherstellen können, neuere Unruhen hatten vielmehr abermals den Zutritt des Oesterreichischen, Russischen und Preußischen Hofes veranlaßt (1).

Am 18ten September 1773 schloß jede dieser Mächte mit der Republik Polen zu Warschau einen, wesentlich mit den übrigen übereinstimmenden, Vertrag (2), vermöge dessen Art. VII: Sa Majesté (Royale et Apostolique, Impériale de Russie, et Royale de Prusse) aiant declaré vouloir rétablir le calme et le bon ordre en Pologne sur un pied solide et permanent, garantira toutes et telles constitutions, qui seront faites d'un parfait concert avec les Ministres des trois cours contractantes en la diète actuellement

assemblée à Varsovie sous le noeud de la confédération, sur la forme du Gouvernement libre républicain et indépendant et pour cet effet il sera dressé un acte séparé (3), contenant les dites constitutions, lequel sera signé par les Ministres et commissaires respectifs comme faisant partie du présent traité et aura la même force et vuleur que s'il y étoit inséré mot pour mot,

(1) Der Eingang des, zwiſchen Rußland und Polen am 18ten Sept. 1773 abgeſchloſſenen, Tractats führt darüber an: Les troubles dont a été agité pendant le cours de plusieurs années le royaume de Pologne, ayant menacé d'un boulversement total tant la constitution de cet Etat, que toutes ses rélations avec ses voisins et aiant spécialement affecté et altéré l'état ancien d'amitié et d'union, qui subsistoit entre la Séréniſsime Republique et l'Empire de Russie; S. M. l'Imperatrice après s'être concertée avec S. M. l'Impératrice Reine et S. M. le Roi de Prusse a fait declarer à S. M. le Roi et à la Ser. Rep. de Pologne, que, vû la necessité u. ſ. w. Vergl. Moſer, V. d. V. R. Thl. VI. S. 347. ff.

(2) Der Tractat zwiſchen Oeſterreich und Polen in *de Martens*, a. a. O. T. III. S. 110. ff. zwiſchen Rußland und Polen, daſelbſt S. 135. und zwiſchen Preußen und Polen daſelbſt Thl. 1. S. 486. und *de Herzberg*, Recueil T. 1. S. 385. Vergl. Moſer, V. d. V. R. Thl. VI. S. 352. ff.

(3) Dieſe Acte separé vom 15ten März 1773 ward mit jeder der obgedachten drei Mächten beſonders abgeſchloſſen und befindet ſich in *de Martens*, T. 4. S. 126, 148 und 155.

§. 59.

53. Nordamerika (1775 ff.)

Da die Anerkennung der Unabhängigkeit eines Volks, welches der Bothmäßigkeit seines bisherigen Regenten sich entzieht, als eine, in die innere Verfassung eingehende, Handlung anzusehen ist (1); so gehört auch die Anerkennung der Unabhängigkeit der Nordamerikanischen Staaten vor dem Friedensschlusse mit England, von Seiten mehrerer europäischen Mächte hieher (2).

Frankreich erkannte die Unabhängigkeit der Nordamerikanischen Colonien an: „parceque sa sureté, l'intérêt de ses peuples et surtout les projets secrets de la cour de Londres lui en imposoient impérieusement l'obligation“ und versprach den vereinigten Nordamerikanischen Staaten durch den Art. XI. des Allianz-Tractats vom 16. Febr. 1778: S. M. très chrétienne garantit aux Etats-unis leur souveraineté, liberté et indépendance absolue et illimitée tant en matière de Gouvernement, que de commerce.

(1) Günther, Völkerrecht Thl. 1. S. 78. und Thl. II. S. 279. ff. Großbrittannien äußerte dabei in der in folgenden Anmerkung gedachten Staatsschrift: La France ne peut se prévaloir — sans introduire dans la jurisprudence de l'Europe des maximes aussi nouvelles qu'elles seroient fausses et dangereuses, sans supposer que les disputes qui s'élevent au sein d'un état indépendent et souverain sont soumises à la jurisdiction d'un prince étranger et que ce prince peut évoquer à son tribunal

ses alliés et leurs sujets revoltés pour justifiér la conduite du peuple qui s'est affranchi des devoirs de l'obeissance légitoine. Les Ministres du Roi Trèschretien s'appercevront peut-être un jour que l'ambition les a fait oublier les intérêts et les droits de tous les souverains.

(2) Vergl. darüber: Mémoire justificatif de la cour de Londres du 15. Oct. 1779 (in Dohms Materialien zur Statistik III. Lieferung.) und Observations sur le mémoire justificatif de la cour de Londres 1780 (in Dohms Materialien IV Lieferung) auch Wenk, V. R. Thl. 1. S. 82. ff.

§. 60.

84. Wiederherstellung der innern Ruhe in der Republik Genf (1782).

Die innern Unruhen in der Republik Genf veranlaßten die Könige von Frankreich und Sardinien und die Republik Bern, sich zur Wiederherstellung der zerrütteten Ruhe zu vereinigen. Diese drei Mächte erklärten in der Acte de Garantie passé entre les trois Puissances médiatrices qui ont retabli la tranquillité dans la république de Genève vom 12. Nov. 1782 (1): d'autant que S. M. très chrétienne, S. M. le Roi de Sardaigne et la République de Berne en intervenant dans les dissentions de la république de Genève et en prevenant de nouveaux troubles par un édit propre à fixer sa constitution et à lui assurer une Paix durable, n'ont eu pour but que la conservation, le bonheur et la prosperité de la république, ils ont par une suite des mêmes motifs de bienveillance envers elle, accordé la Garantie des articles conteuus

au présent édit; promettant (sans néanmoins toucher à la souveraineté et à l'independance de la républubliqué, reservée ici de la manière la plus solemnelle) d'en maintenir l'execution et de ne pas permettre qu'il y soit porté aucune atteinte, de quelque manière que ce soit, s'engageant en outre, en cas de mouvemens séditieux, de Prises d'armes ou de violence, que le Gouvernement n'auroit pu réprimer, d'intervenir de concert, même sans en etre requis et sur la seule notoriété publique, en la forme et de la manière dont ils conviendront entre eux, pour rétablir l'autorité legitime, la tranquillité et la surété publique, se réservant pour cet effet la faculté d'employer tous les moyens qu'ils estimeront convenables aux circonstances et en particulier de se faire rembourser par le parti, qui seroit jugé coupable, tous les fraix, qu'auroit occasionés l'exercice de la Garantie.

Zugleich schlossen die angeführten drei Garants an eben dem Tage mit der Republik Genf einen Neutralitäts-Vertrag (2): L'interet que S. M. très chretienne, S. M Sarde et la Republique de Berne — heißt es im Eingange — prennent au bonheur et à la prosperité de la rep. de Genève les ayant determinées à venir à son secours pour y retablir l'autorité légitime, l'ordre et la tranquillité, lesdites Puissances ont estimé, que le moyen le plus efficace de prévenir le rétour des troubles passés et d'affermir la constitution de cet état, étoit de garantir, ainsi qu'elles l'ont fait, le gouvernement

Digitized by Google

qui vient d'être rétabli dans Genève; Elles ont de plus considéré que pour assurer à cette garantie l'activité et l'énergie qu'elle doit avoir, prévenir tout ce qui en pourroit gêner l'éxercice et pourvoir d'autant mieux à l'indépendance et à la tranquillité de ladite Republique, il étoit nécessaire de convenir entr'elles — des mesures les plus propres à parvenir à ce but. Der Tractat selbst enthält hierüber die nähern Bestimmungen.

(1) *de Martens, Recueil* T. II. S. 302.

(2) *de Martens*, a. a. O. S. 303.

§. 61.

35. Baierischer Ländertausch (1785).

Der, im Jahre 1785 in Anrege gebrachte, Austausch Baierns gegen die Oesterreichischen Niederlanden, und der, von mehreren Mächten dagegen erhobene, Widerspruch liefert ebenfalls Belage für die Theilnahme fremder Mächte an den innern Angelegenheiten andrer Staaten (1).

(1) Die, bei dieser Veranlassung gewechselten, Staatsschriften sind abgedruckt in: Reuß teutscher Staatskanzlei Thl. XII. S. 193 — 354 und im Politischen Journal 1785 Heft VII. S. 748. ff. Heft IX. S. 877. ff. Heft X. S. 1098. ff. und Heft XII. S. 1244. ff. Das Kaiserlich Russische Cabinet äusserte hierbei unter andern in dem Circular vom 23 Maiz. Juni 1785: l'Impératrice a été fort surprise d'apprendre les bruits — sur des — projets dangereux — au préjudice des Etats et du maintien de la constitution germanique u. s. w. (Politisches Journal a. a. O. S. 885.).

Digitized by Google

§. 62.

36. Unruhen in den vereinigten Niederlanden (1787. ff.)

Schon im Jahre 1782 ließ Preußen den Generalstaaten erklären: „Se. Majestät könnten bei so groben „Lästerungen gegen den Erbstatthalter und dessen Gemahlin und der verweigerten Gerechtigkeit nicht länger „anstehen, sich auf kräftige Art Ihrer hohen Blutsverwandten anzunehmen, (1)" und unterm 13ten Januar 1783 den Staaten von Holland und Westfriesland: „Wir ergreiffen diese Gelegenheit, Euere Edelgroßmögende zu ersuchen und zu ermahnen, daß Sie sich „nicht durch — Eingebungen von unruhigen, hitzigen „und ehrsüchtigen Leuten vermögen lassen, übereilte „Schritte zu thun, und solche Veränderungen in der „dortigen Staatsverfassung vorzunehmen, welche nicht „anders, als die gefährlichsten Folgen für ganz Europa „haben können, sondern, daß sie sich vielmehr angelegen „sein lassen, eine jede hervorkeimende Neuerung und „Unruhe zu unterdrücken, die so viele Jahrhunderte und „so glücklich bestandene Regierungsform in allen Stücken zu conserviren; alle diejenigen, die daran Antheil „haben, in dem ruhigen Besitze ihrer Vorrechte zu erhalten, und dadurch die bei jetzigen, so kritischen Umständen mehr als je nöthige Einigkeit aller Glieder „Ihres Staats zu befördern, und die so gefährliche „Zwietracht zu entfernen. Wir hoffen, daß Eure ꝛc. diese „Unsre Aeusserungen als einen aufrichtigen und wohlgemeinten Rath eines wahren Freundes Ihres Staats „anneh-

„annehmen, und sich versichert halten werden, daß wir „an der Erhaltung desselben in seiner gegenwärtigen „glücklichen Verfassung den wesentlichsten Antheil neh„men, und daß deren Veränderung Uns nicht gleichgül„tig sein würde (2). Zugleich übergab der Preußische Gesandte den General-Staaten unterm 20. Januar 1783 eine Note: S. M. vient d'apprendre avec autant de deplaisir que de surprise que ces mouvemens intérieurs au lieu de se calmer, vont toujours en augmentant et qu'on ne songe pas à moins qu'à oter au Prince Stadhouder le commandement des troupes et de la marine et à le priver par là des principales prérogatives de sa charge. — — C'est sans doute de la conservation de cette forme de Gouvernement que dépend le bonheur et la sureté de la republique, tout bon patriote Hollandois doit être convaincu de cette verité. Toutes les Puissances voisines en paressent également penétrées et sont surprises de voir subsister et augmenter dans le sein des Provinces unies des dissensions aussi dangereuses que deplacées, dont les suites pourroient devenir aussi funestes à la republique, qu'elles l'ont été à d'autres états qui se sont trouvés dans le même cas. Ces Puissances voisines sont toutes également interessées au maintien du système présent de la république d'Hollande. Le Roi y est encore plus particulierement interessé tant par les liens de parentage qui l'unissent à la Sérentssime maison d'Orange, qu'en qualité de voisin le plus proche et d'ami constant et sincère de la rep. — —

Digitized by Google

Le Soussigné — est chargé par les ordres les plus précis du Roi de recommander toutes ces considerations importantes à la plus serieuse reflexion de LL. HH. PP. et de les requerir, qu'Elles veuillent rejetter et faire mettre de côté toute proposition et idée tendante à diminuer les justes prérogatives du Stadhouderat et à changer la forme de leur gouvernement et qu'Elles prennent plûtôt des mésures efficaces pour étouffer les dissensions intestines, pour arrêter les entreprises des factieux, pour supprimer leurs libelles injurieux et pour rétablir non seulement l'union nécessaire, mais aussi l'autorité et la consideration due au Prince Stadhouder et aux personnes qui concourent au gouvernement de la république. — LL. HH. PP. voudront recevoir ces réprésentations comme des conseils et des exhortations d'un voisin, qui est leur véritable et sincer ami, qui n'est pas indifferent au sort de la république mais qui prendra toujours l'interêt le plus vif et le plus zelé à la voir conservée dans son état présent (3). Der König gab in dem Schreiben vom 29sten Febr. 1784 den General-Staaten sein größtes Leidwesen zu erkennen, daß diese Vorstellungen zur Wiederherstellung des Ruhestandes in der Republik nicht beigetragen haben: „Wir wissen zwar wohl, daß die Statthalterschaft „zuweilen abgeschafft worden, aus gewissen Besorgnissen „für die öffentliche Freiheit; aber ohne zu untersuchen, „ob selbige gegründet gewesen oder nicht, so kann eine „dergleichen Furcht bei jetzigen Zeiten wohl nicht mehr „mit Gründe entstehen, da eine so gerechte und stand-

Digitized by Google

„hafte Politik in Europa die Oberhand gewonnen, daß „alle Mächte auf die Erhaltung der Andren wachen, und „kein Staat mehr den gänzlichen Umsturz des andren „zugeben, vielweniger dazu beitragen wird. Wir wür„den der erste seyn, der, wenn dergleichen versucht wer„den sollte, dagegen arbeiten und streiten würde. — „— Wir hoffen, daß Eure Hochmögenden die Vorstel„lungen, welche wir Ihnen jetzo thun, blos als eine „Folge unsrer wohlgemeinten und freundnachbarlichen „Gesinnungen, wie auch des Antheils an dem Schicksal „eines uns so nahe verwandten fürstlichen Hauses neh„men — ansehen, nicht aber dahin deuten werden, als „ob wir Uns in Ihre innere Angelegenheiten mischen, „und der so wohl erworbenen, als befestigten Freiheit „Ihres Staats zu nahe treten wollten. — — — Da „Wir insbesondere nach der Lage unsrer Staaten und „nach unsren alten Verbindungen mit dortiger Republik „sowohl an dem Bestande ihrer gegenwärtigen Verfas„sung, als an dem Schicksal und der Erhaltung des „Fürstlichen Hauses Oranien-Nassau und seiner Erbstatt„halterschaft den lebhaftesten Antheil nehmen müssen, „und bei deren Veränderung nicht gleichgültig sein kön„nen; so hoffen wir, daß Eure ꝛc. den ganzen Inhalt „dieses Schreibens Uns nicht verdenken, sondern — „darauf Rücksicht nehmen — werden (+)." Der König äusserte unterm 17ten Sept. 1785 in einem fernern Schreiben an die Staaten von Holland und Westfriesland: „Wir sind zwar gar nicht gemeint, Uns in die „innerlichen Angelegenheiten des dortigen Freistaats zu „mischen, noch Euer ꝛc. in der Ausübung Ihrer Sou-

„verainitäts-Rechte vorzugreifen — allein Sie werden „Uns nicht verdenken, wenn Wir bei dem Schicksal „eines Uns so nahe verwandten Fürsten und dessen Hau„ses nicht gleichgültig sein können. — Da wir nun „überdem an dem Wohl- und dem Ruhestande einer so „ansehnlichen und Uns so nahe belegenen Republik ei„nen so großen und wahren Antheil nehmen; so ersu„chen und ermahnen wir Eure Edelgroßmögende u. „s. w. (5).

Auch der König Friedrich Wilhelm II. gab den General-Staaten bei der Accreditirung des Grafen v. Görtz als außerordentlichen Gesandten zur Unterhandlung über diesen Gegenstand, unterm 2. Sept. 1786 zu erkennen: „Wir hoffen, daß Eure Hochmögenden „— es Uns nicht verdenken werden, daß wir Uns des „Herrn Erbstatthalters hierunter so angelegentlich und „so ernstlich annehmen, da Wir so nahe mit ihm ver„wandt sind — und das Schicksal desselben und seiner — „Kinder- und Nachkommenschaft Uns unmöglich gleich„gültig sein kann. — Es kommt dazu, daß Wir als „nächster Nachbar der vereinigten Niederlande und nach „den niemals veralteten Verbindungen der beiderseitigen „Staaten ein so großes und wichtiges Interesse haben, „daß die alte constitutionsmäßige Verfassung der Re„publik im wesentlichen nicht geändert, sondern unver„brüchlich erhalten, und daß dem gemäß den, aus bloßem „Mißverständnisse entstandenen, innerlichen Unruhen und „Irrungen auf das baldigste — abgeholfen werde (6)." Da aber alle diese Vorstellungen vergeblich waren (7); so ließ Preußen im Herbst 1787 ein Truppencorps in

Digitized by Google

die vereinigten Niederlande einrücken (8). Auch England und Frankreich nahmen bekanntlich an diesen Vorfällen Theil. Das Resultat war die Befestigung der Staatsverfassung der vereinigten Niederlande, und insonderheit der Erbstatthalterwürde.

In dem, am 15ten April 1788 zwischen Großbrittannien und den General-Staaten geschlossenen, Bündnisse (9) ward geäußert, daß die Freundschaft zwischen beiden Mächten par l'interêt que S. M. a recemment manifesté pour la conservation de l'indépendance de la république et pour celle de sa constitution légitime „verstärkt sei und daß beide Mächte" pour le bien des deux parties et pour le maintien de la tranquilité générale et particulière sich näher verbunden hätten, und demnächst im Art. III. bestimmt: S. M. Britannique garantit de la manière la plus efficace le Stadhoudérat-héréditaire ainsi que la charge de Gouverneur héréditaire de chaque province dans la Sérénissime maison d'Orange avec toutes les charges et prérogatives, comme faisant partie essentielle de la constitution des provinces unies, s'engageant à maintenir cette forme de Gouvernement contre toute attaque et entreprise directe ou indirecte, de quelque nature qu'elle puisse être. Der, am nämlichen Tage zwischen Preußen und den General-Staaten geschlossene, Allianz-Tractat (10) enthält wörtlich dieselbe Bestimmung, so wie Preußen und Großbrittannien in dem, zu Loo am 13ten Jun. 1788 unterzeichneten, Vertrage (11) überein kamen: d'agir en tout tems de concert et en mutuelle confiance dans la vue de

Digitized by Google

maintenir la surêté, l'independance et le gouvernement de la république des provinces unies, conformement aux engagemens qu'Elles viennent de contracter avec ladite république — par le traité du 15. Avril 1788; ein Uebereinkommen, welches durch die, zwiſchen beide Höfe zu Berlin am 13ten Auguſt 1788 geſchloſſene, Allianz (12) erneuert ward, ſo wie beide Mächte und Frankreich den Generalſtaaten mehrmals erklären ließen, daß ihnen die Erhaltung der Verfaſſung der Republik, den beiden erſten auch die der Erbſtatthalterwürde, ſehr am Herzen liege (13).

(1) Politiſches Journal 1782 Heft XII. S. 582.

(2) *Recueil des deductions, manifestes, declarations, traités etc. par le Comte de Hertzberg.* Vol. II. S. 394.

(3) *Hertzberg*, a. a. O. S. 396.

(4) Daſelbſt. S. 399.

(5) Ebendaſelbſt. S. 413.

(6) Daſelbſt. S. 420.

(7) Vergl. daſ. S. 421 ff. Polit. Journal 1787 Heft VII. S. 690.

(8) Polit. Journal 1787 Heft VII. S. 776 ff. Heft VIII. S. 769. 875 und 941. ff. *de Hertzberg*, a. a. O. S. 433 ff.

(9) *de Martens*, Recueil. T. III p. 127.

(10) Daſ. S. 133.

(11) Daſelbſt. S. 138.

(12) Ebendaſelbſt. S. 146.

Digitized by Google

(13) Polit. Journal 1787 Heft VII. S. 774. 776. 873. Heft XI. S. 1047. ff.

(*) Im November 1787 kamen in der Sitzung des brittischen Parlaments mehrere interessante Aeusserungen über diesen Gegenstand vor, unter andern die des Bischofs von Landaff: „Alle Nationen von Europa sind als eine „Kette zu betrachten, wovon jedes Glied zur Erhaltung „des Ganzen wesentlich nothwendig ist, und England „und Preußen haben daher nach den Grundsätzen der „Selbstvertheidigung völlig dem Natur- und Völker„recht gemäß gehandelt, indem sie sich in die innern „Angelegenheiten Hollands gemischt haben (Politisch. „Journal 1787. Heft XII. S. 1258.).

§. 63.

37. Krieg zwischen Rußland und Schweden (1788.)

In dem schwedischen Memoire vom 11ten Jul. 1788 ward darüber Beschwerde geführt, daß das Russische Cabinet sich in die innern Angelegenheiten Schwedens gemischt habe (1). Die Kaiserin Katharina II. äußerte dagegen in dem Kriegs-Manifest vom 1/12ten desselben Monats: „Als der König auf eine gewaltsame „Weise in Schweden die Regierungsform, worauf die „Macht des Senats und die Freiheit des Volks sich „gründeten, über den Haufen warf, und so die Alleinherrschaft errang, haben Wir bis jetzt Unser Recht, „Uns diesem zu widersetzen, nicht geltend gemacht, ob„gleich die Stipulationen des Nystädtschen Friedens, die „in dem letzten Aboschen Frieden in ihrem ganzen Umfange bestätigt worden sind, sich dadurch offenbar ver„letzt finden. Ein solches Benehmen von Unsrer Seite

„gründete sich auf die Vermuthung, daß jene Ereignisse „nicht das Wohl Schwedens erschüttern, noch eine nach„theilige Folge auf die Ruhe der Nachbaren haben „könnten u. s. w. (2).

(1) Politisches Journal 1788 Heft VII. S. 817.

(2) Daselbst. Heft VIII. S. 825. ff.

§. 64.

58. Unruhen in den Oesterreichischen Niederlanden.

Beim Ausbruch der Unruhen in den Oesterreichischen Niederlanden kamen England, Preußen und die vereinigten Niederlande in dem, zu Berlin am 9ten Jan. 1790 geschlossenen, Tractat, überein: „da die Unruhen in „den Niederlanden von der Art sind, daß sie die hohen „contrahirenden Theile interessiren, und ihre Dazwischen„kunft erfordern könnten, so ist man übereingekommen, „1) sich in diese Unruhen nicht zu mischen, außer in dem „Falle, wenn sie dazu eingeladen oder durch die Umstän„de genöthigt werden, und 2), wenn diese Länder frei „werden, über die Beschaffenheit der Constitution zu „berathschlagen, ob man sie anerkenne oder nicht (1)." Der Kaiser Leopold nannte in dem Schreiben an König Friedrich Wilhelm vom 25sten März 1790 (2) diese Angelegenheit „une cause commune à tous les Souve„rains," und in den Reichenbacher Präliminarien vom 27. Jul. 1790 ward festgesetzt: „die drei alliirten Mächte (England, Preußen und die Niederlande) werden „zur Rückkehr der Niederlande unter die Oesterreichische „Herrschaft mitwirken, wobei die alte Constitution dieses

„Landes zur Basis genommen wird, und die zwei See„mächte die Garantie leisten werden (3).

In dessen Gemäßheit erklärten die Minister der obgedachten drei Mächte unterm 31sten Oct. 1790 dem Congresse zu Brüssel: „daß es blos auf die belgische Na„tion ankomme, ihre rechtmäßige Constitution, so wie „sie vor dem Anfange der letzten Regierung war, und „alle ihre Privilegien wieder zu erhalten (4), und schlos„sen mit dem Minister des Wiener Hofes:" pour l'affermissement de l'autorité du légitime souverain des Provinces belgiques, pour la surêté de ces provinces mêmes, pour l'intérêt commun des puissances respectives, ainsi que pour reserrer entre Elles de plus en plus les liens de l'amitié et de bon voisinage „am 10ten Dec. 1790 in Haag einen Vertrag (5), „dessen Art. I. bestimmte:" S. M. Impériale en récevant de la maniére usitée l'hommage des provinces belgiques, leur confirmera à toutes et à chacune les constisutions, privilèges et coutumes légitimes, dont la jouissance leur a été assurée respectivement per les actes d'inauguration de l'Empereur Charles VI. et de l'Imperatrice Marie Therese, so wie der Art. III. festsetzte: S. M. Imp. ayant déclaré lors des conférences de Reichenbach Sa disposition d'accorder aux provinces belgiques quelques concessions ultérieures, qui n'altereroient pas essentiellement la constitution, dans le cas où leur soumission précédât l'emploi de la force, a consenti néanmoins sur les instances des cours médiatrices, malgré les circonstantes qui l'ont déterminée à employer ces

mésures extremes, d'accorder les mêmes concessions auxquelles Elle s'étoit déja engagée de son propre mouvement pour prix d'une soumission volontaire — — et dont le contenu est exprimé dans les articles suivans. Nach dem Art. IV. LL. MM. les Rois de la Grande Brétagne et de Prusse et LL. HH. PP. les Etats généraux des provinces unies garantiront — à S. M. la souveraineté des provinces belgiques — qui sera — gouverné selon les constitutions, privilèges et coutumes légitimes, exprimés dans les articles et II. ci-dessus, comme les Puissances susmentionnées garantiront également la conservation et pleine jouissance des constitutions, privilèges et coutumes exprimés dans ces mêmes articles.

Als die sogenannten belgischen Patrioten auch nachher ihre revolutionären Umtriebe fortsetzten, erklärte der Gesandte der Vereinigten Niederlande am 3ten Novemb. 1791 dem Kaiserlichen Hofe: „Es hat Ihren Hochmögenden geschienen, daß ohngeachtet die Souverainität „Sr. Kaiserlichen Majestät in den Oesterreichischen Niederlanden öffentlich wieder hergestellt und in allen Provinzen anerkannt worden, dennoch der nämliche Geist „des Mißvergnügens und der Widersetzlichkeit, die daselbst und in andren benachbarten Staaten so viele „Unruhen und Verwirrungen angerichtet haben, allda „noch immer herrsche, sogar, daß an den Gränzen einer „dieser Provinzen zahlreiche Versammlungen gehalten „werden, die für die öffentliche Ruhe gefährlich werden „könnten, um so mehr, da sie nicht nur aus Unterthanen der Oesterreichischen Niederlande, sondern auch

„aus Mißvergnügten und erhitzten Köpfen andrer Lande „bestehen, die eine Art von Verband zu errichten schei„nen, um ihre Grundsätze von Insubordination und „Vernichtung aller rechtmäßigen Gewalt durchzusetzen, „und ihn bei der ersten schicklichen Gelegenheit geltend „zu machen. JJ. HH. glauben, daß dieser Zustand „der Sache die größte Aufmerksamkeit verdiene, nicht „allein von Seiten des Gouvernements der Oesterreichi„schen Niederlande, sondern auch von allen Königreichen „und Staaten, die die Folgen mit treffen dürften, falls „durch diese schädlichen Grundsätze die Verwirrung in „ersagten Niederlanden ausbrechen sollte. Nächstdem „sind JJ. HH. unterrichtet, daß das Gouvernement „der Oesterreichischen Niederlande, die dieser Gefahr am „nächsten ausgesetzt sind, darauf unablässig ein wachsa„mes Auge hat, und daß es zugleich ihrem Minister zu „Brüssel Eröffnungen gethan hat über die Nothwendig„keit, eine Vereinigung mit ihrem Staate einzugehen, „um dem Uebel zuvorzukommen, welches aus dem er„wähnten Zustande der Sachen entstehen könnte. Ihro „Hochmögenden werden mit dem größten Vergnügen „ꝛc. ꝛc. Wenn es Ihro Kaiserl. Majestät für nöthig „hielten, daß gemeinsame Maaßregeln ergriffen würden, „so wäre JJ. HH. geneigt, hierüber — eine Freund„schafts- und Nachbars-Convention — zur rechtmäßi„gen Erhaltung des Gouvernements in den Niederlan„den — zu errichten. Die Punkte, worauf JJ. HH. „wünschten, daß Bedacht genommen werde, sind fol„gende: — — 3) daß im Fall eines Aufruhrs und Re„bellion wider die rechtmäßige Regierung in einem der

„beiden Länder die hohen contrahirenden Theile, nach„dem sie vom Gouvernement darum requirirt worden, „sich einander schleunig zur Wiederherstellung der guten „Ordnung beistehen, und zu solchem Ende einen solchen „Beistand — stellen; und 5) daß die hohen Contrahenten „sich verbinden, gegenseitigen mißvergnügten und rebel„lischen Unterthanen kein Gebiet, sich zu versammlen, — „gestatten, und 6) daß man keine in den wechselseitigen „Landen erklärte Rebellen oder Flüchtlinge aufnehme (*).

(1) Politisches Journal 1790. Heft IV. S. 418.

(2) de *Hertzberg*, Rec. T. III. S. 64.

(3) Vergl. de *Martens*, Rec. T. III. S. 174. und T. IV. S. 566. ff.

(4) Polit. Journal 1790. Heft XI. S. 1216.

(5) de *Martens*, Rec. T. III. S. 342. über die Hindernisse bei der Ratification vergl. Polit. Journal 1792. Heft I. S. 18. und Heft II. S. 181.

(6) Polit. Journal von 1792. Heft I. S. 20. vergl. Heft II. S. 282. und Heft III. S. 250. ff.

(*) J. A. Schlettwein, die Ungerechtigkeit der Trennung der Niederlande vom Hause Oesterreich, und die Forderungen des europäischen Staats- und Völkerrechts wider dieselbige. 1790. 8.

§. 65.

39. Die französische Revolution.

Die Französische Revolution und die, für die Existenz aller Staaten gefährlichen, Grundsätze und Zwecke derselben erregten die Aufmerksamkeit und Dazwischen-

Digitized by Google

kunft faſt aller europäiſchen Mächte. Oeſterreich und Preußen kamen ſchon am 25ſten Jul. 1791 überein: de s'entendre et de s'employer pour effectuer incessament le concert auquel S. M. l'Empereur vient d'inviter les principales Puissances de l'Europe sur les affaires de France et de se porter de plus à leur requisition respective secours et assistance reciproque au cas que la tranquillité interne de l'un ou de l'autre état fut menacée de troubles (1) und vereinigten ſich zu Pillnitz am 27ſten des folgenden Monats: de régarder la situation ou se trouve actuellement S. M. le Roi de France comme *un objet d'un interêt commun à tous les souverains de l'Europe*; Elles esperent que cet intérêt ne peut manquer d'être reconnu par les Puissances, dont le sécours est réclamé et qu'en consequence elles ne refuseront pas d'employer conjointement avec Leurs Majestés les moyens les plus efficaces pour mettre le Roi de France en état d'affermir dans la plus parfaite liberté les bases d'un Gouvernement monarchique également convenable aux droits des Souverains et au bien être de la nation françoise, alors et dans ce cas Leurs Majestés sont résolues d'agir d'un matuel accord pour obtenir le but proposé et commun (1). Schon im Laufe des Julius-Monats erklärte der Wiener Hof in Verbindung mit den andern Höfen der franzöſiſchen National-Verſammlung: „daß der „König und ſeine Familie auf der Stelle wieder in „völlige Freiheit geſetzt und ihm die Macht gegeben wer„de, ſich allenthalben hin zu begeben, wohin er es für

„gut findet, daß er für alle diese Königliche Personen „die unverletzliche Sicherheit und Respect finden, wozu „das Natur- und Völkerrecht die Unterthanen gegen „ihre Regenten verpflichtet, daß alle ferneren Attentate „gegen die Freiheit, Ehre und Sicherheit des Königs, „der Königinn und der Königlichen Familie geächt wer„den würden, und daß sie als rechtmäßig in Frankreich „eingeführte Constitutions-Gesetze keine andre anerken„nen würden, als diejenigen, zu welchen der König im „Genusse einer völligen Freiheit seine freiwillige Ein„willigung gegeben, und daß sie endlich im Gegentheil „einstimmig verbunden, alle Mittel, die in ihrer Macht „sind, anzuwenden, um das Scandal einer Herrschafts„Usurpation zu beendigen, die das Gepräge einer offen„baren Empörung habe, und bei der es allen Regie„rungen in Europa angelegen sein würde, das schädli„che Beispiel zu unterdrücken (3).

Der Oesterreichische Hof- und Staatskanzler Fürst Kaunitz bemerkte, bei Gelegenheit der Erneuerung dieser Forderungen, in der Depesche vom 17ten Febr. 1797 an den K. K. Geschäftsträger in Paris von Blumendorf: „Man fordert auf, hierin eine Sylbe zu finden, die „nicht durch dasjenige gebilligt würde, was nach allen „Grundsätzen des Völkerrechts am heiligsten ist? Be„hauptete man selbst, daß die Französische Nation durch „ihre neue Constitution sich über die allgemeine Rechts„Verfassung aller Jahrhunderte und aller Völker erho„ben hätte, so würde man doch nicht ohne der Consti„tution selbst zu widersprechen, als eine Ligüe gegen „Frankreich eine Verbindung darstellen können, die allein

„zur Absicht hätte, jene Unverletzlichkeit des Königs und „der Monarchie zu unterstützen, die die neue Constitu„tion anerkennt, und als eine unveränderliche Grund„lage sanctionnirt" (4). Der ebengedachte berühmte „Staatsmann äußerte auch in der Circular-Depesche an „die K. K. Minister an verschiedenen fremden Höfen vom „1ten November 1791: daß den letztern von Seiten „des Oesterreichischen Cabinets die Eröffnung gemacht „sei, für die Erhaltung der monarchischen Regierungs„form in Frankreich, die in ihren Hauptstücken durch die „Fortschritte einer Volks-Anarchie angegriffen sei, welche „für alle Regierungen in Europa gefährlich werde, sich zu „vereinigen, es scheine aber, daß der größere Theil der Fran„zösischen Nation jetzt die Nothwendigkeit einsehe, die ein„zige Regierungsform zu erhalten, die für einen großen „Staat paßt, und sich daher neige, dem Throne die „Würde und den Einfluß wieder zu geben, die zu einer „monarchischen Verfassung wesentlich gehören (5)." Die Kaiserin Katharina II. sagte in der, im Jahre 1792 an ihre Unterthanen erlassenen, Proclamation unter andern: „politische, in einem Systeme speculativer Philosophie ge„schöpfte Einrichtungen haben in einem Königreiche die „alte Ordnung umgekehrt, um eine neue Ordnung der „Dinge einzuführen, welche auf Grundsätze gegründet „ist, die den Bedürfnissen eines großen gesellschaftlichen „und politischen Staats platterdings zuwider sind. — „— Welches entsetzliche Beispiel für alle Völker der Erde! „— — Opfert nicht treulosen und lügenhaf„ten Ideen die Vortheile eines Jahrhun„derts von Arbeiten, eure Ruhe und euer

„Glück auf! Die Bösen werden euch alles auf „der schönen Seite zeigen, sie werden eure „Einbildung mit den Gaukeleien einer Ide„alsouverainität unterhalten, sie werden „eurer Eigenliebe Gefechte liefern und euch „zu Grunde richten. Sie haben Frankreich „zu Grunde gerichtet, sie werden bald Polen „zu Grunde richten, und, wenn alle Völker „ihrem Beispiele folgen, so würden sie die „Welt ins Chaos zurückstoßen (°).

In der Wiener Gegen-Erklärung wider Frankreich wird unter andern angeführt: „Die wahren Verhält„nisse der, zwischen dem Kaiser und mehreren andern „Mächten zur Aufrechthaltung der öffentlichen Ruhe „und Ehre der Kronen getroffenen, Verabredung waren „in ganz Europa bekannt. Jedermann wußte, daß sie „durch die an dem allerchristlichen Könige verübten Ge„waltthätigkeiten — veranlaßt war, — dem Könige „fehlte derjenige Grad von wirklicher Freiheit, Sicher„heit und Macht, welcher nothwendig ist, um den „Grundgesetzen eines monarchischen Staats das Siegel „der Rechtmäßigkeit aufzuprägen — und Frankreich — war „in dem Zustand von allgemeiner Unordnung und Volks„gewaltthätigkeit, welche nach den Begriffen aller Zeiten, „den Zustand der Anarchie bezeichnen; das Betragen „der Mächte — war demnach eben so gemäßigt, als „gerecht. Die einfachsten Begriffe von mo„narchischer Regierung berechtigen eine Ver„einigung, welche den Endzweck hatte, Frank„reichs gesetzmäßigen König zu unterstützen,

und

„und dieses Reich vor der gänzlichen Zerstö-
„rung einer Regierungsform zu bewahren,
„deren wesentliche, von der Constitution
„selbst als unverletzbar anerkannten, Grund-
„lage, ohne in die Schuld einer offenbaren
„Empörung zu fallen, nicht umgestoßen wer-
„den konnte. Von einer andern Seite war
„es Pflicht dieser Mächte, zur Rettung ihrer
„eigenen Sicherheit, der Fortsetzung eines
„Systems von Volks-Anarchie zu widerstre-
„ben, dessen heillose Grundsätze man durch
„die gefährlichsten Mittel in allen Staaten
„von Europa auszubreiten sich bemühete. —
„Nichts ist daher einleuchtender, als die Un-
„gerechtigkeit des Vorwurfs, daß man die
„Unabhängigkeit und Sicherheit der Franzö-
„sischen Nation verletze. — Es ergiebt sich auf die
„überzeugendste Art, daß es nur von denjenigen, welche
„jetzt in Frankreich die Oberherrschaft ausüben, abhan-
„ge, diese Verabredung dadurch ganz außer Wirkung
„zu setzen, daß sie die Ruhe und Gerechtsame anderer
„Mächte ungestört lassen, und in ihrem Vaterlande die
„wesentlichsten Bestandtheile der monarchischen Regie-
„rungsform gegen die Angriffe der Gewaltthätigkeit und
„Anarchie sicher stellen. — Und indem die neuen Macht-
„haber in Frankreich den Souverainen in Europa die
„Pflicht und das Recht, über die Folgen der neuen fran-
„zösischen Constitution Besorgnisse zu schöpfen, streitig
„machen, untergraben sie, so viel an ihnen liegt, alle
„Regierungen, da sie sich bestreben, das Gift der Ver-

„führung über ganz Europa zu verbreiten. Der König „von Ungarn und Böhmen ist demnach vollkommen berechtigt, den Unwillen und die „Unterstützung von ganz Europa in einer Sache, welche die gemeinschaftliche Ehre und „Sicherheit aller Regierungen beleidigt, aufzufordern (7).

Im Preußischen Kriegs-Manifest gegen Frankreich wurden als Gründe der Kriegs-Erklärung angeführt: „Die Verletzung der Verträge, welche Deutschland und „Frankreich verbinden, die Verbreitung von „Grundsätzen, welche jede gesellschaftliche „Ordnung zerstören, und eben dadurch die „Ruhe und das Glück der Völker untergraben, und durch ihre Ausbreitung auch in „andren Ländern den Saamen der Zügellosigkeit und der Anarchie ausstreuen, die „Aufstellung von Grundsätzen, welche alle „Regierungsformen angreifen, und sie in „ihren Grundfesten zu erschüttern suchen.

„Der letzte Endzweck endlich Sr. Majestät geht dahin, den nicht zu berechnenden traurigen Folgen vorzubeugen, welche jener, auf den Umsturz aller bürgerlichen Ordnuug und der nach den Gesetzen vertheilten „Macht abzweckende, Schwindelgeist der Zügellosigkeit „und Anarchie für Frankreich, für Europa und für die „gesammte Menschheit nach sich ziehen könnte, und dessen fernere Fortschritte schon das traurige Beispiel Frankreichs hätte aufhalten sollen. Keine, bei der Erhaltung „des Gleichgewichts von Europa mehr oder weniger in-

„tereſſirte, Macht kann gleichgültig dabei bleiben, daß „dieſes Königreich, welches vormals ſo weſentlich dazu „mitwirkte, den innern Erſchütterungen, der abſcheulich„ſten Zerrüttung und Anarchie, wodurch ſein politiſches „Daſeyn faſt ganz vernichtet iſt, länger überlaſſen bleibe. „— Es iſt daher eine der vorzüglichſten Abſichten Sr. „Majeſtät und Ihrer hohen Alliirten, der Anarchie in „Frankreich ein Ende zu machen, zu dieſem Zweck die „geſetzliche Macht nach den weſentlichen Grundſätzen einer „monarchiſchen Regierungsform herzuſtellen, und da„durch andre Staaten gegen die aufwiegelnden Unter„nehmungen einer wüthenden Rotte zu ſichern (8).

„Oeſterreich und Preußen äußerten in dem „gemeinſchaftlichen Kriegs-Manifeſt: Man habe ſich be„waffnet, die geſellſchaftliche und politiſche Ordnung „bei allen gebildeten Völkern zu erhalten, um jedem „Staate ſeine Religion, ſeine Wohlfahrt, ſeine Unab„hängigkeit, ſein Gebiet und ſeine wahre Verfaſſung „zu ſichern; alle Souveraine könnten als gemeinſchaft„lich verbundene Garants des Wohls der Menſchheit „nicht umhin, ihre Kräfte zu vereinigen, um die Welt „vor dem anarchiſchen Umſturz zu ſichern, womit ſie be„drohet werde. Die Ruhe von Europa hänge nothwen„dig von der Ausführung der zwiſchen den verſchiedenen „Souverains beſtehenden Tractaten ab, und dieſe Trac„tate ſelbſt hangen von dem Beſtande der Conſtitution „der Staaten ab, die ſie geſchloſſen haben. Die Verrü„ckung und Vernichtung des politiſchen Gleichgewichts „würde alſo dahin zielen, den Frieden von Europa zu „ſtöhren, und alte Zwiſtigkeiten und aufgegebenen For-

„derungen zu erneuern. — Die Weisheit der Souve„rains muß so großen Uebeln vorbeugen, und in dieser „Hinsicht glauben sich J. K. und K. M. M. für die „Ruhe und die allgemeine Sicherheit, und für das „Privatglück ihrer Unterthanen, so wie für das wohl„verstandene Interesse Frankreichs selbst verpflichtet, „die Waffen zu ergreifen, um der Vernichtung der „Französischen Monarchie zuvorzukommen, und keinen „Keim der Empörung darin bestehen zu lassen, der be„ständig alle Souverains und alle Völker bedrohen „würde (9).

In eben diesem Geiste erklärten sich auch Schweden (10), Spanien (11), das deutsche Reich (12), Großbrittannien, die vereinigten Niederlande und fast alle Mächte Europens. In der, zwischen Rußland und Großbrittannien unterm 25sten März 1793 geschlossenen, Convention (13) äusserten beide Theile: les personnes qui ont exercé le pouvoir du gouvernement en France ayant, après avoir plongé leur propre pays dans la misère la plus affreuse, adopté envers les autres puissances de l'Europe des mésures également injustes et offensives en se conduisant à leur égard d'après des principes incompatibles avec la sureté et la tranquillité de tous les états independants et même avec l'existence de tout ordre social — Leurs Majestés ont jugé à propos de se concerter ensemble sur les moyens d'opposer une barrière aux dangers qui menacent l'Europe entière par une suite de tels principes vues et conduite — — — afin de garantir pour le

futur la tranquillité publique et la surêté de l'Europe. Spanien und Großbrittanien ſchloſſen am 25. May deſſelben Jahres (14) eine Allianz: pour le retablissement de la tranquillité publique et le maintien du système général de l'Europe, ſo wie Großbrittannien und beide Sicilien unterm 12. Julius deſſelben Jahres (15), weil beide Mächte überzeugt ſind du danger qui ménace l'Europe en conséquence de la conduite de ceux qui tiennent actuellement les pouvoirs du Gouvernement en France, des vues qu'ils ont manifestées et des principes qu'ils s'efforcent de propager partout, und pour pourvoir à la surêté et à la tranquillité future de leurs Etats, aussi bien qu'aux interêts généraux de l'Europe. Auch in der, zwiſchen Großbrittannien und Preußen am 14ten Jul. 1793 geſchloſſenen, Convention ward als Veranlaſſung derſelben angeführt: que les personnes qui exercent les pouvoirs du Gouvernement en France — adoptent des mesures également injustes et offensantes et se conduisent d'après des principes incompatibles avec la surêté et la tranquillité de tous les Etats indépendans et même avec l'existence de tout ordre social (16).

(1) *de Martens*, Recueil T. V. S. 1.

(2) *de Martens*, Recueil T. V. S. 35.

(3) Politiſches Journal 1792. Heft III. S. 253.

(4) Daſ. S. 254.

(5) Ebendaſ. S. 261.

(6) Daſelbſt Heft IV. S. 359.

(7) Daſelbſt Heft VII. S. 717.

(8) Daſelbſt. S. 802.

(9) Ebendaſ. S. 870. ff.

(10) Polit. Journal 1791. Heft XII. S. 1352.

(11) Daſelbſt 1793. Heft II. S. 113. und Heft V. S. 461. v. 1794. Heft XI. S. 139.

(12) Daſelbſt Heft VII. S. 675.

(13) *de Martens*, Recueil T. V. S. 115.

(14) Daſelbſt. S. 153.

(15) Ebendaſelbſt S. 158.

(16) Daſelbſt S. 168.

§. 66.

40. Polniſche Verfaſſung (1791).

Bei Gelegenheit der, im Jahr 1791 in Polen erfolgten, Veränderung der Verfaſſung, übergab der Kaiſerlich Ruſſiſche Geſandter zu Warſchau dem Reichstage unterm 11/18 Mai 1792 eine Note, in welcher, unter Entwickelung der, in der neuen Conſtitution enthaltenen Verletzung der von Rußland garantirten bisherigen Verfaſſung, erklärt ward, daß die Kaiſerin Truppen ins Gebiet der Republick einrücken laſſen werde „um „der letztern ihre Freiheit und die Geſetze wieder zu ge„ben, welche die vermeintliche Conſtitution vom 3. Mai „1791 ihr geraubt hat" (1). Oeſterreich und Preußen kamen durch den Wiener Traktat vom 25. Juli 1791

(2) überein: les interêts et la tranquillité des puissances voisines de la Pologne rendant infiniment désirable qu'il s'établisse entre Elles un concert propre à éloigner toute jalousie — les cours de Vienne et de Berlin conviendront et inviteront la cour de Russie de convenir avec Elles, qu'Elles n'entreprendront rien pour altérer l'integrité et le maintien de la libre constitution de Pologne, qu'Elles ne chercheront jamais à placer un Prince de leur maison sur le trône de Pologne ni par le mariage de la Princesse infante, ni dans le cas d'une nouvelle élection et n'employeront point leur influence dans l'un ou l'autre cas en faveur d'un Prince hors d'un concert mutuel entre Elles. Die im Jahre 1792 erfolgte Aufhebung der Verfassung von 1791 (3) war mit so bedeutenden inneren Unruhen verbunden, daß Oesterreich, Rußland und Preußen sich abermals genöthigt sahen, zur Unterdrückung derselben Truppen in Polen einrücken zu lassen. Preußen äußerte dabei in der Erklärung vom 25. März 1793 (4): „die „Polnische Nation habe sich unablässig mit verderbli„chen Planen beschäftigt, welche die Aufmerksamkeit der „benachbarten Mächte reitzen mußten — was aber be„sonders die ernstlichsten Besorgnisse der benachbarten „Mächte erwecken mußte, sei der in Polen immer mehr „überhand nehmende Empörungs-Geist und der sicht„bare Einfluß, welchen jenes verabscheuungswürdige „Bestreben gewonnen habe, durch welches alle bürger„liche, politische und religiöse Bande zerrissen worden. „Wenn schon in jedem Lande die Anarchie und Aus-

„breitung solcher zerstörender Grundsätze immer mit dem „Verlust der Ruhe und Glückseeligkeit seiner Einwoh„ner verbunden sein müsse; so sein besonders in einem „Lande, wie Polen, ihre verwüstenden Folgen um desto „mehr zu befürchten, da sich diese Nation durch Unruhe „und Partheigeist immer ausgezeichnet habe und dabei „mächtig genug sei, um durch diese Unruhen selbst ih„ren Nachbaren gefährlich zu sein. Es würde aber „sowohl gegen die ersten Regeln einer gesun„den Staatsklugheit, als gegen die Pflich„ten streiten, welche Uns für die Erhaltung „der Ruhe in Unsren Staaten obliegen, wenn „Wir bei einem solchen Zustande der Dinge „in einem benachbarten großen Reiche müßi„ger Zuschauer bleiben und den Zeitpunkt „abwarten wollten, wo die Faction stark ge„nug sich fühlt, um öffentlich aufzutreten, „da alsdann selbst Unsre eigenen benachbar„ten Provinzen durch die Folgen der Anar„chie an Unsren Gränzen mancherlei Gefah„ren ausgesetzt sein würden. Wir haben daher „gemeinschaftlich mit Ihrer Russischen Kaiserlichen Ma„jestät und mit Beistimmung Sr. Majestät des Römi„schen Kaisers anerkannt, daß die Sicherheit Unsrer „Staaten erfordere, der Republick Polen solche Schran„ken zu setzen, welche — ihr die Mittel erleichtern sich „ohne Nachtheil ihrer Freiheit eine wohlgeordnete, feste „und thätige Regierungsform zu verschaffen, sich in dem „ungestörten Genusse derselben zu erhalten und dadurch „den Unordnungen vorzubeugen, welche so oft ihre ei-

„gene Ruhe erschüttert und die Sicherheit ihrer Nach-
„baren in Gefahr gesetzt haben.“ In der Russischen Er-
„klärung vom 9. April 1793 (5) heißt es: „Die Fac-
„tionisten bestreben sich auch, jene höllische Lehre in den
„Schooß der Republick einzuführen, welche eine ruchlose
„Secte — zur Auflösung aller religiösen, bürgerlichen
„und politischen Gesellschaften erzeugt hat — die Er-
„richtung solcher Werkstätte der Empörung, welche für
„alle Mächte, deren Staaten an der Republick grän-
„zen, so gefährlich sind, hat natürlich ihre Aufmerk-
„samkeit auf sich ziehen müssen. Sie haben sich ge-
„meinschaftlich mit den Maasregeln, beschäftigt, die am
„dienlichsten sind, das Uebel in seiner Geburt zu er-
„sticken und die Ausbreitung der Ansteckung desselben
„von ihren eigenen Gränzen abzuhalten. Ihro Majestät
„die Kaiserin und Sr. Majestät der König von Preu-
„ßen haben mit Einstimmung Sr. Majestät des Römi-
„schen Kaisers zu ihrer resp. Sicherheit keine derselben
„wirksamer erachtet, als der Republick — die Maaßre-
„geln zu erleichtern, sich, unbeschadet ihrer alten Freiheit,
„eine weise, geordnete und zugleich eine solche Regie-
„rung zu verschaffen und zu erhalten die Kraft genug
„hat, um alle Unordnungen und Unruhen zu verhindern
„und zu unterdrücken, die so oft ihre eigene Ruhe und
„die ihrer Nachbaren gestört haben.“

Diese Verhältnisse wurden durch Verträge zwischen der Republik Polen und den Höfen von Petersburg und Berlin beigelegt. Der Russisch-Polnische Tractat vom 13. Juli 1793 (6) erklärt: les troubles et les dissensions qui ont eclaté dans le royaume de Po-

logne à la suite de la révolution de 3. Mars 1791 dans un ancien Gouvernement d'une manière arbitraire et violente, ayant continué de fermenter et de s'étendre au point — qu'il en est resulté un danger manifeste pour la tranquillité et la surêté des Etats limitrophes, S. M. J. a cru devoir à cette considération — de s'entendre et de se concerter avec les puissances voisines sur les moyens les plus propres à pouvoir u. s. w. — und beſtimmt Art. V: S. M. l'Impertrice envisage comme une consequence immédiate de l'engagement qu'Elle a pris — de ne s'opposer à aucun changement à la forme de Gouvernement que S. M. le Roi et la republique de Pologne jugeront nécessaire de faire à l'ancienne constitution conformement au voeu de la nation entière, qui aura été librement manifesté par ses répresentans legitimement convoqués en la Diète présente et pour ne laisser aucun doute à ce sujet, Elle s'engage de reconnoître nonseulement une pareille constitution établie du consentement spontané et légal de la Nation, mais d'y étendre sa garantie. Der, zwiſchen Preußen und Polen am 23. September deſſelben Jahres zu Grodno geſchloſſene, Allianztraktat (7) ſtimmt hiemit weſentlich überein und beſtimmt im Art. VI: S. M. le Roi de Prusse desire contribuer à la tranquillité de la Republique de Pologne en autant qu'il depende d'Elle et consente de concourir au cas qu'elle en sera requise parla nation, à la garantie des constitutions, qui seroient établies à la Diète actuellement

assemblée à Grodno. Rußland übernahm im Art. XV. des, eben daſelbſt am 5/16ten Oct. deſſelben Jahres mit der Krone und Republik Polen geſchloſſenen, Tractats die Garantie der Verfaſſung: S. M. Imp. garantit et garantira toutes les constitutions, loix cardinales et autres réglemens majeurs d'Etat, que la Ser. Rep. de Pologne jugera à propos d'établir et de porter en la présente diète confédérée; mais cette garantie n'exclurera pas les droits de faire des améliorations et des changemens, que la Ser. Rep. jugera à propos de faire, dans ces matières dans une nouvelle diète. Cependant comme la constitution de l'etat et la forme de son Gouvernement doivent influer essentiellement sur la tranquillité de la République au dehors et au dedans et par contre-coup sur celle de l'Empire de Russie en vertu des liens par lesquels il vient de s'unir avec la Pologne et que d'ailleurs une experience malheureuse n'a que trop appris aux Polonois, combien les suites des changemens précipités dans la forme établie du gouvernement sont désastreuses, S. M. le Roi et la ser. rép. s'engagent de leur côté à n'entreprendre et à n'effectuer aucun de ces changemens ni aucune de ces améliorations, qui pourroient porter atteinte à la forme du Gouvernement à établir, qu'en se concertant avec S. M. l'Imperatrice, ses Successeurs et heritiers (2).

(1) Politiſches Journal v. 1792. Heft VI. S. 577.

(2) *de Martens*, Recueil T. V. S. 7.

(3) Polit. Journal 1792. Heft VIII. S. 855.

(4) Daſelbſt 1793. Heft I. S. 76. und Heft III. S. 381.

(5) Daſelbſt. Heft IV. S. 429.

(6) de *Martens*, T. V. S. 489.

(7) Daſelbſt S. 202.

(8) Daſelbſt. S. 222.

§. 67.

41. Auflöſung Polens. (1795.)

Als bei den fortdauernden Unruhen in Polen, dieſer Staat aufgelöſet ward, führte Rußland in der Declaration vom 23. Dec. 1794./3. Jan. 1795. an: Les efforts, que S. M. I. a été obligée d'employer pour reprimer et étouffer la révolte et l'insurrection qui ont éclaté en Pologne dans les vues les plus pernicieuses et les plus dangereuses pour la tranquillité des Puissances, qui avoisinent cet Etat, ayant été couronnées par le succès le plus heureux — S. M. s'est empressée d'avance à se concerter avec ses deux alliés, l'Empereur des Romains et le Roi de Prusse, sur les mésures les plus efficaces à prendre, pour prévenir la renaissance de troubles pareils à ceux qui les avoient alarmés à si justes titres et dont les germes toujours fermentant dans des esprits profondement imbus des principes les plus pervers, ne manqueroient pas de se reproduire tôt ou tard, s'il n'y est pourvu par un gouvernement ferme et vigoureux. Ces deux Souverains, convaincus par l'expérience du passé de l'incapacité

absolue de la République de Pologne de se donner un tel Gouvernement ou de vivre paisiblement sous ses loix, en se maintenant dans un état d'indépendance quelconque, ont reconnu dans leur sagesse et dans leur amour pour la paix et le bonheur de leurs sujets, qu'il etoit de nécessité indispensable de récourir et de procéder à un partage total de cette république entre les trois puissances voisines (1).

(1) *de Martens*, Recueil T. VI. S. 699. ff.

§. 68.

42. Veränderung der Regierungsform in Venedig (1797.).

Vermöge des Art. 2. des, am 16ten Mai 1797 zu Mailand zwischen den Republiken Frankreich und Venedig geschlossenen, Tractats (1) ward bestimmt: Le grand conseil ayant à coeur le bien de sa patrie et le bonheur de ses concitoyens et voulant que les scènes qui ont eu lieu contre les Francois ne puissent plus se renouveller, rénonce à ses droits de souverain, ordonne l'abdication de l'aristocratie héréditaire et reconnoit la souveraineté de l'état dans la réunion de tous les citoyens, sous la condition expresse cependant que le nouveau gouvernement garantira la dette publique nationale u. s. w., so wie nach Art. 3: la République françoise — voulant contribuer autant qu'il est en elle à la tranquillité de la ville de Venise et au bonheur de ses habitans, accorde une division de troupes françoises pour y maintenir l'or-

Digitized by Google

dre et la sûreté des personnes et des propriétés et pour seconder les prémiers pas du Gouvernement dans toutes les parties de son administration.

(1) *de Martens*, Recueil T. VII. S. 187.

§. 69.

43. Regierungs-Veränderung in Genua (1797.).

Auch in dem, zwischen den Republiken Frankreich und Genua am 6ten Jun. 1797 geschlossenen, Tractat (1) ward nicht allein festgesetzt: le gouvernement de la république de Gênes reconnoit que la souveraineté réside dans la réunion de tous les citoyens du territoire génois und, le peuple se retrouvant réintégré dans ses droits, toute espèce de privilége et d'organisation particulière, qui rompt l'unité de l'état, se trouve nécessairement annullée, sondern auch die Grundlage der neuen Verfassung selbst bestimmt und Französische Hülfe zu deren Einführung versprochen (1).

(1) *de Martens*, Recueil T. VII, S. 191.

§. 70.

44. Verfassung der Cisalpinischen Republik (1797.).

Durch den, vom General Bonaparte Namens der Französischen Republik unterm 29sten Jun. 1797 erlassenen, Beschluß ward der Cisalpinischen Republik die französische Verfassung, qui est le résultat des connoissances de la nation la plus éclairée, ertheilt, und

dabei bestimmt, daß das Französische Directorium pour que ce passage du régime militaire à un régime constitutionel se fasse sans sécousses et sans anarchie zum erstenmahle zu den Aemtern in der neuen Republik ernennen werde (1). In dem Allianz-Tractat von 1797 versprach Frankreich der neuen Republik die Garantie de l'abolition de tout Gouvernement antérieur à celui qui la régit maintenant (2).

(1) *de Martens*, Recueil T. VII. S. 197.

(2) Daselbst. S. 243.

§. 71.

45. Verfassung von Veltlin (1797.).

Bonaparte, Namens der Französischen Republik, vereinigte durch den Beschluß vom 10ten Oct. 1797 (1) die Provinzen Veltlin, Chiavenna und Bormio, welche den Graubündnern den Gehorsam aufgekündigt, und sich für unabhängig erklärt hatten, mit der Cisalpinischen Republik, und führte als Gründe an: beide Theile hätten die Vermittelung der Französischen Republik angerufen, die Graubündischen Deputirten aber zu den Vermittelungs-Conferenzen sich nicht eingefunden: la république française au moyen de la demande faite par les Grisons est devenue médiatrice et comme l'arbitre du sort de peuples, il est hors de doute que les Grisons ont violé les capitulations qu'ils étoient tenus d'observer envers les peuples de la Valteline, Chiavenna et Bormio et que conséquement ceux ci-sont rentrés dans les droits que la na-

ture donne à tous les peuples, qu'un peuple ne peut être sujet d'un autre peuple, sans violer les principes du droit public et naturel, que le voeu des habitans de la Valteline etc. est bien prononcé pour leur réunion à la république Cisalpine, que la conformité des religions et des langues, la nature de localités, communications et du commerce autorise également cette réunion de la Valteline etc. à la république cisalpine, de laquelle d'ailleurs ces trois pays ont été autrefois démembrés et que depuis le décret des communes qui composent les trois Ligues-Grises, le parti qu'auroit du prendre le médiateur d'organiser la Valteline en quatrième ligue se trouve rejetté et que par conséquent il ne reste plus de refuge à la Valteline contre la tyrannie que dans la réunion à la république Cisalpine.

(1) *de Martens*, Recueil T. VII, S. 199.

§. 72.

46. Auflöſung der deutſchen Reichsverfaſſung (1806.)

Napoleon erklärte am 1ſten Auguſt 1806 der Reichsverſammlung zu Regensburg, daß er mit mehreren deutſchen Fürſten den Rheinbund geſchloſſen habe, weil: la France, si essentiellement interessée au maintien de la paix dans le midi de l'Allemagne, ne pouvoit pas douter que du moment où elle auroit fait repasser le Rhin à ses troupes, la discorde, conséquence inévitable de rélations contradictoires et incertaines

mal

mal définies on mal connues, aurait compromis de nouveau le repos des peuples, obligée d'ailleurs de concourir au bien-être de ses alliés et de les faire jouir de tous les avantages que le traité de Presbourg leur assure et qu'elle leur a garantis, la France n'a pu voir dans la confédération — qu'une suite naturelle — de ce traité. Depuis longtems des altercations — avaient reduit la constitution germanique à n'être plus qu'une ombre d'elle même. — — — Sa Majesté l'Empereur et Roi est donc obligé de déclarer, qu'il ne reconnait plus l'existence de la constitution germanique.—

§. 73.

47. Auflöſung des Franzöſiſchen Kaiſerthums und neue Geſtaltung des europäiſchen Völker-Syſtems (1814)

Auch bei der Auflöſung des franzöſiſchen Kaiſerthums und der, darauf erfolgten, neuen Geſtaltung des europäiſchen Völker-Syſtems ward, wie die hieher gehörigen Verhandlungen und Verträge beweiſen, dieſer Grundſatz mehrmals anerkannt und bethätigt.

§. 74.

48. Spaniſche Revolution 1820.

Der Kaiſerl. Ruſſiſche Hof erließ in Beziehung auf die ſpaniſche Revolution und auf die, von Seiten der ſpaniſchen Regierung an ihn und die übrigen Mächte ergangene, Bekanntmachung derſelben, im Jahre 1820 an die Ruſſiſchen Geſandten folgende Circular-Note:

Digitized by Google

„Wenn man die weite, uns von Spanien und den Staaten, die am besten im Stande sind, die Art der Unglücksfälle, womit es bedroht wird, zu ergründen, trennende Entfernung erwägt, so sieht man leicht ein, wie schwierig und zart die Lage des Kaiserl. Ministeriums zu den Repräsentanten der Spanischen Nation sey. Die Revolution auf der Halb-Insel zieht die Aufmerksamkeit beider Welten auf sich; die Angelegenheiten, über die sie entscheiden wird, sind die Angelegenheit der Welt, und wenn es je der Wunsch des Kaisers war, seine Meinung nach den Meinungen seiner Bundesgenossen zu bestimmen, so war es sicher in dem Augenblicke, da die Note des Ritters Zea Sr. Majestät die Verbindlichkeit auflegte, sich über ein Ereigniß zu erklären, welches vielleicht die Zukunft aller-gesitteten Nationen umfaßt. Dennoch war diese Verbindlichkeit vorhanden; denn zu unsern Zeiten wird jede Veranlassung des Zweifels eine Waffe für die Uebelwollenden. Die Nothwendigkeit, dem Herrn Zea eine Antwort zu geben, war demnach augenscheinlich; aber bey einem so wichtigen Umstande schien es natürlich, daß der Kaiser vor Fassung eines Urtheils wohl den Zweck erwäge, welchen die verbündeten Höfe sich in ihren Beziehungen mit Spanien gesetzt hatten; daß er die Wünsche, die sie dieser Macht geäußert, in Betracht zöge, und daß er die Grundsätze der Europäischen Politik zu Führern seiner eignen wählte.“

„Mehr als eine politische Acte hat seit 1812 bewiesen, welche großmüthige Sorge die Europäischen Höfe für Spanien trugen. Sie bezeigten der edlen Standhaftig-

Digitized by Google

keit, womit dessen muthige Einwohner das fremde Joch zurückwiesen, ihren Beifall. Sie huldigten ihrer Weisheit, als sie um den constitutionellen Thron die theuersten Interessen des Vaterlandes versammelten, die Interessen der Unabhängigkeit. Endlich seit der Epoche, wo die Vorsehung Ferdinand VII. unter sein Volk zurückführte, hörten sie nicht auf, zu erkennen, daß feste Einrichtungen allein auf die Grundlagen der Spanischen Monarchie errichtet werden könnten. Die verbündeten Souverains thaten noch mehr. Bei den langwierigen Unterhandlungen über die Differenzen wegen des Rio de la Plata und die Beruhigung der Colonien gaben sie zur Genüge zu erkennen, daß jene Institutionen nicht mehr ein Mittel des Glücks und des Friedens seyn würden, wenn sie von der Schwäche, als letzte Maaßregel des Heils, angenommen würden, statt daß sie von dem Wohlwollen als eine freie Bewilligung gegeben werden müßten."

„Laßt uns auf der andern Seite die großen Verhandlungen, die den Bund von Europa gestiftet, zu Rathe ziehen. Welches ist der Gegenstand der Verbindlichkeiten, die vom 3ten bis 15ten November erneuert wurden? Die verbündeten Monarchen hatten die letzten Spuren der Französischen Revolution vertilgt; aber diese Revolution schien neues Unglück gebähren zu wollen. Es war also Pflicht und Plan der Monarchen, zu verhindern, daß der nämliche Sturm, von dem nämlichen Horizonte ausgehend, nicht zum drittenmale Europa verheerte. Aber, als wären die Schrecken, die Frankreich erregte, und dessen Zustand noch einflößt,

als wären der Ungewißheiten der Regierungen und der Völker über ihr Schicksal nicht genug gewesen, mußte der Genius des Bösen sich einen neuen Schauplatz wählen, mußte Spanien ihm ein neues Opfer werden. Die Revolution mußte also ihren Boden verändern; aber die Obliegenheiten der Monarchen können nicht anderer Art werden, und die Macht der Insurrectionen ist in Spanien nicht weniger furchtbar oder gefährlich, als sie in Frankreich gewesen seyn würde."

„Demnach konnten Se. Majestät in Uebereinstimmung mit ihren Bundesgenossen der Halb-Insel und ihren überseeischen Provinzen nur eine Regierungsform wünschen, die sie als die einzige betrachten, die in diesen unheilsvollen Zeiten einige Hoffnung verspricht; aber kraft ihrer Verpflichtungen vom 3ten bis 15ten Nov. mußten Se. Majestät die ins Werk gestellten revolutionnairen Mittel, Spanien neue Institutionen zu geben, aufs höchste mißbilligen. Diese doppelte Idee findet sich in der beigeschlossenen Antwort, die auf Befehl Sr. Majestät dem Ritter Zea gegeben worden, entwickelt. Der Kaiser zweifelt nicht, daß seine erhabenen Bundesgenossen ihren Inhalt genehmigen werden, und vielleicht haben sie selbst schon ähnliche an den Hof von Madrid erlassen. Gleiche Wünsche mögen ihnen eine gleiche Sprache eingegeben haben, und überzeugt, wie Se. Maj., daß das Verbrechen nur unreine Früchte tragen könne, haben sie ohne Zweifel mit Ihnen das Attentat beweinet, welches die Annalen Spaniens befleckt. Wir wiederholen, es ist beweinenswerth. Es ist es für die Halb-Insel, für Europa

Digitized by Google

und Spanien ist jetzt den Völkern beider Halb-Kugeln das Beispiel einer versöhnenden Handlung zu geben schuldig. Bis dahin kann es Ihnen nur, als ein trauriger Gegenstand Ihrer Besorgnisse, Furcht vor der Ansteckung ähnlicher Uebel einflößen."

„Kann man aber gleichwohl, umringt mit solchen Elementen des Unglücks und bei der Vereinigung so vieler Gründe zur Unruhe für die wahren Freunde des Wohls der Nationen, eine bessere Zukunft erwarten? Giebt es noch eine weise und heilende Maaßregel, Spanien mit sich selbst und den übrigen Europäischen Mächten zu versöhnen? Wir wagen nicht, es zu behaupten; denn die Erfahrung hat uns gelehrt, die Hoffnung eines glücklichen Ausganges als eine Täuschung anzusehen; aber wenn man sich auf Berechnungen, die das persönliche Interesse anzudeuten scheint, verlassen dürfte; wenn es erlaubt wäre, anzunehmen, daß die Cortes dem Interesse ihrer eigenen Erhaltung folgen würden: so könnte man glauben, sie würden eilen, Alles durch eine feierliche Maaßregel zu vernichten, was die in Spanien erfolgte Regierungs-Veränderung Strafbares in ihren Umständen hat. Hier ist das Interesse der Cortes mit dem Europa's das nämliche."

„Das irregeleitete Kriegsvolk, welches sie beschützt hat, kann sie morgen verfolgen, und es scheint ihre erste Pflicht gegen Spanien, gegen sich selbst, gegen ihren Monarchen zu seyn, zu erklären, daß sie nie die Insurrection für gesetzmäßig halten werden. Hoffnungen dieser Art scheinen daher nicht ohne allen Grund zu seyn; doch ist der Kaiser weit entfernt, sie zu näh-

Digitized by Google

ren, und wenn er die Möglichkeit eines so heilbringenden Resultats annähme, so würde er sie nur in der Einstimmigkeit, die sich in der Meinung der Hauptmächte Europa's über die Acte, mit welcher die Spanischen Repräsentanten die Eröffnung ihrer Rathschlagungen bezeichnen müßten, aussprechen wird, finden. Diese immer so mächtige Uebereinstimmung, wenn sie den Character einer unwiederruflichen Handlung angenommen, möchte vielleicht die Gemüther der ausgezeichnetesten Mitglieder des Ministeriums Sr. Kathol. Majestät zur Ueberzeugung führen, und die verbündeten Höfe scheinen ein leichtes Mittel zu haben, ihren Ausdrücken diese imposante Einstimmigkeit zu geben. Ihre Minister in Frankreich haben bis auf den heutigen Tag in Ihrem Namen mit dem Bevollmächtigten des Madrider Hofes in Unterhandlung gestanden. Könnten sie ihm nicht jetzt gemeinschaftlich Bemerkungen übergeben, von denen der Haupt-Inhalt folgen wird, und die der Spanischen Regierung das Betragen und die Grundsätze der verbündeten Mächte in Erinnerung bringen würde?"

„Die fünf Minister würden sprechen, die Monarchen haben nie aufgehört, für das Wohl Spaniens Wünsche zu hegen, und werden es ferner thun. Sie haben gewünscht, daß in Spanien wie in America Institutionen, gemäß den Fortschritten der Civilisation und den Bedürfnissen der Zeit, allen Spaniern lange Jahre des Friedens und des Glücks verschaffen möchten. Auch das ist jetzt noch ihr Wunsch. Sie wünschten außerdem, daß diese Institutionen durch die gesetzliche Art, mit welcher

sie eingeführt werden, eine wahre Wohlthat würden. Das wünschen sie auch in diesem Augenblick noch."

„Diese letzte Bemerkung wird die Minister Sr. Kathol. Maj. errathen lassen, mit welchem Bedauern und Schmerz sie die Begebenheit des 9ten März, und was dem zuvorgegangen, vernommen. Ihrer Meinung nach fodert Spaniens und Europa's Heil, daß dieses Verbrechen nicht anerkannt, daß dieser Fleck abgewaschen, dieser Scandal vernichtet werde. Den Cortes scheint die Ehre einer solchen Genugthuung zu gebühren. Sie müssen laut das Mittel, eine neue Regierungsart in ihr Vaterland einzuführen, beweinen und mißbilligen, und, eine weise constitutionelle Verwaltung befestigend, strenge Gesetze gegen Aufruhr und Revolte geben. Dann und nur dann können die verbündeten Cabinette mit Spanien freundschaftliche und vertrauliche Verbindungen unterhalten."

„Gemeinschaftlich von den Repräsentanten der fünf Höfe entwickelt, würden diese Bemerkungen sogleich dem Spanischen Minister das Verfahren andeuten, welches die verbündeten Regierungen zu beobachten beabsichtigen, im Fall die Folgen des 9ten März in Spanien die Unruhen und Anarchie fortdauern machten."

„Finden diese heilsamen Rathschläge Gehör, geben die Cortes ihrem Könige, Namens der Nation, ein Unterpfand des Gehorsams, werden sie die Ruhe Spaniens und den Frieden Süd-America's auf dauernde Grundlagen bauen, dann wird die Revolution in dem nämlichen Augenblicke, wo sie zu triumphiren glaubte, besiegt seyn."

Digitized by Google

„Würden sich im Gegentheil zu gerechte Besorgnisse bestätigen, dann hätten wenigstens die fünf Höfe eine heilige Pflicht erfüllt, dann hätten sie wenigstens aufs neue ihre Grundsätze dargelegt und den Zweck und die Handlungsweise des Europäischen Bundes bezeichnet.“

„Der Kaiser erwartet die Antworten der Höfe von Wien, London, Berlin und Paris über die ihnen von seinem Cabinet in dieser Absicht zugesandten Mittheilungen, und eröffnet ihnen, daß gegenwärtige Denkschrift die Instruction ist, die Er allen seinen Ministern über die Spanischen Angelegenheiten ertheilet.“

§. 75.

49. Die Neapolitanische Rebellion (1820.).

Die, 1820 in Neapel ausgebrochene, Revolution erregte die Theilnahme der größern europäischen Mächte, und veranlaßte deren Zusammenkunft erst zu Troppau und nachher zu Laibach.

Die Höfe von Oesterreich, Rußland und Preußen äußerten darüber in der Circular-Note vom 8ten Dec. 1820 an ihre Gesandten bei den Deutschen und Nordischen Höfen:

Les événemens qui ont eu lieu le 8 mars en Espagne, ceux du 2 juillet à Naples, et la catastrophe du Portugal, ont dû nécessairement faire naitre un sentiment profond d'inquiétude et de chagrin à tous ceux qui sont dans l'obligation de veiller à la tranquillité des états, mais en même tems, leur faire reconnaitre le besoin de se réunir, et de délibérer en

Digitized by Google

commun sur les moyens de prévenir tous les maux qui menaçaient de fondre sur l'Europe.

Il était naturel que ces sentimens fissent surtout une vive impression sur les puissances qui avaient récemment étouffé la révolution, et qui la voyaient relever la tête. Il n'était pas moins naturel que ces puissances, pour la combattre une troisième fois, eussent recours aux mêmes moyens dont ils avaient fait usage avec tant de succès dans cette lutte mémorable qui délivra l'Europe d'un joug qu'elle avait porté 20 ans.

Tout donnait lieu d'espérer, que cette alliance fondée dans les circonstances les plus critiques, couronnée du plus brillant succès, affermie par les conventions de 1814, 1815 et 1818, de même qu'elle avait préparé, etabli et affermi la paix du monde, qu'elle avait délivré le continent européen de la tyrannie militaire du représentant de la révolution, serait aussi de même en état de mettre un frein à une force non moins tyrannique et non moins détestable, celle de la révolte et du crime.

Tels furent les motifs et le but de la réunion de Troppau. Les premiers sont si évidens, qu'ils n'ont pas besoin de développement. Le dernier est si honorable et si salutaire, que les voeux de tous les hommes de bien accompagneront sans doute les cours alliées dans la noble lice où elles vont entrer.

L'entreprise que leur imposent les plus saints engagemens est grande et difficile; mais un heureux pressentiment leur fait espérer qu'elles parviendront

Digitized by Google

à leur but en maintenant invariablement l'esprit de ces traités auxquels l'Europe doit la paix et l'alliance qui existe entre tous ses états.

Les puissances ont exercé un droit incontestable, en concertant en commun des mesures de sureté contre les états dans lesquels un renversement du gouvernement effectué par la révolte, ne fût il considéré que comme un exemple dangereux, devait avoir pour résultat une attitude hostile contre tous les gouvernemens et les constitutions légitimes. L'exercice de ce droit devenait d'une nécessité encore plus urgente, quand ceux qui s'étaient mis dans cette situation, cherchaient à communiquer aux états voisins le malheur où ils s'étaient plongés, et à propager autour d'eux la révolte et la confusion.

Il y a dans cette attitude et cette conduite une rupture évidente du pacte qui garantit à tous les gouvernemens de l'Europe, outre l'inviolabilité de leur territoire, la jouissance des rapports paisibles qui excluent tout empiètement réciproque sur leurs droits.

Ce fait incontestable est le points d'où les cours alliées sont parties. Les ministres qui pouvaient être pourvus à Troppau même d'instructions positives de la part de leurs cours, se concertèrent en conséquence entre eux sur les principes de la conduite à suivre envers les états dont la forme de gouvernement avait reçu des atteintes violentes, et sur les mesures pacifiques ou coërcitives, qui, dans le cas où l'on pouvait attendre des effets importans

Digitized by Google

d'une influence salutaire, pourraient ramener ces états dans le sein de l'alliance. On communiqua aux cours de Paris et de Londres les résultats de ces délibérations, afin que de leur côté elles puissent les prendre en considération.

Comme la révolution de Naples prend de jour en jour de plus profondes racines, qu'aucune autre n'expose la tranquillité des états voisins à un danger aussi certain et aussi imminent, et que l'on ne peut agir aussi immédiatement et aussi promptement sur aucune autre, on s'est convaincu de la nécessité de procéder, d'après les principes ci-dessus énoncés, envers le royaume des Deux-Siciles.

Pour préparer à cette fin des mesures de conciliation, les monarques réunis à Troppau invitèrent le roi des Deux-Siciles à venir les joindre à Laibach, démarche dont le but était uniquement de délivrer la volonté de S. M. de toute contrainte extérieure, et de constituer ce monarque médiateur entre ses peuples égarés et les états dont ils menacent la tranquillité. Les monarques alliés étant résolus de ne point reconnaître un gouvernement produit par une révolte ouverte, ils ne pouvaient entrer en négociation qu'avec la personne du roi. Leurs ministres et leurs agens à Naples ont reçu en conséquence les instructions nécessaires.

La France et l'Angleterre ont été invitées à prendre part à cette démarche, et l'on peut espérer qu'elles ne refuseront pas d'y accéder, le principe sur lequel est fondée cet invitation étant en par-

Digitized by Google

faite harmonie avec les conventions qu'elles ont consenties antérieurement, et offrant en outre une garantie des dispositions les plus pacifiques et les plus équitables.

Le système suivi par l'Autriche, la Prusse et la Russie n'a rien de nouveau; il repose sur les mêmes maximes qui ont servi de bases aux traités par lesquels a été fondée l'alliance des états européens. L'union intime entre les cours qui se trouvent au centre de cette alliance, ne peut qu'acquérir par-là plus de force et de durée. L'alliance s'affermira par les mêmes moyens qu'ont employés pour la former les puissances aux quelles elle doit son origine, et qui l'ont fait peu-à peu adopter par toutes les autres, qui se sont convaincues de ses avantages plus que jamais incontestables.

Du reste, il n'est pas besoin d'autres preuves, que ni l'esprit de conquête, ni la prétention de porter atteinte à l'indépendance d'autres gouvernemens dans leur administration intérieure, ni le projet d'empêcher des améliorations sages, entreprises librement, et compatibles avec le véritable intérêt des peuples, n'ont eu aucune part aux résolutions des puissances. Elles ne désirent que de maintenir la paix, et de délivrer l'Europe du fléau de la révolution, et d'écarter ou d'abréger, autant qu'il est en leur pouvoir, les maux qui résultent de la violation de tous les principes de l'ordre et de la morale.

Der Großbrittannische Minister der auswärtigen

Angelegenheiten, Lord Castlereagh, erließ unterm 19. Januar 1821 nachstehende Circular-Depesche an die Großbrittannischen Gesandten:

Mein Herr! Ich würde es nicht für nothwendig gehalten haben, Ihnen in der gegenwärtigen Lage der zu Troppau begonnenen und nach Laibach verlegten Verhandlungen irgend eine Mittheilung zu machen, wenn nicht von den Höfen von Oesterreich, Preußen und Rußland an ihre verschiedene Missionen eine Circular-Mittheilung erlassen worden wäre, die, nach der Meinung der Minister St. Majestät, falls sie nicht gehörig beachtet würde, zu irrigen Ansichten hinsichtlich der früheren sowohl als gegenwärtigen Gesinnungen der brittischen Regierung über den darin berührten Gegenstand (wenn auch unabsichtlich) führen könnte."

„Es ist daher nothwendig geworden, Sie zu benachrichtigen; daß sich der König verpflichtet gefühlt habe, die Theilnahme an den in Frage stehenden Maaßregeln abzulehnen."

Diese Maaßregeln umfassen zwei verschiedene Gegenstände; zuvörderst die Aufstellung gewisser allgemeiner Grundsätze, als Richtschnur des künftigen politischen Benehmens der verbündeten Höfe in den darin bezeichneten Fällen, dann aber die, nach diesen Grundsätzen, vorgeschlagene Verfahrungsweise hinsichtlich der gegenwärtigen neapolitanischen Angelegenheiten."

„Das System der in Betreff des ersten Punctes vorgeschlagenen Maaßregeln würde, wenn es gegenseitig angewendet werden sollte, in directem Widerspruch mit den Grundgesetzen dieses Landes stehen. Allein selbst

wenn dieser entscheidende Einwurf nicht vorhanden wäre, so würde die brittische Regierung nichtsdestoweniger die Grundsätze, worauf diese Maaßregeln beruhen, als solche betrachten, die als Rechtssystem zwischen Nationen, keineswegs mit Sicherheit angenommen werden könnten. Sie (die englischen Minister) sind der Meinung, daß die Annahme dieser Grundsätze ein häufigeres und ausgedehnteres Einmischen in die innern Angelegenheiten der Staaten sanctioniren, und zu selbem in den Händen minder wohlwollender Monarchen in Zukunft häufiger führen werde, als nach ihrer (der englischen Minister) Ueberzeugung die erlauchten Parteien, von denen sie ausgehen, beabsichtigen, und als weder mit dem allgemeinen Interesse, noch mit der reellen Macht und Würde unabhängiger Souveräns vereinbarlich seyn dürfte. Sie halten die verbündeten Monarchen nach den bestehenden Tractaten nicht für berechtiget, in ihrer Eigenschaft als Verbündete, sich irgend solche allgemeine Vollmachten beizulegen, noch glauben sie, daß die verbündeten Höfe sich dergleichen außerordentliche Vollmachten durch irgend eine neue diplomatische Transaction beilegen konnten, ohne sich entweder eine mit den Rechten anderer Staaten unverträgliche Suprematie anzumaaßen, oder falls dieß mit besonderer Zustimmung dieser Staaten geschehen seyn sollte, ohne ein Föderativ-System in Europa einzuführen, welches seinem Zwecke nicht bloß unwirksam entsprechen würde, sondern auch zu manchen sehr ernsthaften Nachtheilen führen könnte."

„Was den besondern Fall mit Neapel betrifft, so hat die brittische Regierung, gleich im ersten Augenblicke kei-

Digitized by Google

nen Anstand genommen, ihre starke Mißbilligung der Art und der Umstände zu erkennen zu geben, unter welchen die dortige Revolution zu Stande gebracht worden war; aber Sie, (die englischen Minister) erklärten zu gleicher Zeit den verschiedenen Höfen, daß sie sich nicht für berufen oder berechtiget halten könnten, eine Dazwischenkunft von Seiten dieses Landes anzurathen; sie gaben jedoch in vollem Maaße zu, daß andere europäische Staaten, und besonders Oesterreich und die italienischen Mächte ihre Lage und ihre Verhältnisse in dieser Hinsicht verschieden beurtheilen dürften, und sie erklärten, daß es keineswegs ihre Absicht sei, der Frage, in so fern sie diese Staaten betreffe, vorzugreifen, oder sich in den Gang zu mischen, den diese Staaten, hinsichtlich ihrer eigenen Sicherheit, einzuschlagen für dienlich erachten dürften, vorausgesetzt jedoch, daß sie bereit wären, jede billige Versicherung zu geben, daß ihre Absichten nicht auf Vergrößerungs-Zwecke gerichtet seien, welche das Territorial-System, wie es durch die letzten Tractate festgesetzt worden, umstürzen würden."

„Nach diesen Grundsätzen hat sich das Benehmen der Regierung Sr. Majestät, in Bezug auf die neapolitanische Frage, von dem ersten Augenblicke an, unabänderlich gerichtet; und Abschriften der verschiedenen an die brittischen Behörden zu Neapel zu ihrer Richtschnur erlassenen Instructionen sind von Zeit zu Zeit den verbündeten Regierungen zu ihrer Einsicht mitgetheilt worden."

„Was die, in der oben erwähnten Circular-Mittheilung ausgedrückte Erwartung anlangt, daß die Höfe von

London und Paris ihre Zustimmung zu den allgemeineren Maaßregeln, deren Annahme vorgeschlagen worden, nicht versagen würden, indem sie, wie behauptet wurde, auf bestehende Tractaten gegründet seien, so muß die brittische Regierung, ihren Grundsätzen und ihrer Redlichkeit treu, indem sie diese Zustimmung versagt, gegen jede solche Deutung der in Frage stehenden Tractaten protestiren."

„Sie (die englischen Minister) haben nie gedacht, daß diese Tractate irgend eine Verpflichtung dieser Art auferlegen, und sie haben, bei verschiedenen Gelegenheiten, sowohl im Parlement, als in ihren Verhandlungen mit den verbündeten Regierungen die Negative eines solchen Satzes deutlich behauptet. Daß sie in Betreff dieses Gegenstandes mit aller möglichen Deutlichkeit verfuhren, kann keinem Zweifel unterliegen, wenn man einen Blick auf die im Jahre 1815 zu Paris, dann auf die im Jahre 1818, vor dem Abschluß des Allianz-Tractats, zu Aachen Statt gefundenen Berathungen, und auf gewisse spätere Erörterungen wirft, welche im verflossenen Jahre Statt gefunden haben."

„Nachdem solchergestalt das Mißverständniß, zu welchem die Stelle des in Frage stehenden Circulars, falls sie mit Stillschweigen übergangen worden wäre, hätte Anlaß geben können, beseitiget, und, ohne in die Sache näher einzugehen, in allgemeinen Ausdrücken erklärt worden ist, daß die Regierung Sr. Majestät dem allgemeinen Grundsatze, worauf das in Frage stehende Circular beruht, nicht beistimmen, so wird aufs deutlichste zu erkennen gegeben, daß keine Regierung geneigter als die

Digitized by Google

die brittische seyn könne, das Recht irgend eines Staates, oder irgend anderer Staaten aufrecht zu erhalten, da ins Mittel zutreten, wo ihre eigene unmittelbare Sicherheit oder ihre wesentlichen Interessen durch innere Verhandlungen eines andern Staates ernsthaft gefährdet werden. Da sie aber glaube, daß die Ausübung dieses Rechtes nur durch die strengste Nothwendigkeit gerechtfertiget und durch dieselbe beschränkt und geleitet werden müsse, so könne sie nicht zugeben, daß dieses Recht allgemein und ohne Unterschied auf alle revolutionären Bewegungen, ohne Bezug auf deren unmittelbaren Einfluß auf irgend einen besondern Staat oder Staaten, angewendet oder im Voraus zur Grundlage einer Allianz gemacht werde. Sie (die englischen Minister) betrachten die Ausübung dieses Rechtes, als eine Ausnahme von allgemeinen Grundsätzen, von größtem Werthe und von größter Wichtigkeit, und als eine solche, die eigentlich bloß aus den Umständen des besonderen Falles erwächst; sie sind aber zu gleicher Zeit der Meinung, daß Ausnahmen dieser Art nie, ohne die größte Gefahr, so zum Gesetz erhoben werden dürfen, daß sie der gewöhnlichen Diplomatie der Staaten oder den Instituten des Völkerrechtes einverleibt werden könnten."

„Da es scheint, daß einige Minister der drei Höfe die mehrerwähnte Circular-Depesche den Höfen, bei denen sie beglaubigt sind, bereits mitgetheilt haben, so stelle ich es Ihrem Ermessen anheim, eine entsprechende Mittheilung von Seiten Ihrer Regierung zu machen, wobei Sie Ihre Sprache nach den in gegenwärtiger Depesche dargelegten Grundsätzen einzurichten haben. Sie werden

jedoch bei einer solchen Mittheilung Sorge tragen, der Reinheit der Absichten, welche diese erlauchten Höfe bei Ergreifung der Maaßregeln, welche sie befolgen, ohne Zweifel geleitet hat, im Namen Ihrer Regierung Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Sie können erklären, daß die Verschiedenheit der Ansicht, welche zwischen selben und dem Londoner Hofe über diesen Gegenstand obwaltet, nicht die mindeste Aenderung in der Herzlichkeit und Eintracht des Bundes in Betreff aller übrigen Gegenstände bewirken, noch ihren gemeinschaftlichen Eifer, alle ihre bestehenden Verpflichtungen auf das vollständigste zu erfüllen, vermindern könne.

Ich bin ꝛc.

Unterz. Castlereagh.

Die Oesterreichische Hofzeitung vom 13ten Februar enthielt über diese Angelegenheit nachstehende Declaration:

„Nach vieljährigen politischen Stürmen ward das Königreich Neapel im Jahre 1815 durch unmittelbaren Beistand der Kaiserl. Waffen unter die väterliche Regierung seines rechtmäßigen Königs zurückgeführt. Die beiden so lange von einander losgerissenen Hälften der Sicilianischen Monarchie vereinigten sich wieder, und die Wünsche aller Gutgesinnten waren durch die frohe Aussicht auf einen dauerhaften Ruhestand befriedigt."

„Der letzte Zeitraum der fremden Herrschaft hatte jedoch einen für die Ruhe der Italienischen Halb-Insel längst gefährlichen, innern Feind wieder erweckt. Es bestand seit mehrern Jahren im Königreiche Neapel, wie in andern Italienischen Ländern, eine im Dunkeln wür-

kende Secte, deren geheime Obern den gänzlichen Umsturz aller Italienischen Verfassungen als den ersten Schritt zur Ausführung ihrer abentheuerlichen Plane betrachteten. In dem Augenblicke, wo Murat durch den verwegenen Versuch, Italien zu erobern, seinen sinkenden Thron aufrecht zu halten wähnte, gab die Verzweiflung ihm den Gedanken ein, diese nämlichen Carbanari, die er früher mehr als einmal bekämpft hatte, zu Hülfe zu rufen, und durch dies unerwartete Bündniß ward ihren sträflichen Kabalen eine Würksamkeit, die sie sonst vielleicht nie erlangt haben würden, verliehen."

„Die Wachsamkeit der Königl. Regierung, ihr unverkennbares Bestreben, in alle Zweige der Landesverwaltung die wesentlichsten Verbesserungen einzuführen, und die allgemeine Zuneigung für einen Monarchen, der durch väterliche Güte die Herzen seiner Unterthanen gewonnen hatte, vereitelten während der ersten Jahre, die nach Wiederherstellung der rechtmäßigen Herrschaft verflossen, alle fernere Unternehmungen jener Secte, und sie würde mit der Zeit, wie manche ähnliche Verbindungen, in Ohnmacht und Vergessenheit gefallen seyn, wenn nicht die Begebenheiten, wovon das Königreich Spanien im Anfange des Jahrs 1820 der Schauplatz war, ihr einen neuen Aufschwung gegeben hätten. Sie verdoppelte jetzt ihre Thätigkeit, und vermehrte durch die ansteckende Kraft fanatischer Bearbeitung der Gemüther in kurzer Zeit ihre Zahl und ihren Einfluß so sehr, daß die Gesetze und die Landes-Polizey nicht mehr stark genug waren, ihr Einhalt zu thun. Sie verbreitete mit rastloser Geschäftigkeit einen Geist des Mißvergnügens,

eine feindselige Stimmung gegen die Regierung, und eine leidenschaftliche Sehnsucht nach Neuerungen unter allen Classen eines bis dahin ruhigen und genügsamen Volkes, und es gelang ihr endlich, durch Ueberredung und List einen Theil des Militairs seiner Pflicht untreu zu machen. Auf dieses strafbarste aller Mittel gestützt, brachte die Secte in den ersten Tagen des Monats Juli die Revolution zum Ausbruche."

„Die Geschichte dieses Ausbruchs kann nicht richtiger und glaubwürdiger erzählt werden, als es in folgendem, von dem damaligen Minister der auswärtigen Angelegenheiten gleich beim Antritte seines Amts an die Neapolitanischen Gesandten bei den auswärtigen Höfen erlassenen Circular-Schreiben geschehen ist."

„In der Nacht vom 1sten bis zum 2ten Juli — so heißt „es wörtlich in diesem Schreiben — verließ der größere „Theil des Cavallerie-Regiments Bourbon seine Stand-„Quartiere in Nola, und steckte eine dreifarbige Fahne „auf, mit der Inschrift: Es lebe die Constitution! „Die Farben waren die der Carbonari, welche seit einiger Zeit eine Gährung im Königreiche unterhielten und „täglich dringender constitutionelle Formen begehrten. „Diese Secte hatte in der Armee Sr. Majestät so viele „Proselyten gemacht, daß die Truppen, welche die Deserteurs aus Nola zur Ordnung zurückführen sollten, zu „ihnen übergingen. Der Abfall dieser Truppen und einiger Regimenter der Garnison von Neapel, gleichzeitige „Bewegungen in den Provinzen, die Insurrection einiger „Orts-Vorsteher, bewiesen Sr. Majestät, daß es der „Wunsch des Volks sey, eine constitutionelle Regie-

„rung zu erhalten. Der König erließ demnach am 6ten „eine Proclamation, worin er versprach, binnen acht Ta„gen die Grundlage einer Constitution bekannt zu ma„chen. ꝛc.“

„Dieser erste Sieg war nur das Vorspiel eines zwei„ten entscheidenden Schlages. Am folgenden Tage zwan„gen die Empörer den Monarchen, die Spanische Constitution zu proclamiren, und forderten Sr. Ma„jestät, den Ministern, den öffentlichen Beamten und den Truppen einen Eid auf diese, in einem Augenblick des Schreckens und der Verwirrung, ohne irgend einen vorbereitenden Schritt, zum Grundgesetze des Königreichs erhobene Constitution ab.“

„Der König hatte, als Er das erste Versprechen von Sich gab, das Aeußerste gethan, was zur unmittelbaren Beruhigung der aufgewiegelten Gemüther geschehen konnte, und obgleich Sr. Majestät nicht entging, wie thöricht und vermessen der Anspruch war, die Grundlagen einer neuen Staatsverfassung in acht Tagen zu Stande gebracht zu sehen, so blieb doch Hoffnung, zu reifern Entschlüssen zu gelangen, wenn der erste Taumel vorüber seyn würde. Die zweite Forderung hingegen, — die der unverzüglichen Annahme eines, in einem fremden Lande, unter ganz besondern Umständen und Drangsalen, vor acht Jahren niedergeschriebenen, auf das Königreich beider Sicilien völlig unanwendbaren Statutes, das weder der König selbst, noch Seine Minister, noch, mit Ausnahme einiger Verschwornen, irgend ein Neapolitaner anders, als aus Zeitungsartikeln kannte, von dem in Neapel, als es proclamirt ward, nicht ein-

mal eine Ueberſetzung zu finden war, — dieſe Forderung trug den Stempel ihres Urſprungs und der unrechtmäßigen Mittel, wodurch ſie allein erzwungen werden konnte, zu offenbar, als daß von nun an über die wahre Lage des Monarchen und des Staates noch irgend ein Zweifel hätte beſtehen können. Nur ſchwere Drohungen oder förmliche Gewalt konnte einem Antrage von dieſer Art, der das Wohl des Landes nicht weniger als die Würde des Monarchen aufs Spiel ſetzte, Eingang verſchaffen: nur der Wunſch, großem Unheil und großen Verbrechen vorzubeugen, konnte Sr. Majeſtät eine augenblickliche Zuſtimmung zu einer ſo raſchen, ſo verderblichen Maaßregel entreißen. Dieſe Erklärung, die einzig mögliche, eines ſonſt unerklärbaren Vorganges, würde durch ſich ſelbſt gerechtfertiget ſeyn, wenn auch nicht, wie doch würklich der Fall iſt, unwiderſprechliche Thatſachen ſie beſtätigten.“

„Nachdem ſolchergeſtalt der Hauptſtreich gelungen und die Königliche Macht gänzlich zerſtört war, bemächtigten ſich die Häupter der Secte und ihre benachbarſten Mitarbeiter in den erſten Revolutions-Scenen ſofort der ausſchließenden Herrſchaft. Den Widerſtand, den das Königreich Sicilien ihren eigenmächtigen Unternehmungen entgegenſetzte, ſchlugen ſie durch Blutvergießen und Verwüſtung zu Boden. Um ihrer uſurpirten Gewalt einen Anſtrich von Geſetzmäßigkeit zu geben, ſchufen ſie unter dem Namen eines Nationals-Parlements ein Werkzeug, womit ſie in wenig Monaten alle beſtehenden Rechte und Ordnungen zertrümmerten, und ohne andere Vollmacht, als ihr eigenes Gutbefinden,

durch willkührliche, von keiner Erfahrung bewährte, dem Charakter, wie den Bedürfnissen der Nation widersprechende Formen, alle politischen und bürgerlichen Verhältnisse zerrissen."

„Der König, durchdrungen von dem Gefühl, daß ein so unnatürlicher Stand der Dinge nicht von Dauer seyn könne, indeß jeder unzeitige Versuch, dem Uebel ein Ziel zu setzen, nur Seine höchste Person, Seine Familie und Sein Land neuen Gefahren Preis geben würde, ertrug in stiller Ergebung das Ihm zu Theil gewordene unverdiente Mißgeschick. Alle verständige Männer im Lande, selbst der größte Theil derer, die, von der Erwartung eines bessern Ausgangs betrogen, die Revolution begünstigt hatten, jetzt einstimmig überzeugt, daß die von der herrschenden Parthey, ohne alle Rücksicht auf das Wohl des Ganzen, bloß zur Beförderung ihrer selbstsüchtigen Zwecke ausersehene Verfassung, nur Unheil und Verderben zur Folge haben konnte, waren zum Stillschweigen verdammt. Die Masse des Volks, von dem ersten erkünstelten Rausche bald erwacht, durch fehlgeschlagene Hoffnungen gebeugt, nicht ohne Vorgefühl härterer Widerwärtigkeiten in einer nahen Zukunft, sah der Entwickelung des Schauspiels mit stummer Besorgniß entgegen. So erklärt sich die scheinbare Ruhe, mit welcher jenes ohnmächtige Parlement den Willen seiner wahren Committenten, einer kleinen Anzahl zu jedem Gewaltstreich bereiter Despoten, vollzog, und Schritt vor Schritt das Königreich zur Auflösung führte; eine Ruhe, unter deren trüglichem Schleier ohnehin die ausgelassenste Anarchie jeden Ueberrest der öffentlichen Wohl-

fahrt verjehrte, und über deren wahre Beschaffenheit keine auswärtige Regierung sich einen Augenblick täuschen konnte."

„Die Begebenheiten in Neapel hatten auf ganz Italien den lebhaftesten Eindruck gemacht. Eine Revolution, die von verborgenen Fanatikern veranstaltet, und durch eidbrüchige Soldaten vollführt, in wenig Tagen einen König seiner Macht und seiner Freiheit beraubt, und zwei Nationen in einen Abgrund von Verwirrung gestürzt hatte, forderte an und für sich, und welche Gestalt sie auch weiter annehmen mochte, die Regenten aller benachbarten Staaten zu ernsten Besorgnissen auf. Die von den Urhebern dieser Revolution laut ausgesprochenen Maximen, die Leichtigkeit, womit sie solche durch Rede und Schrift in allen Theilen Italiens verbreiten konnten, der Anblick ihrer täglichen Verhandlungen, die steigende Zuversicht ihrer auswärtigen Bewunderer; Alles war dazu geeignet, das Gewicht jener Besorgnisse zu verstärken. Kein Italienischer Fürst durfte sich verbergen, daß der innere Friede und die Wohlfahrt seiner Staaten durch das Beispiel, wie durch die Resultate einer so gewaltsamen Erschütterung aller Grundpfeiler des gesellschaftlichen Gebäudes auf's Wesentlichste bedroht waren."

„Se. Majestät der Kaiser gelangten sehr bald zu der Ueberzeugung, daß es um Ruhe und Ordnung in Italien auf lange Zeit geschehen war, wenn die Anstifter dieser durch nichts zu rechtfertigenden, durch nichts zu entschuldigenden Empörung ungestöhrt und ungehindert die Sicilianische Monarchie ihren thörichten Anmaßungen

Digitized by Google

aufopfern durften. Im reinen Gefühle dessen, was Se. Majestät der Erhaltung und Sicherheit Ihrer Staaten, dem Schutz Ihrer treuen und glücklichen Völker, Ihren freundschaftlichen Verhältnissen mit den Fürsten Italiens und Ihrer Stellung im Europäischen Staaten-System schuldig sind, glaubten Höchstdieselben nicht schleunig genug Maaßregeln ergreifen zu können, um jedem weitern Fortschritt der Unordnungen Schranken zu setzen; zugleich aber den Gang, den Sie in Bezug auf die Neapolitanische Revolution zu befolgen fest entschlossen waren, unverholen an den Tag zu legen. So schmerzhaft es Sr. Majestät auch seyn mochte, in einem Zeitpunkt, wo Sie auf innere Verbesserungen Ihr ausschließendes Augenmerk richten zu können gehofft, und wo die unverrückte Ausführung der von der Staatsverwaltung entworfenen Plane den glücklichsten Erfolg verheißt, den Finanzen eine unvorhergesehene, nicht unbeträchtliche Last auflegen zu müssen, so wenig konnten Se. Majestät doch Anstand nehmen, der Erfüllung Ihrer heiligsten Pflichten jede andere Rücksicht unterzuordnen. Die Zusammenziehung eines Armee-Corps in den Italienischen Provinzen war unter den obwaltenden Umständen eine Maaßregel der strengen Nothwendigkeit; als solche wurde sie von allen guten Bürgern und von allen Freunden der Ordnung in Europa anerkannt. Wie wohlthätig diese Maaßregel auf die Ruhe der benachbarten Staaten, wie heilsam sie selbst in Neapel auf Freunde und Feinde gewürkt hat, darüber ist in allen Ländern der Italienischen Halb-Insel nur Eine Stimme zu vernehmen."

„Se. Majestät hatten sich zu gleicher Zeit nach Trop-

pau begeben, um mit Ihren hohen Verbündeten über eine Sache, die nicht bloß für Italien, nicht bloß für die Oesterreichische Monarchie, sondern für das Gesammt-Interesse des Europäischen Staatenbundes von unbestreitbarer Wichtigkeit war, in gemeinschaftliche Berathungen zu treten. In diesen Berathungen ergab sich eine höchst willkommene Uebereinstimmung der Ansichten sämmtlicher Höfe über den Ursprung und Charakter der Neapolitanischen Revolution, so wie über die Gefahren, womit sie andere Staaten bedrohte. Wenn eigenthümliche Verhältnisse und eigenthümliche wichtige Beweggründe die Brittische Regierung bestimmten, an den fernern Beschlüssen der übrigen Höfe nicht Theil zu nehmen, und den Beitrit der Französischen Regierung nur mit gewissen Beschränkungen zuließen, so hatten dagegen Se. Majestät die nicht geringe Beruhigung, sich mit den Monarchen von Rußland und Preußen über sämmtliche verhandelte Fragen im vollkommensten Einverständniß zu finden, zugleich aber die frohe Ueberzeugung, daß die Verschiedenheit der Stellung und des Ganges, der Eintracht der Europäischen Mächte, der Gleichförmigkeit ihrer Wünsche und Bestrebungen auf keine Weise hinderlich seyn konnte."

„Die in Troppau anwesenden Souverains, fest entschlossen, die Rechtmäßigkeit des zu Neapel durch Rebellion und Gewalt bewürkten Umsturzes nicht anzuerkennen, und die Fortdauer des daraus hervorgegangenen Zustandes der Dinge mit vereintem Willen und vereinter Kraft zu hintertreiben, hegten nichts desto weniger den lebhaften Wunsch, ihren Zweck auf friedlichen

Wegen und mit möglichster Schonung eines durch innere Zerrüttungen schon so hart angegriffenen Landes zu erreichen. In diesem Sinne luden sie den König von Neapel ein, sich nach Laybach zu begeben, und hier mit den verbündeten Souverains die jetzige und künftige Lage seines Reichs in gründliche Erwägung zu ziehen. Diese Einladung ward von Sr. Majestät, dem Könige von Frankreich, unterstützt."

„Nach einem Artikel des fremden Gesetzes, welches das Königreich beider Sicilien regieren soll, darf der Monarch, ohne Erlaubniß des Parlements, die Gränze seines Staats nicht überschreiten. Der König, der in der Einladung der Monarchen einen Wink der Vorsehung verehrte, unterwarf sich dieser demüthigenden Vorschrift. Das Parlement gab seine Einwilligung; sie wurde aber an eine Bedingung geknüpft, über deren Sinn und Erfolg ihre Urheber selbst sich nicht täuschen konnten, und welche die Wünsche und Erwartungen der Gemäßigteren zum Voraus vereitlen mußte. Das Parlement, obgleich mit den Grundsätzen und Ansichten der verbündeten Höfe vollkommen bekannt, drang dem Könige das Machtgebot auf, die unveränderte Aufrechthaltung der Spanischen Constitution in Neapel als einzigen Zweck und Grundlage aller Unterhandlungen mit den verbündeten Höfen zu betrachten."

„Mit dieser Beschränkung blieb dem Könige keine Aussicht mehr offen, als die, in der Gerechtigkeit und Weisheit Seiner hohen Freunde für Seinen Thron und für Sein unglückliches Land ein letztes Rettungsmittel zu finden."

Digitized by Google

„Unter solchen Auspicien kamen Sr. Majestät, der König von Neapel nach Laibach, und überzeugten sich sogleich, wie vergeblich es seyn würde, auf eine von den verbündeten Souverains unwiderruflich verworfene Bedingung irgend einen Antrag gründen zu wollen. Die Monarchen eröffneten Sr. Majestät: daß es Ihr reiflich überlegter und fester Entschluß sey, die dem Königreiche Neapel von einer unbefugten und unbevollmächtigten Parthey durch augenscheinliche und frevelhafte Gewalt aufgedrungene, mit der Sicherheit der benachbarten Staaten und der Aufrechthaltung des Friedens in Europa unverträgliche Verfassung in Neapel nicht bestehen zu lassen; daß, wenn nicht, wie sie sehnlich wünschten und hofften, dem gegenwärtigen Zustande der Dinge durch freiwillige Verzichtleistung von Seiten derer, die sich im Besitz der Herrschaft befinden, ein Ziel gesetzt würde, die Waffengewalt ins Mittel treten müsse; daß, sobald auf einem oder dem andern Wege dies Hinderniß des Friedens für Neapel und für Italien verschwinde, Ihr Geschäft beendigt sey; daß sie dem Könige allein überlassen würden, mit Zuziehung der rechtlichsten und einsichtvollsten Männer Seines Landes, die Kraft und den Bestand Seiner Regierung für die Zukunft auf eine gerechte, wohlgeordnete, dem bleibenden Interesse der beiden unter Seinem Scepter vereinigten Völker genugthuende Verfassung zu gründen, und zugleich allen benachbarten Staaten eine hinreichende Bürgschaft ihrer Sicherheit und Ruhe zu gewähren."

„Nach solchen offenen und bestimmten Erklärungen

konnte dem Könige von Neapel nicht verborgen bleiben, daß Er als Vater und Beschützer Seines Volks, da jede andere Frage beseitigt war, sich auf das einzige Geschäft zu beschränken hatte, die große, treue, wohlgesinnte Mehrheit Seiner Unterthanen vor dem Ungemach und den Gefahren eines Kriegs, den die hartnäckige Verblendung oder der sträfliche Ehrgeiz einzelner Aufwiegler allein über sie verhängen konnte, zu bewahren. Geleitet von diesem Gefühl, erließen Se. Majestät an Ihren Sohn und präsumtiven Thronerben eine einfache väterliche Zuschrift, die dem Prinzen die Wichtigkeit des Augenblicks und seine Pflicht, zur Rettung des Landes alle ihm zu Gebot stehenden Mittel anzuwenden, ans Herz legte."

„Die Königlichen Friedensworte wurden von ausführlichern Instructionen, welche die Cabinette von Oesterreich, Rußland und Preußen an Ihre dortigen diplomatischen Agenten, so wie die Bevollmächtigten Sr. Majestät, des Königs von Frankreich, an den Geschäftsträger Ihres Hofes in Neapel ergehen ließen, begleitet. Der Erfolg dieser wichtigen Schritte wird über die nächsten Schicksale des Königreichs beider Sicilien entscheiden."

„In dieser Lage der Sachen hat die zur Vollziehung der in Laybach gefaßten Beschlüsse bestimmte Armee den Befehl erhalten, über den P o zu gehen und gegen die Neapolitanischen Gränzen vorzurücken. Se. Kaiserl. Majestät mögen dem Gedanken nicht Raum geben, daß diese Armee einen ernsthaften Widerstand finden könnte.

Nur Feinde des Vaterlandes, nur unheilbare Anhänger eines Syſtems, welches den Ruin der Sicilianiſchen Monarchie unmittelbar nach ſich ziehen muß, dürfen unter den jetzigen Umſtänden noch verkennen, was jedem rechtlichen Manne, was jedem rechtlichen Krieger dieſer Monarchie die Pflicht gegen ſeinen König und das Wohl ſeiner Mitbürger vorſchreibt. Die große Maſſe der Nation, ihrem rechtmäßigem Beherrſcher ergeben, einer eingebildeten Freiheit, die ſie der drückendſten Tyranney überlieferte, abhold, einer unruhigen, unſichern Exiſtenz müde, zugleich aber der gerechten und wohlwollenden Geſinnungen Sr. Majeſtät des Kaiſers längſt vollkommen gewiß, wird denen, welche in Seinem Namen und im Namen Seiner erhabenen Bundesgenoſſen ihnen Frieden, Freundſchaft und Schutz darbieten, mit Zuverſicht entgegen kommen. Sollten dieſe gegründeten Erwartungen fehlſchlagen, ſo wird die Armee auch Schwierigkeiten zu überwinden wiſſen. Und ſollte wider alle Berechnung und zum höchſten Leidweſen der Verbündeten Monarchen, dieſe wohlgemeinte, von jeder feindſeligen Abſicht weit entfernte, Unternehmung in einen förmlichen Krieg ausarten, oder der Widerſtand einer unverſöhnlichen Faction und bedauerungswürdiger Schlachtopfer ihres Wahnſinns ſich auf unbeſtimmte Zeit hinaus verlängern, ſo würden Se. Majeſtät, der Kaiſer von Rußland, Ihren erhabenen Grundſätzen, Ihrer innigen Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, ein ſo großes Uebel zu bekämpfen, und jenen edlen und feſten Freundſchaftsgefühlen, wovon Sie Sr. Majeſtät ſo viel neue und unſchätzbare Beweiſe gegeben, unver-

ändert getreu, keinen Anstand nehmen, Ihre Streitkräfte den diesseitigen beizugesellen."

„Die verbündeten Monarchen haben in allen Ihren bisherigen Verhandlungen und Beschlüssen nur die Pflicht gegen die Ihrer Führung anvertrauten Staaten und die Ruhe der Welt vor Augen gehabt. Dies ist das ganze Geheimniß Ihrer Politik. Kein anderer Gegenstand, kein anderes Interesse, keine andere politische Frage hat in den Berathungen Ihrer Minister Platz finden können. Die Heiligkeit aller bestehenden Rechte, die Unabhängigkeit aller rechtmäßigen Regierungen, die Unverletzlichkeit Ihres Gebiets, — das sind die Grundlagen, von welchen keiner Ihrer Beschlüsse je abweichen wird. Das Ziel Ihrer Wünsche wäre erreicht, der höchste, der einzige Lohn Ihrer Bemühungen errungen, wenn Ihnen die Befriedigung zu Theil würde, auf denselben Grundlagen auch die innere Ruhe der Staaten, die Rechte der Fürsten, die wahre Freundschaft und Glückseligkeit der Völker, ohne welche der äußere Friede selbst weder Bestand, noch Werth haben kann, dauerhaft gesichert zu sehen. Sie würden den Augenblick segnen, der Ihnen gestattete, durch keine fremde Angelegenheiten mehr gestört, alle von Gott Ihnen verliehene Mittel und Kräfte dem Wohl Ihrer Unterthanen zu widmen."

Die zu Laibach versammelten Höfe erklärten dem Könige beider Sicilien bei dessen Ankunft:

„Quoique S. M. Sicilienne n'ait pas pu se dissimuler l'impression désagréable qu'ont produite les événemens survenus à Naples depuis le 2 juillet, et les inquiétudes qu'ils ont fait naître, c'était néan-

moins particulièrement aux plénipotentiaires des souverains alliés, à montrer toute l'etendue de ces inquiétudes par la gravité des causes qui les ont fait naître."

„Pour justifier cette observation, et donner à S. M. une connaissance parfaite des considérations importantes qui ont motivé les résolutions prises par les souverains, on a donné les explications suivantes:"

„La révolution de Naples a porté en elle-même un caractère assez inquiétant pour fixer l'attention des souverains, et leur faire régler leurs mesures sur les dangers, dont les états voisins étaient menacés. Les moyens par lesquels on a exécuté cette révolution, et les principes que ses prétendus auteurs ont manifestés, la marche qu'ils ont suivie, les suites qui en ont été le résultat, tout devait répandre la terreur dans les états d'Italie, et faire une profonde impression sur les puissances qui sont le plus intéressées à la tranquillité de la presqu'isle. Le gouvernement autrichien n'aurait pu voir d'un oeil indifferent une catastrophe dont les suites incalculables, troublant l'ordre et le repos de l'Italie pouvaient compromettre les plus chers intérêts de l'Autriche et menacer sa propre sureté. Fidèle au système que l'Autriche a suivi invariablement depuis 7 ans, la cour de Vienne a cru dans des circonstances aussi importantes remplir un devoir que sa situation et ses engagemens lui imposent également, en invitant ses alliés à l'aider de leurs conseils, et

à dis-

Digitized by Google

à discuter avec elle des questions qui méritaient sous tant de rapports d'occuper de la manière la plus sérieuse les pensées et les soins de toutes les puissances.

Cependant les cabinets à Troppau n'ont pu considérer la révolution de Naples comme un événement isolé. Ils y ont découvert le même esprit d'inquiétude et de désordre qui a désolé si longtems le monde, et que l'on pouvait croire étouffé par l'effet salutaire d'une pacification generale, mais qui dans la suite s'est malheureusement réveillé dans plus d'un pays de l'Europe, et a paru sous des formes qui, au premier coup-d'oeil paraissaient moins inquietantes que celles qui s'etaient developpées autérieurement, mais qui en effet menacent plus sérieusement l'ordre social. Ces considerations ont dû donner aux yeux des souverains un caractère particulier d'importance aux évènemens de Naples; et ils se sont convaincus que, si dans les intentions justes et legitimes ils s'occupaient des moyens de rétablir l'ordre dans ce royaume, ils travailleraient en même tems pour l'intérêt général de la tranquillite et du bien-être de l'Europe, et pour la durée de cette paix, qui après tant de malheurs et d'efforts fut enfin rétablie solidement par les négociations de Paris, de Vienne et d'Aix-la-Chapelle. La révolution de Naples a en effet donné au monde un exemple aussi instructif que deplorable de ce que les nations gagnent à poursuivre les réformes politiques par la voie de la révolte au lieu de celle

Digitized by Google

de la justice. Ourdie en secret par une secte dont les principes impies attaquent la religion, la morale et tous les liens sociaux en même tems, exécutée par une troupe parjure, accomplie par la violence et les menaces, dirigées contre un souverain légitime, cette révolution n'a pu produire que l'anarchie et le despotisme militaire, qu'elle renforçait au lieu de l'affaiblir, en établissant une forme monstrueuse de gouvernement, incapable de servir de base à aucun gouvernement légal, et incompatible avec tout ordre public et les premiers besoins de la société."

Der K. K. Oberfeldherr Baron Frimont äußerte in der unterm 27sten Februar an die Neapolitaner erlassenen Proclamation unter andern: „Eine beklagens„werthe Revolution hat Eure innere Ruhe zernichtet und „die Freundschaftsbande zerrissen, welche zwischen Nach„barstaaten nur auf dem festen Grund wechselseitigen „Vertrauens bestehen können. Euer König gab seinem „Volke seine väterliche Stimme kund. Die vieljährigen „treuen Alliirten Eures Reichs haben ebenfalls ihre Ge„sinnungen Euch eröffnet. Sie haben Pflichten gegen „ihre eigenen Völker, aber auch Euer wahrhaftes und „dauerndes Glück bleibt ihnen theuer."

Der Spanische Minister der auswärtigen Angelegenheiten Pares de Castro bemerkte in dem, den Cortes über die äußern Verhältnisse unterm 2. März 1821 erstatteten, Bericht über diesen Gegenstand folgendes:

Les cortès avaient déjà commencé leurs travaux dans la précédente législature, lorsqu'un changement politique dans la forme du régime intérieur de Naples eut lieu, par l'adoption de la constitution espagnole: ce changement fut suivi d'un autre de même nature en Portugal. En voyant ces importans événemens, la sagesse du roi reconnut combien il était juste et convenable d'observer, à l'égard de ces changemens constitutionnels, une conduite tout à fait neutre; et le gouvernement de S. M. a adopté dès le premier moment, pour règle invariable, de n'y intervenir en aucune manière, directement ni indirectement, et de professer religieusement le principe d'un respect absolu pour les institutions des autres pays: cette conduite, loin de pouvoir être attaquée avec succès par la malveillance et les ennemis de notre gloire et de la juste liberté des peuples, a dû être et a été sans doute approuvée par les hommes raisonnables de tous les pays.

La conduite du gouvernement de S. M. se serait bornée à cette marche mesurée et prudente, si la manière dont quelques cabinets crurent devoir considérer ces chagemens, et principalement ceux de Naples, en donnant lieu à la réunion des souverains alliés d'Autriche, de Prusse et de Russie à Troppau, n'eût averti le roi que le moment était arrivé de manifester tout son intérêt pour l'auguste famille royale des Deux-Siciles, qui lui est unie par les liens du sang et d'une tendre affection, et

en même temps pour toute la nation napolitaine. C'est ainsi que S. M. l'a fait entendre par des communications confidentielles à tous les cabinets, en manifestant le respect inviolable qu'elle a pour l'indépendance des nations et pour le droit positif des gens qui exclut toute intervention étrangère dans le régime intérieur du gouvernement qu'une nation a adopté d'accord avec son souverain, comme l'a fait celle de Naples. Mais lorsque les souverains alliés ont cru nécessaire, pour la sûreté des états voisins, de réunir une armée puissante sur le Pô, et d'inviter S. M. sicilienne aux conférences de Laybach, dans le but d'intervenir dans ces événemens politiques, le roi a reconnu par les mesures relatives à Naples, que le principe de notre changement politique était attaqué dans ce royaume, il a cru également nécessaire à l'honneur de son trône, à la dignité et à la sûreté de la nation qu'il a la gloire de gouverner, de représenter à quelques cabinets, d'une manière officielle, et aux autres confidentiellement, que, religieux observateur des principes sacrés du droit des gens, sur lequel repose essentiellement l'indépendance des associations politiques, il ne reconnaîtrait chez aucune puissance ni le droit d'intervenir dans le réglement intérieur du gouvernement d'un autre par des moyens de coaction, ni les résultats que cette intervention pourrait avoir dans son application. En même temps S. M. a déclaré désirer savoir quelle pouvait être l'intention de quelques cabinets sur l'application de ce

Digitized by Google

principe d'intervention par rapport aux affaires d'Espagne.

Le roi m'a autorisé à assurer les cortès du royaume que toutes les explications que le gouvernement de S. M. a reçues des cabinets influens pendant l'époque où les affaires de Naples ont été agitées, s'accordent à reconnaître dans la cause de notre régénération politique, dans l'uniformité de la volonté nationale, et dans toutes les autres circonstances qui nous sont particulières, des motifs légitimes de confiance et de sûreté, d'où il résulte que nos relations de bonne amitié et d'harmonie n'ont éprouvé nulle altération avec aucune puissance.

S. M. m'a également autorisé à assurer que si les éclaircissements dans lesquels il a été nécessaire d'entrer en conséquence de la juste, franche et amicale communication qu'on vient d'indiquer ne sont point encore terminées, ils ont déjà conduit S. M. à recevoir de quelques-uns des cabinets l'assurance positive qu'il n'est nullement dans leur intention d'inquiéter l'Espagne ni d'intervenir en aucune manière dans ses affaires domestiques.

Ces justes protestations deviendront plus formelles, du moins S. M. l'espère ainsi, à mesure qu'on se persuadera que la volonté du roi, la décision unanime de la nation, la sagesse et le patriotisme des cortès, sont aussi irrévocables pour défendre le trône constitutionnel, l'indépendance et la liberté politique, que pour respecter les droits sacrés et l'indépendance des autres nations.

Digitized by Google

§. 96.

50. Die Piemonteſiſche Rebellion (1821).

Auch die Rebellion in Piemont (1821) veranlaßte den Kaiſerl. Oeſterreichiſchen Hof, das Heer des Königs von Sardinien durch ein Hülfs-Corps zu unterſtützen.

BAYERISCHE STAATS-BIBLIOTHEK MUENCHEN

Druckverbesserungen.

S.	7.	Z.	3.	von oben statt qu's l. qu'à.
—	7	—	4.	— — par l. pas.
—	7	—	28.	— — ex l. et.
—	8.	—	7.	— — on l. ou.
—	24.	—	2.	— — trait l. fait.
—	60.	—	28.	— — A l, C.
—	70.	—	23.	— — chargement l. changement.
—	73.	—	6.	— — institutiones l. institutions.
—	76.	—	7.	— — modere l. moderas.
—	77.	—	24.	— — es l. er.

Digitized by Google

Berlin, gedruckt bei den Gebrüdern Gädicke.

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google

Digitized by Google